

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 1 – E 28**

- 01) „Größte Klimasünder“ waren in Sharm El Sheikh
- 02) San Francisco: Polizei will Robotern künftig das Töten von Menschen erlauben – zu „unserer Sicherheit“
- 03) 50 Gruppierungen gehen gegen Bill Gates' Landwirtschafts- und Technologiepläne vor
- 04) Entwicklung und Zerstörung der Welt. Krieg, Gas und Werte. Nutzlose Klimakonferenzen. Bekenntnisse eines Entwicklungshelfers. Essay von Gerd Klöwer

E. b) 2 Sonderthema Corona **Seiten E 29 – E 30**

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 31– E 32**

- 01) Vetterwirtschaft: Millionen-Förderung für „Seenot“-Schlepper „United4Rescue“

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 33 – E 54**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.11.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 24.11.2022
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.11.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt **Seiten E 55 – E 60**

- 01) Europa droht schwerer Diesel- und Gas-Mangel – Energieversorgung in Deutschland gefährdet

Europäische Union (EU) (Seiten E 55 – E 60)

- 01) Ziel ist es, stärkste Kraft bei nächster Europawahl zu werden
- 02) Europas „Scheinheiligkeit“ – Hamstern von russischem Diesel vor Embargo

- 03)** EU-Parlament erklärt Russland zum Terror-Staat
- 04)** EU will sich für Ukraine verschulden: 18-Milliarden-Euro-Hilfspaket als „Darlehen“ an Kiew

E. f) Mitteleuropa

Seite E 61

Keine Berichte!

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 62– E 90

BENELUX-LÄNDER (Seiten E 62 – E 69)

Belgien (Seiten E 62 - E 66)

- 01)** Joachim Kuhs: Migrantengewalt in Brüssel sind hausgemachte Probleme unfähiger europäischer Eliten
- 02)** Blüten kultureller Bereicherung: Nafris verwüsten Brüssel nach WM-Erfolg Marokkos gegen Belgien

Niederlande (Seiten E 67 - E 69)

- 03)** Niederlande: „Mann“ fackelt Unterkunft für „junge Flüchtlinge“ ab – verdächtiger Araber festgenommen
- 04)** Amsterdam – Gericht genehmigt Hausbesetzung eines russischen Geschäftsmannes

B R Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 70– E 84)

- 05)** Habeck erklärt 2023 zum Jahr der Industriepolitik. Von Ed Koch
- 06)** Experte: 2023 wird Strom nahezu unbezahlbar
- 07)** Millionen gestohlene deutsche Handynummern zum Kauf im Netz angeboten
- 08)** Faeser will deutsche Pässe zur Ramschware für alle „Flüchtlinge“ machen
- 09)** ACHTUNG REICHELT! Von JULIAN REICHELT
- 10)** Angst vor der Wahrheit – Flucht im Schweinsgalopp.
Von Dr. GOTTFRIED CURIO
- 11)** Demokratie ist anstrengend. Von Ed Koch
- 12)** Achtung Reichelt! Von Julian Reichelt
- 13)** Vor drohendem “Blackout“: Deutschland verschenkt die Hälfte seiner Notstrom-Aggregate an Ukraine
- 14)** Lafontaine: „Wir haben dümmste Regierung Europas“ und „Ami, it’s time to go“
- 15)** Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt offen zu: Blackouts kommen diesen Winter

- 15) Faeser lässt „Zuwanderungsbericht“ nicht mehr veröffentlichen
- 16) Gottfried Curio: Deutschland braucht Sofortprogramm zur Reduzierung des Ansturms von Migranten

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 85 – E 87)

- 16) Die Angst vor dem Volk: Arbeiten am Reichstags-Graben in vollem Gange
- 17) Demokratie lebt vom Wechsel. Von Ed Koch

Österreich (Seite E 88)

Keine Berichte!

Südtirol (Seite E 89)

Keine Berichte!

Schweiz (Seite E 90)

Keine Berichte!

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 91– E 104

Tschechien (Seite E 91)

- 01) 33 Jahre „Samtene Revolution“: Slowakische Präsidentin in Prag

Ungarn (Seiten E 92 – E 104)

- 02) Viktor Orbán und der „Schal des Schreckens“
- 03) „Spielen, um zu gewinnen“: Orban als Beispiel für erfolgreiche rechte Politik. Von LÁSZLO BERNÁT VESZPREMY
- 04) Orban der begnadete Provokateur: Schal mit Großungarn +UPDATE 22.11.+ Reaktionen: Wut, Emotion, oberlehrerhaft. Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 05) Linke EU-Eliten toben: Ungarn soll blockierte EU-Gelder erhalten. Ein Kommentar von unserem Ungarn-Korrespondenten. Von ELMAR FORSTER

E. i) Osteuropa

Seiten E 105– E 114

Ukraine (Seiten E 105– E 109)

- 01) Sind bereits zwei Drittel der NATO-Waffenbestände erschöpft?
- 02) Steht die Ukraine vor dem Zusammenbruch?
- 03) US-Generalstabs-Chef: „Unwahrscheinlich, dass die Russen aus der Ukraine vertrieben werden“

Russland (Seiten E 110 – E 114)

- 04) Flughäfen Moskau und St. Petersburg in höchster Terrorwarnstufe
- 05) Erdogan – USA und Westen „greifen“ Russland grenzenlos an
- 06) Lawrow spricht Klartext Nato und USA militarisieren den Asien Pazifik-Raum

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 115

Keine Berichte!

E. j) Südosteuropa

Seite E 116

Keine Berichte!

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 117- E 131

Frankreich (Seiten E 117 - E 125)

- 01) Nicolas Battini: „Wir sind die Generation des 11. September, von Charlie Hebdo, Bataclan und der Ermordung von Yvan Colonna durch einen Islamisten“ [Interview]
- 02) Für Feministinnen ist Miss France diskriminierend... und das wird vor dem Arbeitsgericht geklärt!

Spanien (Seite E 126 - E 131)

- 03) Selbst spanische Urlaubsinseln mit knapp 400 Prozent Übersterblichkeit
- 04) Spanien – Gesichtserkennungssoftware im Einsatz zur Identifizierung Verdächtiger

E. I) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 132 – E 133

Schweden (Seiten E 132 – E 133)

01) Völlig Gaga: Greta Thunberg verklagt schwedischen Staat wegen
„mangelndem Klimaschutz“

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	<i>Seite E 134</i>
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	<i>Seite E 135</i>
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	<i>Seite E 136</i>
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	<i>Seite E 137</i>
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	<i>Seite E 138</i>
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	<i>Seite E 139</i>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 28

01) „Größte Klimasünder“ waren in Sharm El Sheikh

26. 11. 2022



"Umweltsünder" im Anflug auf die Weltklimakonferenz

Die, von Sonntag, 6. November bis Freitag, 18. November abgehaltene 27. Weltklimakonferenz (COP27) im Ägyptischen Touristen-Hotspot Sharm El-Sheikh beherbergte offenbar unter den 198 teilnehmenden Staaten, viele unbelehrbare Klimasünder.

Im Fokus der Verhandlungen standen dort zentrale Fragen der Klimapolitik, um insbesondere der geforderten Aufgabe der weltweiten Treibhausgasreduzierung und der Finanzierung der Klimaschäden nachzukommen.

Deutschland mit Einsatz für mehr Ehrgeiz im Klimaschutz

Die Bundesregierung hat sich bei der 27. Weltklimakonferenz in Sharm El-Sheikh für mehr Ehrgeiz eingesetzt, um die Klimakrise einzudämmen.

Partnerschaften mit afrikanischen Staaten sollen die Abkehr von Kohleverstromung und die Energiewende beschleunigen. Zudem wurde ein Fonds für „ärmere“ Staaten, die stark von Klimaschäden betroffen sind, eingerichtet.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

„Für diesen Schutzschirm und die Klimarisikofinanzierung stellt Deutschland 170 Millionen Euro zur Verfügung“, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze sicherte hierbei zu, dass sich Deutschland mit einem „fairen Anteil“ an der Bewältigung der Klimaschäden beteiligen werde.

Die Grüne Außenministerin Annalena Baerbock zeigte sich enttäuscht und mahnte an, dass die beschlossenen Schritte speziell zur Emissionsminderung in Anbetracht der dramatischen Auswirkungen nicht ausreichen würden.

„Die Lücke zu 1,5 Grad steht weiter klaffend offen“, erklärte eine „ehrgeizige“ Bundesaußenministerin Baerbock nach Abschluss der Weltklimakonferenz.

Bei der 27. Klimakonferenz in Ägypten ging es insbesondere um die Finanzierung für Klimaschutz, den Umgang mit Klimaschäden und die Anpassung an das „veränderte“ Klima.

Bereits zu Beginn der Weltklimakonferenz betonte Bundeskanzler Scholz: „Jedes zehntel Grad Erderwärmung bedeutet zugleich weniger Dürren und Überschwemmungen, weniger Ressourcenkonflikte, weniger Hunger und Missernten – und damit mehr Sicherheit und Wohlstand für alle.“ Ziel sei es, den globalen Höhepunkt der Treibhausgasemissionen spätestens 2025 zu erreichen und die Emissionen bis 2030 nahezu zu halbieren.

Nun steigert auch die EU erneut ihr bisheriges Klimaziel. Sie will ihre Emissionen bis 2030 um 57 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Bis 2050 soll Europa erster klimaneutraler Kontinent werden.

Darüber hinaus und wie gewohnt in „Musterschüler-Manier“ will Deutschland als eines der ersten Industrieländer bis 2045 klimaneutral werden. Dabei betonte der Kanzler zum wiederholten Mal, „wir stehen fest zum Kohleausstieg.“

Gemeinsam mit anderen Industriestaaten hat Deutschland auch Milliardenhilfen an Südafrika für die Abkehr von Kohle und den Ausbau erneuerbarer Energien zugesagt. Dabei hat Deutschland bereits 700 Millionen Euro bereitgestellt und nun weitere 320 Millionen Euro zugesagt.

Des Weiteren hat Deutschland in den vergangenen drei Jahren die öffentlichen Gelder für die internationale Klimafinanzierung um mehr als ein Drittel erhöht auf insgesamt 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2021. „Bis zum Jahr 2025 werden wir unseren Beitrag aus öffentlichen Mitteln für die internationale Klimafinanzierung auf sechs Milliarden Euro jährlich ausbauen und parallel dazu auch weitere private Mittel mobilisieren“, kündigte der Kanzler an.

„Der Klimawandel trifft ärmere Staaten, die nichts für den hohen CO₂-Ausstoß der Industrienationen können, oft besonders heftig. Daher ist es nur fair, wenn die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel auf mehrere Schultern verteilt werden und wohlhabende Staaten wie Deutschland mehr zahlen, erklärte dazu Baerbock.

Klimasünder sind nur außerhalb der Polit-Elitenriege zu suchen

Betrachte man sich die großartigen Ankündigungen, Zusagen, Versprechen und „Schuldzuweisungen“ was die Westlichen Klimasünder betrifft und dazu noch die Geldmittel, in schier astronomischen Höhen in Zeiten der „größten „Krise“ seit einem guten halben Jahrhundert, kann man nur mit Staunen reagieren.



Billy Carson II 
@4biddnKnowledge

800 private jets flew to Egypt to tell you to ride your bike to work. Climate Change  



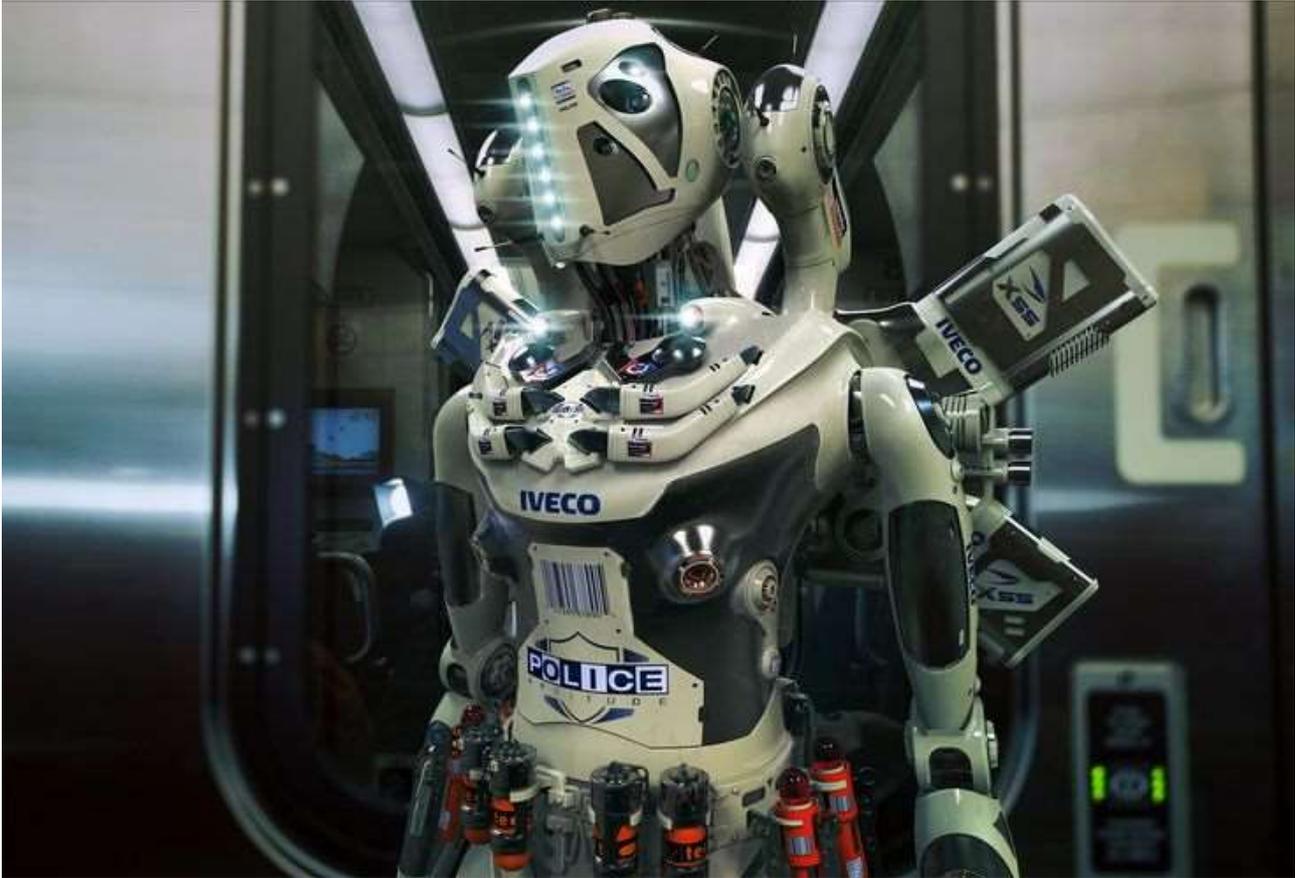
800 Privatjets sind nach Ägypten geflogen, um dir zu sagen, dass du mit deinem Fahrrad zur Arbeit fahren sollst. #Klimawandel 

Als Gipfel der Ironie dieser „Zusammenkunft der Weltenretter“ muss allerdings die Tatsache betrachtet werden, dass sich alleine zum Zwecke der Anreise der „weltenrettenden Eliten“, 800 Privatjets im Luftraum über Ägypten quasi gestaut hatten. Zu derlei Luxusreisevarianten hat man offensichtlich noch keinen Klimaverbesserungs- oder gar Lösungsansatz in peto. Nichts desto Trotz mögen die Bürger doch allesamt so rasch als möglich auf das umweltschonende Fahrrad als Fortbewegungsmittel umsteigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) San Francisco: Polizei will Robotern künftig das Töten von Menschen erlauben – zu „unserer Sicherheit“

25. 11. 2022



Gestern noch Science-Fiction, heute Verschwörungstheorie und morgen schon bittere Realität. Mit dem Vormarsch künstlicher Intelligenz und der Digitalisierung, werden auch Maschinen militärisch rapide aufgerüstet und für das Töten eingesetzt (Drohnen, ferngesteuerte Roboter). Neu ist allerdings, dass die „gewöhnliche Polizei“ nun auch schon Roboter für die Verbrechensbekämpfung einsetzen möchte – und das mit „Lizenz zum Töten“.

Polizei will Maschinen töten lassen

[In den USA schlägt das San Francisco Police Department](#) (SFPD) eine neue Richtlinie vor, die Robotern die Lizenz zum Töten geben würde. Der Entwurf der Richtlinie, der beschreibt, wie das SFPD militärische Waffen einsetzen kann, besagt, dass Roboter „als tödliche Gewaltoption eingesetzt werden können, wenn das Risiko des Verlusts von Menschenleben für Mitglieder der Öffentlichkeit oder Beamte unmittelbar bevorsteht und jede andere Gewaltoption überwiegt“.

Wie Mission Local berichtet, haben die Mitglieder des Regelausschusses des Aufsichtsrates der Stadt die neue Ausrüstungsrichtlinie mehrere Wochen lang geprüft. Die ursprüngliche Version des Entwurfs enthielt keine Formulierung über die Anwendung tödlicher Gewalt durch Roboter, bis Aaron Peskin, der Dekan des Aufsichtsrates der Stadt, zunächst hinzufügte, dass „Roboter nicht als Gewaltanwendung gegen eine Person eingesetzt werden dürfen“.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Die SFPD schickte den Entwurf jedoch mit einer roten Linie zurück, die Peskins Zusatz durchstrich und durch die Linie ersetzte, die Robotern die Befugnis gibt, Verdächtige zu töten. Laut Mission Local beschloss Peskin schließlich, die Änderung zu akzeptieren, weil „es Szenarien geben könnte, in denen der Einsatz tödlicher Gewalt die einzige Option ist“. Der Regelausschuss von San Francisco hat letzte Woche einstimmig eine Version des Entwurfs angenommen, die am 29. November dem Aufsichtsrat vorgelegt wird.

Polizei-Roboter mit Waffensystemen

Das SFPD verfügt derzeit über 17 ferngesteuerte Roboter, von denen jedoch nur 12 funktionsfähig sind. Der Vorschlag sieht vor, den Robotern nicht nur die Möglichkeit zu geben, tödliche Gewalt anzuwenden, sondern sie auch für „Schulungen und Simulationen, Festnahmen von Kriminellen, kritische Zwischenfälle, dringende Umstände, die Vollstreckung eines Haftbefehls oder die Untersuchung verdächtiger Geräte“ zuzulassen.

Während die meisten der im Inventar des SFPD aufgeführten Roboter in erster Linie für die Entschärfung von Bomben oder den Umgang mit gefährlichen Materialien eingesetzt werden, verfügen neuere Remotec-Modelle über ein optionales Waffensystem, unter anderem über ein Werkzeug namens „PAN Disruptor“, das Schrottpatronen vom Kaliber 12 laden kann. Er wird normalerweise verwendet, um Bomben aus der Ferne zu zünden. Eine bewaffnete Version des Roboters wird derzeit von der US-Armee eingesetzt und kann Granatwerfer, Maschinengewehre oder sogar ein Kaliber .50-Gewehr zur Bekämpfung von Munition tragen.

Polizei setzte bereits „Killer-Roboter“ ein

Das SFPD war schon immer in der Lage, tödliche Gewalt anzuwenden, wenn die Gefahr des Verlusts von Menschenleben für die Öffentlichkeit oder für Beamte unmittelbar bevorsteht und jede andere verfügbare Gewaltoption überwiegt“, sagt SFPD Officer Eve Laokwansathitaya in einer Erklärung gegenüber The Verge. „Das SFPD hat keinen spezifischen Plan für ungewöhnlich gefährliche oder spontane Einsätze, bei denen das SFPD tödliche Gewalt per Roboter anwenden müsste, was ein seltener und außergewöhnlicher Umstand wäre.“

Die Polizei von Dallas hat 2016 zum ersten Mal einen Roboter zur Anwendung von tödlicher Gewalt eingesetzt. Sie setzte einen Bombenentschärfungsroboter ein – das gleiche Modell Remotec F5A wie das SFPD -, der mit einem Sprengsatz bewaffnet war, um einen Verdächtigen zu töten, der fünf Polizeibeamte erschossen und mehrere andere verwundet hatte. Damals sagte der Polizeichef von Dallas, David Brown, dass die Polizei „keine andere Möglichkeit sah, als unseren Bombenroboter einzusetzen und einen Sprengsatz an seiner Verlängerung anzubringen, damit er dort detoniert, wo sich der Verdächtige aufhält“.

Letzten Monat enthüllte ein Bericht von The Intercept, dass das kalifornische Oakland Police Department ebenfalls erwog, mit Schrotflinten ausgerüstete Remotec F5A-Roboter tödliche Gewalt anwenden zu lassen. Kurz nach Erscheinen des Berichts gab die Polizei von Oakland auf Facebook bekannt, dass sie sich gegen den Einsatz von „bewaffneten ferngesteuerten Fahrzeugen in der Abteilung“ entschieden hat. In der Zwischenzeit hat eine Gruppe von Roboterherstellern, darunter Boston Dynamics, Anfang des Jahres eine Verpflichtung unterzeichnet, ihre Roboter nicht zu bewaffnen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) 50 Gruppierungen gehen gegen Bill Gates' Landwirtschafts- und Technologiepläne vor

24. 11. 2022



Bill Gates · Foto: Navarra Occidental

Milliardär, „Philanthrop“ und Impffanatiker Bill Gates gehört wohl zu den bekanntesten Proponenten der Agenda des „Great Reset“. Vor allem seine massiven Ankäufe von landwirtschaftlicher Nutzfläche rund um den Globus und seine transhumanistischen Vorhaben rufen aber immer mehr Widerstand hervor. [So haben sich nun 50 Organisationen zusammengeschlossen](#), die sich für Ernährungssouveränität und -gerechtigkeit einsetzen, um gegen Bill Gates wegen seiner jüngsten Behauptung vorzugehen, Technologie sei die Lösung für den Hunger in der Welt und die Ernährungssouveränität. **Gates krude Thesen werden zurückgewiesen**

In einem „offenen Brief“, der Anfang des Monats veröffentlicht wurde, gingen die Gruppen auf die Kommentare ein, die Gates in Interviews mit der New York Times und der Associated Press über den Bericht 2022 der Bill & Melinda Gates Foundation gemacht hatte.

Die Hauptautoren des Briefes, Community Alliance for Global Justice/AGRA Watch und die Alliance for Food Sovereignty in Africa, schrieben:

„In beiden Artikeln stellen Sie eine Reihe von Behauptungen auf, die unzutreffend sind und in Frage gestellt werden müssen. In beiden Beiträgen wird eingeräumt, dass die Welt derzeit genug Nahrungsmittel produziert, um alle Bewohner der Erde ausreichend zu ernähren, dennoch diagnostizieren Sie das Problem grundsätzlich falsch, da es mit der geringen Produktivität zusammenhängt; wir müssen die Produktion nicht so sehr steigern, sondern vielmehr einen gerechteren Zugang zu Nahrungsmitteln sicherstellen.“

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Die Autoren kritisierten auch die Behauptungen von Gates, dass wir „zu wenig in landwirtschaftliche Innovationen investiert haben“ und dass die Grüne Revolution „eines der größten Dinge war, die je passiert sind“.

Gates sagte der New York Times:

„Die Unterstützung der Landwirte muss ganz oben auf der Agenda der Klimaanpassung stehen. Und innerhalb dieser Agenda gibt es eine Menge Dinge wie Kredite für Dünger, billigen Dünger, besseres Saatgut, auf die wir sehr bedacht sein sollten – um diese Dinge zu finanzieren und ehrgeizige Ziele zu setzen.“

Die Verfasser des offenen Briefes waren jedoch anderer Meinung:

„Es gibt bereits viele konkrete, laufende Vorschläge und Projekte zur Steigerung der Produktivität und Ernährungssicherheit – von Produktionsanlagen für Biodünger und Biopestizide über agrarökologische Schulungsprogramme für Landwirte bis hin zu Experimenten mit neuen Wasser- und Bodenbewirtschaftungstechniken, landwirtschaftlichen Systemen mit geringem Input und schädlingsabtötenden Pflanzenarten.“

Kritik an Propaganda für gentechnisch verändertes Essen

Sie widersprachen auch der Behauptung von Gates, die Grüne Revolution sei ein „durchschlagender Erfolg“ gewesen:

„Während [die Grüne Revolution] in den 1940er bis 1960er Jahren eine gewisse Rolle bei der Steigerung der Getreideerträge in Mexiko, Indien und anderswo spielte, trug sie nur sehr wenig dazu bei, die Zahl der Hungernden in der Welt zu verringern oder einen gerechten und ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln zu gewährleisten.“

Die Autoren erinnerten Gates daran, dass mit der Grünen Revolution „eine Vielzahl anderer Probleme einherging, von ökologischen Problemen wie der langfristigen Bodendegradation bis hin zu sozioökonomischen Problemen wie der zunehmenden Ungleichheit und Verschuldung (die maßgeblich zu der Epidemie von Selbstmorden unter den Landwirten in Indien beigetragen hat).“

Die Monopolisierung von Saatgut

Sie kritisierten auch Gates' Vorstoß für gentechnisch verändertes Saatgut und erklärten, dass „klimaresistentes Saatgut bereits existiert, von Bauern entwickelt und auf informellen Saatgutmärkten gehandelt wird.“

„Sie sind Teil des Problems, das Sie benennen“, schrieben die Gruppen. „Die AGRA-Initiative (Alliance for a Green Revolution in Africa), die von Ihrer Stiftung weiterhin finanziert wird, hat auch eine restriktive Saatgutgesetzgebung vorangetrieben, die die Innovation von Nutzpflanzen auf gut ausgestattete Labore und Unternehmen beschränkt.“

Diese Initiativen fördern nicht die Innovation auf breiter Ebene, sondern tragen vielmehr zur Privatisierung und Konsolidierung von Unternehmensmonopolen über die Saatgutentwicklung und die Saatgutmärkte bei, sagten sie.

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Die Gruppen forderten Gates auf, „einen Schritt zurückzutreten und von den Menschen vor Ort zu lernen“, und forderten die Medien auf, zu überlegen, wie sie über Gates und seine Vision für die Zukunft der Ernährung berichten.

Sie schrieben: *„Wir fordern die Medien auf, vorsichtiger zu sein, wenn es darum geht, den fehlerhaften Annahmen, der Hybris und der Ignoranz eines reichen weißen Mannes Glaubwürdigkeit zu verleihen, und zwar auf Kosten der Menschen und Gemeinschaften, die in diesem Moment mit diesen Realitäten leben und sich an sie anpassen.“*

Ex-Hollywood-Star als Globalisten-Kritiker

Der ehemalige Hollywood-Star und Schauspieler Russel Brand, der mittlerweile ein ausgewiesener Globalisierungs-, und „Great Reset“-Kritiker ist, lobte die Verfasser des Briefes, indem er seinen Zuschauern mitteilte:

„Es ist ein schöner Brief. Er ist brillant formuliert, und der Grund, warum wir ihn Ihnen heute präsentieren wollen, ist, dass er zeigt, dass Kritik an Bill Gates Sie nicht zu einem Verschwörungstheoretiker macht, und er zeigt auch, dass Bill Gates‘ Handlungen und sein Einfluss schändlich und schädlich sind.“

Brand machte sich über Gates lustig, indem er seinen YouTube-Podcast mit Schnipseln des Milliardärs auf der jüngsten Goalkeepers 2030 Conference seiner Stiftung verband:

„Ah, Bill Gates, er ist die Antwort auf alle Probleme der Welt und jeder, der ihn kritisiert, ist ein Verschwörungstheoretiker oder ein besorgter Akademiker, der sich Sorgen macht, dass er die Ressourcen der Welt kolonisiert und monopolisiert.“

Dies sei jedoch „keine Verschwörungstheorie“, sagte Brand. „Es handelt sich um eine schädliche Politik, die darauf abzielt, die Macht zu zentralisieren und die Nahrungsmittel zu kontrollieren, und es gibt Leute, die aus einer Position der Autorität, der Integrität und des Fachwissens heraus antworten.“

Er fügte hinzu:

„Was Sie tun, ist Gaslighting – Sie stellen praktische, laufende, von Landwirten getragene Lösungen als irgendwie phantasievoll oder lächerlich dar, während Sie Ihre eigenen bevorzugten Ansätze als pragmatisch präsentieren.“

Brand wiederholte das Argument der Gruppe für Ernährungssouveränität, dass es „bereits Maßnahmen gibt, die von den Gemeinschaften selbst kontrolliert und umgesetzt werden können und nicht die Zentralisierung von Macht, die Patentierung von Saatgut und Nutzpflanzen, die Technologisierung des landwirtschaftlichen Prozesses erfordern – alles übrigens von einem Kerl, der gerade Ackerland aufzukaufen scheint – zufällig!“

Und Brand fügte hinzu:

„Gates mag es, die Welt als einfache Daten zu betrachten. Was ich Ihnen vorschlage, ist diese Frage: Versucht Bill Gates zu helfen? Oder schlägt Bill Gates einfach vor, dass die Lösung für all diese Probleme darin besteht, Bill Gates mehr Macht zu geben?“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Entwicklung und Zerstörung der Welt

Krieg, Gas und Werte. Nutzlose Klimakonferenzen. Bekenntnisse eines Entwicklungshelfers

Essay von Gerd Klöwer



KLIMAKONFERENZEN, WELTZERSTÖRUNG UND WELTRETTUNG

UN-Klimakonferenzen legen regelmäßig neue Pläne mit grundsätzlichen Zielen zu Klimaschutz und Finanzierung vor. Forderungen und Ergebnisse liegen immer weit auseinander. Keine Einigung und unerfüllbare Forderungen gibt es auch bei Fonds zum Ausgleich für klimabedingte Schäden.

Sind Überschwemmungen in Pakistan nach schwersten Monsunregenfällen im Sommer bei gleichzeitiger Trockenheit and wachsender Wüste in der Sahel-Zone Folgen des Klimawandels? Ja, sagt die UN-Klimakonferenz. Sie hat einen "Scharm el-Scheich -Implementation-Plan" mit grundsätzlichen Zielen zu Klimaschutz und -finanzierung beschlossen. In diesem Text werden die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens bekräftigt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst aber 1,5 Grad verglichen mit dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Dafür sind sofortige und nachhaltige Senkungen der Treibhausgasemissionen erforderlich. Bis 2030 sollen diese um 43 Prozent, verglichen mit dem Stand von

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

2019, sinken. Spätestens im Jahre 2050 soll weltweit Treibhausgasneutralität erreicht sein. Staaten, die dies noch nicht getan haben, sollen ihre nationalen Emissionsziele bis zum Jahr 2030 nachschärfen.

Heftige Debatten hatte es bis zuletzt darum gegeben, ob erstmals die Forderung nach dem Ausbau erneuerbarer Energien in den Text aufgenommen wird. Darauf hatte unter anderem die Europäische Union gedrängt. Beschlossen wurde nun eine deutlich weichere Formulierung. Gefordert wird ein "sauberer Energie-Mix", zu dem Energieproduktion mit geringem Treibhausgasausstoß sowie erneuerbare Energien gehören sollen.

Ebenfalls beschlossen wurde ein Aktionsprogramm zur Senkung der Treibhausgasemissionen. Um die Lücke bis zum 1,5-Grad-Pfad zu schließen, sollen die Staaten bis zur nächsten Klimakonferenz im November 2023 ihre nationalen Ziele für 2030 entsprechend nachbessern.

NEUE KLIMAZIELE, DIE NICHT ERREICHT WERDEN

Neue Klimaziele, die nicht erreicht werden. Neue Forderungen, die nicht erfüllt werden. Neue Versprechen, die nicht gehalten werden. Sind Klimakonferenzen nur eine Beruhigung der breiten globalen Öffentlichkeit, während die Organisatoren gut davon leben, die nächste Konferenz vorzubereiten, bevor die jetzige beendet ist?

Die Organisatoren der Konferenzen sind gutbezahlte und/oder verbeamtete Funktionäre der Weltbank, des IMF, der UNIDO, der Afrikanischen, Asiatischen und Lateinamerikanischen Entwicklungsbank und last not least der EU und der Bundesregierung mit ihren „Entwicklungshilfe-Organisationen“, der KfW oder der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ.

DIE ORGANISIERTEN VERTRETER DER ARMEN UND DAUER-EMPÖRTEN DIESER WELT.

Dazu kommen unzählige NGOs aus aller Welt, Wissenschaftler, Aktivisten wie „Friday for Future“ oder „Extinction Rebellion“, Publizisten, die von der organisierten Empörung und dem permanenten Protest leben, darüber schreiben, und um die Welt zur nächsten Konferenz jetten.

Man kann nicht sagen, daß diese Konferenzen in Gänze nutzlos wären. Sie sind wie Konzile, auf denen die Bischöfe über die Sünden der Menschen klagen und sich dann wieder mit innerkirchlichen organisatorischen und liturgischen Fragen beschäftigen. Einig sind sich die Bischöfe und Funktionäre, dass die sündigen Gläubigen (oder gläubigen Sünder) mehr Geld in die Kollekte geben sollten.

VON EINER KONFERENZ ZUR NÄCHSTEN

Das Schuldgeständnis eines einzelnen altgewordenen Aktivisten kann 40 Jahre verfehlter Entwicklungspolitik nicht ungeschehen machen.

Das Ziel der westlichen Entwicklungspolitik in Afrika, Nah-Ost und Asien war anspruchsvoll. Man wollte eine bessere Welt durch Investitionen und inter-

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

nationalen Handel, Alphabetisierung, Ausbildung, Demokratie, Humanismus und allgemeingültige Menschenrechte.

Große Länder wie China, Russland, Nord-Vietnam und Afghanistan wollen keinen Humanismus, Demokratie, Diversität, Menschenrechte für Alle: das sind letztlich nur europäische Erfindungen, sagen sie. Viele Herrscher im Rest dieser Welt empfinden diese westlichen „Werte“ als überflüssig.

KANN EINE WERTE-GELEITETE FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK ÜBERLEBEN?

Energiekrise, Umweltkrise, Klimawandel, Überbevölkerung, Kriege in Europa – die Welt, die wir kennen, wird sich dramatisch verändern: Steigende Durchschnittstemperaturen, mehr und intensivere Starkregenfälle, ausgeprägtere Dürrezeiten, sinkende Grundwasserspiegel.

Die Folgen sind lebensbedrohliche Überhitzung und Wassermangel in Stadt und Land, durch Trockenheit oder Flut zerstörte Agrarflächen und Wälder, großflächige Extremwetter wie 2021 im Eifel-Ahr-Raum, mit vielen Toten und gewaltigen Sachschäden, durch Stürme gefährdete Küsten, gravierende Auswirkungen auf Naturräume und Verkehr, Infrastruktur und Tourismus. Wirksames Gegensteuern ist nicht mehr möglich. Anpassung an die unabwendbaren Folgen des Klimawandels wird Europas innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Werden steigende Energie- und Rohstoffpreise zu Einsparungen bei der Sozial- und Entwicklungspolitik führen?

Der Autor berichtet aus Nah-Ost und Osteuropa, Ukraine und Moldawien.

WELTRETTUNG OHNE SCHUTZWESTE

Im November 1977 saßen wir im Kölner Flughafen. Auf dem Rollfeld stand die Lufthansa BOEING 707 nach Beirut / Libanon. Meine Mutter weinte: „Dort ist Krieg, Die schießen. Du hast keine Schutzweste.“

Mein Vater beruhigte sie: „Als wir 1942 nach Stalingrad an die Ostfront verlegt wurden, war zunächst alles ruhig. Wir hatten keine Schutzwesten. Erst hinterher, 1943, wurde es richtig schlimm. Aber da war ich bereits in Frankreich und wir haben dort geheiratet.“

Meine Frau, Ursula, Christians und Sarahs Mutter, war im achten Monat schwanger. Mein Sohn Christian wurde am 28. Dezember 1977 geboren, da war ich bereits in meiner neuen Heimat, in Assuan am oberen Nil, angekommen.

Als ich das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut erreiche, meint mein Freund und Büroleiter Klaus: „Du kannst dein Referat vergessen. Unsere Tagung findet nicht statt. Das Hotel Sankt George wurde gestern von einer israelischen Rakete zerstört. Du fliegst nächste Woche weiter nach Kairo.“ Ich brauchte keine Schutzweste. Aber in Beirut war Bürgerkrieg. Das syrische Militär schiessen, wenn Autofahrer in den Kontrollen nicht sofort halten. Soldaten kontrollieren alles. Sie erschiessen den amerikanischen Bruder unserer Sekretärin und seine Frau im Auto, weil die nicht rechtzeitig anhalten bei der Kontrolle. Als wir bei einer Exkursion in den Bergen des Libanon von der Polizei kontrolliert werden, fehlen uns Dokumente. Wir schicken unseren Fahrer zurück ins Büro nach Beirut,

um die Papiere zu holen. Mittlerweile kommen syrische Panzer. Freundliche Soldaten bieten uns Kaffee und Zigaretten an. Es sind ganz junge Kerle.

In Kairo erklärt uns der Wirtschaftsreferent der deutschen Botschaft, dass eine neue Epoche in den deutsch-ägyptischen Beziehungen angebrochen sei.

Der kalte Krieg ist vorbei. Willy Brandt hat die neue Ostpolitik kreiert und versucht, das russische Imperium mit Wandel durch Handel auf westlichen Kurs zu bringen. Globalisierung wird gefeiert als weltweite ökonomische Vernetzung über alle kulturellen und politischen Grenzen hinweg. Natürlich hatte man auch die Schattenseiten gesehen. Die Kriege, das Militär, die Abschottung der Sowjet-Union. Auch Kairo war unter dem Präsidenten Gamal Abd el Nasser ein Freund Russlands geworden. Als er von Muslim-Brüdern erschossen wird, übernimmt sein Freund und Weggefährte Anwar El Sadat das Amt.

Anwar El Sadat wollte in seiner Präsidentschaft Sparkassen und Genossenschaften am Nil aufbauen. Das war unsere Aufgabe als Team der Friedrich Ebert Stiftung. Demokratie und Social Development, Community und Dorf-Entwicklung, Genossenschaften, Sparkassen, islamische Sparkassen und Micro-Versicherungen aufzubauen. Das war unser Projekt, bezahlt durch deutsche Steuergelder.

In unserem Büro in bürgerlichen Stadtteil Kairo-Dokki kocht unser nubischer Koch, Mahmoud Gomaa. Es gibt einen Fahrer für den VW-Passat und eine tüchtige Sekretärin, Hannah, Enkelin einer reichen oberägyptischen Dynastie. Hannahs Großonkel Boutros Boutros war Generalsekretär der Vereinten Nationen. Mein ägyptischer Assistent, Mohammed El-Gharbawi, hat „Genossenschaftswesen“ an der Universität Marburg studiert.

Die allmähliche Demokratisierung und die Globalisierung der Lebensverhältnisse, so die Theorie, soll zu wachsenden Freiheiten und immer höheren Lebensstandards der ehemals Entrechteten führen, auch in Ägypten.

Auf Umwelt- und Entwicklungskonferenzen mit Weltbank, UNIDO, KfW, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ, Konrad-Adenauer-Stiftung KAS haben wir an üppigen Buffets über Globalisierung und internationale Investments zum Kampf gegen die Armut gesprochen. Globale und internationale Konferenz-Buffets bieten Meeresfrüchte, norwegischen Lachs, Spanischen Schinken, Champignons, Schweizer Käse, deutsche Wurst, italienische Salami, französischen Champagner. In englischen, französischen oder spanischen Referaten und Präsentationen (mit Simultanübersetzung von Dolmetscher-Teams, die im 30 Minuten-Takt wechseln) wird die Armut der Armen als Folge des Klimawandels bedauert. US-Präsidenten und andere Milliardäre wie George Soros, Marc Zuckerberg, Bill Gates wollen die Armut durch Sparen und Investieren bekämpfen. Der deutsche Sparkassenverband will die Armut durch Sparen und Selbsthilfe lindern.

Ist die Rechnung aufgegangen? Nein. Weder in Ägypten, noch woanders in Afrika, noch in Asien, mit wenigen Ausnahmen. Auch im ehemals kommunistischen Ost Europa glaubte man, mit der Einbindung in ein kapitalistisches Weltwirtschaftssystem Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unumkehrbar zu fördern. Sogar im russischen Präsidenten Wladimir Putin sah Gerhard Schröder einen lupenreinen Demokraten. Der Westen war zum engen Partner des Ostens geworden und bildete sich ein, damit auch kulturelles und politisches Vorbild zu sein. Welch ein Irrtum. Der westliche Fortschrittsgedanke verlangte Fortschritt als unumkehrbar zu denken. Globale Modernisierung zum

Wohle aller Menschen, die am besten in einer Marktwirtschaft und in einem sozial gebundenen Kapitalismus aufgehoben waren. Natürlich gab es Widersprüche. Südafrika zum Beispiel. Das Apartheidsystem passte bestens zu einem rigorosen Kapitalismus. Auch Chile und Peru, und andere Schurken-Regime waren kapitalistische Wirtschaften. Dass dort Demokratie-feindliche Diktaturen herrschten, hat den Westen nie nicht gestört.

SYSTEMWANDEL DURCH VERSICHERUNGEN

Von Ägypten schickte mich die europäische Union nach Ost-Europa. Hier sollen wir Versicherungsgesetze neu formulieren, damit sich die alten Sowjet-orientierten Gesetzgebungen an die neuen Direktiven der europäischen Union anpassen kann. Auch hier gilt das Prinzip: Handel schafft Wandel. Nachbarschaftsprogramme der europäischen Union finanzieren den Strukturwandel der östlichen europäischen, früheren Vasallen der UdSSR, die inzwischen selbstständige Staaten und junge dynamische Demokratien geworden sind. Auch in Minsk, in Weißrussland, wurde mit dem deutschen Versicherungsverband, dem Verband der Versicherungen Weißrusslands und großen europäischen Versicherungen eine Arbeitsgruppe gebildet. Unser Projekt soll Versicherungsgesetze vorschlagen, die mit europäischen Direktiven kompatibel sind. Die großen europäischen Firmen der Versicherungsbranche, wie Allianz und die Münchner Rückversicherung, unterstützen unser Projekt. Der frühere Vorsitzende der deutschen Versicherungsaufsicht, mein Kollege Gerd Müller, ist Leiter unseres Teams. Wir geben das Gesetz an den Finanz-Minister persönlich, mit der Bitte, es Präsident Lukaschenko vorzulegen. Doch dieser hat das neue Versicherungsgesetz bis heute nicht unterzeichnet. Russland und die russische Versicherungswirtschaft, vor allem der Ingostrakh-Konzern, wollen die Konkurrenz der westlichen Versicherungen nicht.

PALÄSTINENSISCHER KUCHEN IM "AROMA-KAFFEE" IN DAMASKUS

Ich kann das Projekt in Minsk, Belarus, nicht mehr lange verfolgen. Die europäische Union schickt mich nach Damaskus, um private Krankenversicherungen im Gesundheitswesen Syriens einzuführen. Unser Team schreibt Gesetze und Vorschläge, die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem reformieren sollen. Es scheitert früh, es scheiterte endgültig.

Die Ärzte wollen keine private Krankenversicherung, weil sie am jetzigen System der staatlich garantierten Einkommen, in Kombination mit privaten Kliniken, in denen sie privat abrechnen, besser verdienen. Auch diese 200 Millionen € Entwicklungshilfe zum Aufbau der syrischen Krankenkassen und eines liberalen Gesundheitswesens waren letztlich kein Erfolg.

In Damaskus erklären mir die syrischen Ärzte ihre Sicht der westlichen Politik. „Ihr im Westen zahlt Milliarden an die OPEC Staaten für Öl und Gas. Saudi-Arabien finanziert damit die Rebellen von Al-Qaida. Al-Qaida kämpft gegen Israel und tötet westliche Journalisten. Der Schwiegersohn von Erdogan schmuggelt Öl aus Kurdistan nach Zypern und Italien.“ In den Pausen gehen wir mit den Ärzten und Funktionären ins Kaffee „Aroma“ und diskutieren weiter. Sehr berühmt sind auch die palästinensischen Kuchen im „Aroma-Kaffee“.

In Syrien regiert Hafiz al Assad, der Vater des heutigen Präsidenten. In Lagern im benachbarten Libanon hausen immer noch seit 1948 500.000 bis 1 Millionen

palästinensische Flüchtlinge aus Israel, die von Zuwendungen des UNDP und des UN Hochkommissariat für Palästinensische Flüchtlinge leben. Sie warten darauf, nach Israel zurück zu kehren. Sollte Israel sich weiter weigern, sie zurück zu nehmen, so die Drohung, werden sie in Europa Asyl beantragen.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Schurkenstaaten des Nahen Ostens (mit der Ausnahme Israels), zumindest die enge Verflechtung mit autoritär regierten, wurde im Westen nie als Risiko gesehen. Abhängigkeit war immer Geschäftsgrundlage der Globalisierung. Das gilt für saudisches Öl besonders. Die gezahlten Petro-Dollars fließen für Rüstungskäufe an die amerikanische Rüstungsindustrie. Deutsche Firmen wie Rheinmetall AG und andere verdienen auch daran. Saudi-Arabien finanziert damit einen grausamen Stellvertreterkrieg (gegen den Gegner Iran) im Jemen. Putin setzt Nahrungsmittel und den Hunger als Waffe gegen den Westen und die Dritte Welt ein. Der Westen finanziert nicht nur Putins Militärmaschine, sondern auch den Hunger in der Welt.

KONFERENZEN ÜBER DEN BAU VON LATRINEN FÜR INDIEN ODER MÜLLVERMEIDUNG IN ÄGYPTEN

Widersprüchlich genug, zahlen die US-amerikanischen und europäischen Steuerzahler sehr viel Geld, um auf der einen Seite der Welt Krieg zu führen, gleichzeitig auf der anderen die Folgen der Klimakatastrophe zu kompensieren und ägyptische Muslim Brüder vor dem Hungertod zu bewahren. Ägypten mit seinen an die 100 Millionen Menschen kann sich nicht selbst ernähren. Zu den Zeiten von Gajus Julius Caesar war Ägypten noch Kornkammer des Römischen Reichs. Heute hat Ägypten zu wenig Einnahmen und keine Rohstoffe, um Nahrungsmittel zu kaufen. (Die Gebühreneinnahmen für die Passage durch den Suezkanal werden durch die steigenden Kosten fast aufgezehrt). Das Land am Nil ist darauf angewiesen, von westlicher Seite finanziert und unterstützt zu werden. Warum? Um das militärische Gleichgewicht im Nahen Osten zu halten. Es geht um Israel und die Verteidigung des Juden-Staates gegen 40 arabische Staaten, die einmal die Vernichtung Israels geschworen hatten. Heute ist Wandel durch Handel auch hier eingetreten: Die Golfstaaten, allen voran Qatar sowie Ägypten, haben inzwischen diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Der Westen ist jedoch weiterhin abhängig vom russischen Öl, mit dem Russland seine aggressive Kriegspolitik in der Ukraine finanziert. Der Westen ist auch abhängig vom Öl und Gas aus arabischen Staaten, die mehr oder weniger als Schurkenstaaten bezeichnet werden. Wenn Deutschland heute vom bösen russischen Öl wegkommen möchte, tauscht man in Wahrheit bloß den einen Schurkenstaat gegen den anderen aus.

Wenn Putin behauptet, der Westen wäre dekadent und hätte keine moralischen Werte, ist das nicht so ganz abwegig. Die Heuchelei des Westens wird am Beispiel der Fußballweltmeisterschaft in Qatar deutlich. Der Westen beklagt die mangelnde Diversität, Homophobie („Kein Regenbogen in der Wüste“) und die schlechte Behandlung der Gastarbeiter aus Nepal. Gastarbeiter haben keine Rechte und werden nicht ordentlich bezahlt. Genau das ist die bittere Realität der gesamten Dritten Welt, auch in Schwellenländern und Transformationsländern, nicht nur in Qatar. Gastarbeiter werden nirgendwo ordentlich bezahlt. Das westliche Verständnis von Demokratie und Rechts-

staatlichkeit fehlt vielerorts. Arbeitnehmer-Rechte fehlen. Diversität fehlt. Frauenfeindliche Gesetze verwehren den Frauen Ausbildung und Macht-Teilhabe.

Der Westen sieht nur die Fußball-Rechte, die von Fernsehanstalten wie ARD und ZDF für Millionen € gekauft werden. Die Korruption der FIFA ist ungeheuerlich. Soll man deshalb die Fußballweltmeisterschaft boykottieren? Nein, sagt Sigmar Gabriel. Robert Habeck hat sich tief vor dem Emir von Katar gebückt. Ihm geht es um Gas, nicht um Fußball. Es kommt genauso, wie die Despoten und auch Unrechtsstaaten wie China schon lange kalkulieren: den Politikern im Westen geht es vor allen Dingen um das eigene wirtschaftliche Wohl und Wehe. Brutale Machtpolitik in China oder am Golf, mangelnde Demokratie und fehlende Diversität („What's first, daily bread or fucking diversity“?) Welche Werte sind uns teurer? Achselzuckend wird akzeptiert, mehr Energie zu kaufen. Diversität versus Gas?

Wofür braucht Deutschland immer mehr Energie? Einmal natürlich, um die europäische Industrie am Laufen zu halten, besonders die Autoindustrie, den Maschinenbau, die chemische Industrie und andere Branchen. Gleichzeitig verbrauchen deutsche private Haushalte zu viel Energie. Mit unserem Reichtum finanzieren wir einen (zu) hohen Lebensstandard, den die Grünen und Kritiker*innen wie Carla Reemtsma und ihre Freundinnen von „Fridays for Future“ als zerstörerisch erkannt haben. Weitere Sparappelle des Bundespräsidenten folgen. Weil Europa zu viel Schädliches oder Falsches (zu viel Schweinefleisch?) konsumiert und produziert, wachsen die Müllberge. Plastik-Berge versinken im Meer. „Immer mehr Plastik im Meer“, warnt der WWF. Fische essen das tödliche Plastik. Diese Fische landen wieder auf dem Speisezettel der Europäer. Ein teuflischer Kreislauf.

Zurück nach Ägypten, dem Land der diesjährigen Klimakonferenz. Vor 60 Jahren, bei meiner ersten Reise nach Ägypten, hätte ich noch im Nil baden können. Nur die Warnung vor Bilharzia hielt mich damals davon ab. Bilharzia wird durch Würmer im Nil übertragen, die nach längerer Inkubationszeit die menschliche Leber zerstören. Heute schwimmen tote Kühe und viel Plastik im Nil. Vom Baden wird abgeraten. „Mehr Plastik als Fische im Nil“, schreibt die ZEIT.

Vielleicht sollten die Weltbank oder die deutsche Bundesregierung statt nutzloser teurer Klimakonferenzen in Luxus-Badeorten wie Charm-el-Chech am Roten Meer besser Konferenzen über den Bau von Latrinen oder Müllvermeidung in Ägypten finanzieren?

„CHAMPANSKAJA“ AUS MOLDAWIEN

Nach dem Ende der UdSSR war ich 1996 für die europäischen Versicherungsverbände in Russland, Lettland, Kirgizstan und der ex-UdSSR. Die nationalen Gesetze für die Kraftfahrzeugversicherung sollten, so unsere Aufgabe, kompatibel zu den Direktiven der Europäischen Union gestaltet werden. Es gab Konferenzen mit viel Borscht, Blinis, georgischem „Konjak“ und „Champanskaja“ aus Moldawien.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Ingostrakh und andere Versicherungen organisierten Vorlesungen an der Moskauer Lomonossow-Universität, bei denen ich als Dozent das westliche Versicherungswesen erklärt habe. Es ging um Kraftfahrzeugversicherung und private Krankenversicherung.

Die russischen und ukrainischen Milliardäre und ihre jungen Frauen wollen mit ihren Porsche-SUV und anderen Luxuskarossen auf den Kurfürstendamm und in das KDW zum Shopping. Dafür brauchen sie eine europäische Kraftfahrzeugversicherung und Reise-Krankenversicherung.

WINTER IN KYIV IM JAHR 2011- RÜCKBLICK

Kyiv ist eine moderne ost-europäische Stadt mit zu vielen Menschen in der U-Bahn, zu vielen Autos, vielen restaurierten Kirchen, einer Oper, einem Ballett- und Kulturpalast und alten Häusern, Jugendstil, restauriert, aber auch verfallen: Das Zentrum hat Lokale, Geschäfte, Regierungspaläste, Hotels, ähnlich wie Wien oder Budapest. Aber der Rest der Stadt ist weniger schön mit grauen Wohnblocks mit 12 oder 16 Stockwerken. Wenn die Fahrstühle defekt sind (meistens), muß meine Sekretärin (2,5 Zimmer im 16. Stock) abends und morgens über Betrunkene steigen, die auf dem Flur schlafen, manche belästigen sie, und ja, Vergewaltigungen gibt es gelegentlich auch, auf den breiten dunklen Fluren. Beton Silos aus Stalins Zeiten oder Chrustchowkas, in breiten Alleen, 4 spurig, MacDonalds oder andere Frittenbuden, wenig ansprechende Cafés oder Restaurants.

Meine Wohnung dagegen, von der EU finanziert: im Jugendstil des Zaren gebaut, nahe dem Goldenen Tor von Kyiv, nahe der Oper, blickt auf die Sophien-Kathedrale. Im Grunde ähnlich wie in Ostberlin, etwa an den Hack'schen Höfen.

Die folgenden Notizen über meine Arbeit im Finanzministerium der Ukraine sind sehr subjektive, persönliche, vertrauliche Aufzeichnungen, nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Sie stammen aus der Zeit vor dem Krieg des aggressiven Rußland unter Putin gegen die westlich orientierte Ukraine. Damals vor der Besetzung der Krim durch zunächst nicht identifizierte grüne „Rebellen“, die sich später als reguläre russische Truppen herausstellten. Damals war die Ukraine noch relativ frei – auf dem Weg nach Europa.

Der Weg zum Finanzministerium in Kyiv ist total vereist. Mein täglicher Weg zur Versicherungsaufsicht am zentralen Platz Kyivs, dem Maidan, führt von meiner Wohnung im Schatten der Sophien-Kathedrale bergab zum Zentrum der Stadt. Es geht bergab in der Hauptstadt der Ukraine.

Es sind es nur einige hundert Meter spiegelglatter Straße von der St. Sophienkirche, bis zum Maidan Platz. Aber Welten trennen die Banken und Versicherungspaläste in historischen Jugendstilbauten von den Pensionären und kleinen Leuten aus den Plattenbauten am Stadtrand. Vor einigen Monaten, auf dem Höhepunkt der Orangenen Revolution, demonstrierten sie gegen den Präsidenten und die Finanzaufseher.

Viele fragen, warum die Banken Spargelder festhalten, anstatt sie pünktlich zum Termin mit den versprochenen hohen Zinsen zurückzuzahlen. Und warum

Versicherungen die Schäden nicht bezahlen, oder nur mit monatelanger Verspätung. Termingelder werden festgefroren, Kredite nicht verlängert, die Lokale Währung Grivna in einem Jahr um 50% abgewertet.

Die Geschäftsbeziehungen der Versicherungen zu ihren Auslandstöchtern auf Zypern oder den Rückversicherern auf den Bahamas sind intransparent. Die Finanzaufseher wissen nicht, wieviel Millionen Prämien der 475 Versicherungen als Kapitalflucht ins Ausland fließen. Wieviel Versicherungsprämien sind Geldwäsche? Ein großer Teil der Risikoprämie geht an die off-shore Rückversicherungen. Die Aufseher kennen nicht einmal alle Eigentümer von Banken und Rückversicherungen.

Projekte der Europäischen Union wollen Buchhaltungsregeln und Systeme vereinheitlichen. Die Solvabilität-Standards II sollen die Eigenkapitalaustattung der Finanzinstitute verbessern. Kritiker bemängeln, dass große Institute bei Risikogewichtung und Eigenkapitalermittlung weniger Eigenkapital und Reserven vorhalten müssen. Kleinere kapitalschwächere Institute brauchen mehr teures Eigenkapital, kleine Versicherungen müssen mehr Rückversicherungen einkaufen.

Die Deutsche Finanzaufsicht BAFIN hatte die ukrainische Kommission für die Regulierung der Finanzmärkte bereits 2009 und früher beraten und unterstützt. Das sind die aktuellen Themen:

Von Solvency I zu Solvency II (Von Basel I, und festen Eigenkapital- zu- Risiko-Relationen bis zu Solvency II Eigenkapitalsystemen; 3 Säulen-Modell); Konsolidierte Finanzaufsicht (über Finanzkonglomerate); Internationale Reporting Standards (Übergang von traditionellen nationalen Buchhaltungsstandards zu internationalen Regeln. Internationale Finanz Regulierungs-Standards „IFRS“). Europäische Bilanzierungsvorschriften sind strikter als US-amerikanische. Amerikanische Banken können daher höhere Kredite vergeben, sind aber auch höheren Risiken ausgesetzt. Stress Tests für Versicherungen (Wie können Versicherungen extreme Schadensbelastungen mit ihrem Eigenkapital plus Reserven auffangen?). IFRS Training für die Finanzaufsicht, und Einführung internationaler Solvency-Standards, das sind unsere kleinen Beiträge zur Hebung der Finanzkrise, zur Rettung der Welt der Finanzen.

Die Defizite der ukrainischen Finanzverwaltung werden den Beratern der europäischen Union nur zögernd offenbart: Ungenügende Finanzkontrolle; zu viele unsinnige, leistungsfeindliche und dazu widersprüchliche Steuergesetze und Verwaltungsvorschriften; intransparente Durchsetzung des kodifizierten Normensystems (was den Verdacht auf Korruption und politisch motivierte willkürliche Einflussnahmen nahelegt), freundliches, aber inkompetentes altes Personal, das die wenigen dynamischen, effizienten, oft in Seminaren der EU trainierten Nachwuchskräfte, blockiert.

Auch innerhalb der Beraterteams aus IMF und europäischer Union gibt es Widersprüche und mangelnde Kooperation. Der IMF hat andere Interessen als die Europäer. („Fuck the EU“, sagt die amerikanische Botschafterin.)

Zu deutliche Kritik an Praktiken der ukrainischen Bürokratie wird vermieden; die Berichte werden geschönt und verdecken oft die bittere Realität, die die lokale EU Delegation, also die diplomatische nationale Vertretung oder Botschaft der Europäischen Union in KYIV nicht sehen möchte.

STUDY-TOUR ZUR EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK IN FRANKFURT

Auf der Tagesordnung einer Study-tour für 6 ukrainische Finanzbeamte nach Frankfurt stehen Internationale Finanzstandards, Eigenkapitalstandards, Frühwarnsysteme, und Stresstests für Versicherungen. Wir hören Vorträge über die europäische Finanzarchitektur. Einige Referenten waren früher in Kiyv im Finanzministerium gewesen.

Leider hat sich seit der Präsidentenwahl in der Ukraine wieder alles geändert; der neue Präsident ist ein Mann des alten sowjetischen Regimes, hat unter dem postsowjetischen Präsidenten Kutschma gedient und wird die prowestliche Politik der früheren Ministerpräsidentin Yulia Timoschenko blockieren. Meine Reisegruppe ukrainischer Finanzbeamter will daher schnell nach Kyiv zurück. Dann treffe ich in Wien die Hauptaktionäre der Asia Medical Insurance, Abhi Sachdev, und seinen Vater Dr. Sing Sachdev. Familie Abhi Sachdev und sein Vater besitzen eine Krankenversicherung, eine Rettungsfluggesellschaft und Krankenhäuser. Sie wollen islamische Versicherungen für Mekka Pilger und Reisende aus dem islamischen Südostasien anbieten. Abhi lädt mich ein, ihn zu einer Konferenz asiatischer Versicherungen in Kuala-Lumpur zu begleiten. Auf der Konferenz treffen wir viele internationale Versicherungen und Rückversicherungen. Die deutsche Allianz-Versicherung aus München verkauft 50% ihrer Versicherungspolice in Asien an islamische Kunden. Die Versicherungsverträge entsprechen der Sharia.

Die erste islamische Sparkasse hatte der deutsch-ägyptische Professor Ahmed EINaggar, 1963 im Nildelta gegründet.

NEUJAHRSFEST IN DER KOREANISCHEN BOTSCHAFT

Der koreanische Konsul hatte eingeladen, es gab viele traditionelle Tanzgruppen in Nationaltrachten, mit Trommeln und Geigen, klassische Musik und armenischen „Konjak“, von dem mein Freund Peter und der Konsul etwas zuviel tranken. An unserem Tisch saßen auch ein Oligarch aus dem Immobiliengeschäft und ein bekannter Fernsehkommentator; die Damen mit Pelz Jäckchen und Brillanten im Haar. Wir sprachen über die damals noch ungebrochene deutsch-russische Freundschaft.

Leider reichte die Zeit nicht aus, den Bau-Löwen wegen des banalen Wasserschadens in meiner Wohnung in Kyiv zu befragen. Die Eigentümerin meiner Wohnung, wohnhaft in Vancouver und New-York, ruft täglich an, um mich weich zu kochen. Die Miete meiner 4 Zimmerwohnung vergleichbar mit Mieten in Berlin Mitte oder in Köln Lindental: deutlich zu hoch. Die kanadisch-ukrainische Eigentümerin hat den Schaden per Ferndiagnose auf 3.000 \$ kalkuliert. Meine eigene Expertise, ausgehend von Materialkosten und ukrainischen Löhnen, berechnet sich auf 300 \$. Unklar ist, ob ich der alleinige Verursacher des Schadens bin: Wir verhandeln weiter.

KYIV IM AUGUST 2011.

Inzwischen hat der neue ukrainische Präsident die Opposition weitgehend ausgeschaltet.

Mein früherer Chef in Kyiv, der Commissioner der Versicherungsaufsicht, Gospodin Volga, ist mit Vorwürfen der Korruption und Steuerhinterziehung, die er bestreitet, angeklagt und festgenommen worden.

Die frühere Ministerpräsidentin Yulia Timoschenko, die die Kompetenzen „unserer“ Versicherungsaufsichtsbehörde gegenüber dem Finanzministerium gestärkt hat, und meine Freunde und Kollegen protegiert hat, ist ebenfalls verhaftet worden. Andere Freunde aus Kyiv trauen sich nicht mehr, zu opponieren. Meine geplante nächste Seminar-Reise nach Kyiv, die ich seit einem halben Jahr mühsam vorbereitet habe, mit Programmen, Strategiepapieren, Finanzierungsmodellen, wurde bisher nicht genehmigt. Vermutlich habe ich einige Monate vergeblich gearbeitet.

EXKURSION NACH MOLDAWIEN - KORRUPTION UND SCHATTENWIRTSCHAFT VERHINDERN EINEN SCHNELLEN BEITRITT

Wie ist die Lage im ukrainischen Nachbarland Moldawien? 631 Millionen Euro sind der Europäischen Union 2016 verloren gegangen durch Betrug und Korruption. Zu diesem Ergebnis kommen die EU-Betrugsbekämpfer in ihrem Jahresbericht. Die meisten Ermittlungen gab es in Rumänien, Moldawien, Ungarn, Polen und Bulgarien. Die Dunkelziffer mag viel höher liegen. Ganz zu schweigen von den vielen Projekten, deren Zweck äußerst dubios ist, auch wenn die Ausgaben korrekt verbucht sind.

Das "Europäische Amt für Betrugsbekämpfung", kurz "Olaf" (nach der französischen Bezeichnung „Office Européen de Lutte Anti-Fraude“), hat ermittelt, dass der EU mindestens 631 Millionen Euro durch Betrug und Korruption verloren gingen. Experten schätzen eine Dunkelziffer, die bis zur doppelten Höhe dieses Betrags liegen könnte. In 346 Fällen hat das Amt die Rückforderung von Geldern aus dem europäischen Gemeinschaftshaushalt empfohlen. Das wurde bei der Vorstellung des Jahresberichts in Brüssel bekannt. Aus dem Bericht geht hervor, dass vor allem die Nutzung von EU-Fonds nach wie vor sehr betrugsanfällig ist. Die meisten Ermittlungen wurden in Rumänien, Polen, Ungarn und Bulgarien abgeschlossen. 34 der insgesamt 61 Verfahren in diesen Ländern endeten mit einer Empfehlung an die Kommission, Geld zurückzufordern. Olaf selbst hat keine Befugnis, Straf- oder Disziplinarverfahren einzuleiten.

KRIMINELLE BANDEN IN BULGARIEN, UKRAINE UND MOLDAWIEN VERDIENEN AN EU-PROGRAMMEN FÜR ARME

Vor allem bei öffentlichen Ausschreibungen treten immer wieder Unregelmäßigkeiten auf. So wurde etwa ein Betrugsnetzwerk zwischen Tschechien und der Slowakei aufgedeckt. Medizinische Geräte wurden über dieses Netzwerk zu vollkommen überhöhten Preisen von Tschechien in die Slowakei geliefert. 17,6 Millionen Euro seien der EU dadurch verlorengegangen, so die Ermittler.

Auch Moldawien, Rumänien und Bulgarien stehen im Fokus. Eine kriminelle Bande in Bulgarien habe durch ein ganzes Geflecht aus Schein- und Offshore-Firmen Zahlungen an eine korrupte Firma in Rumänien verschleiert, die Ernährungsprogramme für besonders arme EU-Bürger verwalten sollte. Es wurde für Produkte gezahlt, die nie geliefert wurden. So sind der EU laut dem Bericht über 32 Millionen Euro verlorengegangen.

BANKEN- UND FINANZSEKTOR. DER „JAHRHUNDERT-FINANZSKANDAL“

Ein Finanzskandal, in dem drei wichtige moldauische Banken in dubiose Geschäfte verwickelt waren: Kredite von 750 Millionen US-Dollar (685,62 Mio. Euro) an Kunden gewährt, deren Spuren sich bei Off-Shore-Banken verloren. Wie kann eine Milliarde Dollar gestohlen werden?

Als der Milliarden-Raub bekannt wurde, kam es zu regelmäßigen Protesten gegen die korrupte Regierung, das Justizsystem, schlechte Lebensbedingungen und vieles andere mehr. Wie etwa kann es sein, dass kaum ein Beteiligter zur Rechenschaft gezogen wird? Zeitungen nennen das Ganze den "Raub des Jahrhunderts". Nur der bekannte Politiker Vlad Filat wurde im vergangenen Juni deswegen zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Die Teilnehmerliste derer, die diesen Betrug vorbereitet haben, ist aber viel länger. Und als eigentlicher Drahtzieher wird ohnehin ein anderer Vlad vermutet: Vlad Plahotniuc, der auch "Der Puppenspieler" genannt wird. Er wäre fast Premierminister geworden. Darauf demonstrierten zwischen 50.000 und 100.000 Menschen in der Hauptstadt. Zwischen den unterschiedlichen protestierenden Gruppen kam es zu Ausschreitungen.

Nachdem eine Verfassungsänderung rückgängig gemacht worden war, wurde der Präsident wieder vom Volk gewählt. Vor allem Jungwähler und Bürger aus städtischen Gebieten haben im ersten Wahlgang für frühere moldawische Premierministerin, Kandidatin der Aktions- und Solidaritätspartei (PAS) Maia Sandu, gestimmt. Im Autonomen Gebiet Gagausien holte hingegen der pro-russische Sozialistenchef Igor Dodon 91 Prozent der Stimmen.

Die frühere moldawische Premierministerin, Maia Sandu, führt laut der Zentralen Wahlkommission der Republik die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen an. Nach der Auswertung von 99,95 Prozent der Wahlprotokolle erhielt sie 57,74 Prozent und das amtierende Staatsoberhaupt Igor Dodon 42,26 Prozent der Stimmen.

DIE OLIGARCHEN

Es gibt sie im gesamten postsowjetischen Raum. Ihr Markenzeichen: Zynismus und Missachtung moralischer Normen. Die Privatisierung des Staatseigentums sehen sie als Quelle persönlicher Bereicherung und sie sind der Meinung, dass das Interesse des Gemeinwohls hinter ihrem eigenen Privatinteresse zu stehen hat. Sie mögen es nicht, "Oligarchen" genannt zu werden, denn dieses Wort ist heute zu einem Synonym für "Dieb" geworden. Stattdessen sehen sie sich lieber als "Geschäftsleute".

VIELE BETRUGSFÄLLE SIND GRENZÜBERGREIFEND

In ganz andere Größenordnungen geht ein Betrugsfall in Ungarn. Bei einem 1,7 Milliarden Euro schweren Transport-Projekt soll es massive Unregelmäßigkeiten in der Auftragsvergabe gegeben haben. Und zwar über die Grenzen Ungarns hinweg. Hochspezialisierte Baufirmen in Großbritannien sowie in anderen EU-Staaten stehen unter Korruptionsverdacht.

Die Olaf-Ermittler haben den Fall an die Strafverfolgungsbehörden in Ungarn und Großbritannien weitergegeben, denn Olaf ist auf die Kooperation der Mitgliedsländer beziehungsweise der zuständigen EU-Organe angewiesen. Bisher haben etwa die Hälfte aller Olaf-Empfehlungen zu Anklagen in den

betroffenen Staaten geführt. Olaf ermittelt nicht nur in den EU-Staaten, sondern auch innerhalb des EU-Apparats sowie in Drittstaaten, die mit der EU Geschäfte machen.

LANDWIRTSCHAFT IN RUMÄNIEN UND MOLDAWIEN - KLEINBAUERN IN DER KRISE

Rumänien gehört zu den größten Agrarstaaten der EU und muss dennoch den Großteil seiner Lebensmittel importieren. Und das, obwohl Groß-Rumänien einst als Kornkammer Europas galt.

Rumänien gehört zu den größten Agrarstaaten der EU, es besitzt europaweit eine der fruchtbarsten Böden und fast jeder dritte Arbeitnehmer betreibt Landwirtschaft - in Deutschland ist es nur jeder fünfzigste. Und dennoch: In Westeuropa sind die wohlschmeckenden, sonnengereiften Tomaten aus der Walachei oder der würzige Schafskäse von der siebenbürgischen Alm nur wenigen ein Begriff, weil die Lebensmittel es selten in den Export schaffen. Denn ein Großteil der Agrarwirtschaft ist noch lange nicht im 21. Jahrhundert angekommen.

Rund vier Millionen Bauernhöfe zählt Rumänien, kein anderes EU-Land hat eine solch zersplitterte Landwirtschaft. Der kleinste Teil - rund 12.000 Firmen - sind frühere Mammutbetriebe, die noch heute staatliche Flächen von bis zu 500 Hektar bewirtschaften und ihre Abnehmer im In- und Ausland haben, vor allem für nicht veredelte Primärprodukte wie Getreide, Ölsaaten und Lebendvieh. Wenngleich diese Firmen wirtschaftlich gut aufgestellt sind, bekommen sie die meisten EU-Direktzahlungen, weil sie die größte Lobby in der einheimischen Politik haben. Der große Rest der Höfe aber kämpft in Rumänien ums Überleben. Dass die Landwirtschaft kleinteilig und ineffizient ist, kommt nicht von ungefähr: Nach der Wende und der Pleite zahlreicher Staatsunternehmen sind viele dahin zurückgekehrt, wo sie ursprünglich herkamen - aufs Dorf und in die Landwirtschaft. Postkommunistische Regierungen hatten den Prozess vorangetrieben und großzügig kleinteilige Grundstücke zurückgegeben, auch an jene, die vorher gar nichts besaßen. Es war der Puffer gegen die Arbeitslosigkeit, das soziale Trostpflaster für viele, die nach der Wende in den Städten vor dem Nichts standen. Die Folge: Die rumänische Landwirtschaft ist im 21. Jahrhundert ein Fleckenteppich aus kleinen Parzellen. Damit verwundert nicht, dass zwei Drittel aller Landwirtschaftshöfe - rund 2,7 Millionen Bauern - erst gar nicht für den Markt produzieren, sondern nur für den eigenen Magen. In den kleinen Ortschaften grunzen vielerorts Hausschweine, schnattern die Dorfgänse, ziehen noch Pferde den Pflug und die Ernte kommt auf den Ochsenkarren in die Scheune. Von heiler, unberührter Welt, sprechen Sozialromantiker. In Wirklichkeit ist es die pure Armut, das fehlende Kapital für eine technische Ausstattung, dass die Bauern so am Existenzminimum wirtschaften lässt. Die Mehrheit besitzt weniger als einen Hektar Land. In Rumänien kommen diese Millionen Bauern nicht einmal in den Genuss von EU-Direktzahlungen, weil der bürokratische Aufwand zu hoch wäre. Auch Maria bekommt keine Unterstützung, doch immerhin hat sie im eigenen Dorf ein paar Gemüse-Abnehmer: "Leute, die in der Stadt noch Arbeit haben und nicht die Zeit, um den Garten und das Feld zu bestellen. Die kaufen bei mir, weil sie wissen, dass sie Biogemüse bekommen. Alles bewirtschaftet mit Schaufel und Harke und ohne Pestizide."

Transnistrien- eine russische Provinz innerhalb Moldawien-Separatismus der russischsprachigen Bevölkerung

Im Januar 1990 hatten 96 Prozent der Bewohner Transnistriens für einen autonomen Status der Region gestimmt.

In Transnistrien stehen seit einem Abkommen aus dem Jahre 1992 zwischen Moldau und Russland etwa tausend Soldaten einer russischen Friedenstruppe. Sie sollen ein Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen der moldauischen Zentralregierung und transnistrischen Truppen verhindern. Jetzt fordert die moldauische Regierung den Abzug der Russen - doch die Transnistrier wollen sie als Schutzmacht behalten. Deren Präsident Jewgenij Schewtschuk lobt die "unbestrittene Effektivität" der von Moskau entsandten Peacekeeper.

Massive Rückendeckung bekommt die moldauische Führung jetzt von der Ukraine. Denn die Regierung in KYIV stoppt die Versorgung der russischen Truppen in Transnistrien auf dem Landwege.

Russische Militärs sprechen erbost von einer "Blockade" ihrer Armeeeinheiten in Transnistrien. Damit wird die international nicht anerkannte Republik mit einer halben Million Einwohnern wieder einmal zum Streitobjekt von Geostrategen.

MOSKAU KÜNDIGT "LUFTBRÜCKE" AN

General Jurij Jakubow vom russischen Verteidigungsministerium kündigte früher an, Moskau werde seine Truppen in Transnistrien "über eine Luftbrücke mit Militärtransportflugzeugen versorgen".

Transnistrien hat etwa 15.000 Mann unter Waffen. Zu diesen Russland-treuen Kämpfern gehören auch Einheiten des transnistrischen Geheimdienstes KGB. Dessen Chef, der schnauzbärtige Generalmajor Anatolij Lipinskij, diente 1982 bis 1987 bei den Sowjettruppen in Leipzig. Seitdem ist er mit Vladimir Wladimirowitsch Putin befreundet.

Anatolij Lipinskij hat drei Töchter und prominente Schwiegersöhne sowie beste Beziehungen zur EU.

Lipinskij stammt aus Odessa. Die russischsprachige Küstenstadt mit ihrem Schmuggler-freundlichen Schwarzmeerhafen gilt bisher als sicheres Hinterland für die Transnistrier. Doch Ende Mai setzte Präsident Poroschenko dort den früheren georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili als Gouverneur ein.

Nach den bewaffneten Auseinandersetzungen 1992 etablierte sich in Tiraspol ein De-facto-Regime um Igor Smirnov, welches das Gebiet jenseits des Dnister kontrolliert und dort eigene Verwaltungsstrukturen aufgebaut hat. Der Verhandlungsprozess zwischen der Regierung in Chişinău und in Tiraspol gestaltet sich schwierig, so dass Beobachter von einem „eingefrorenen Konflikt“ sprechen.

VERHÄLTNIS ZUM NACHBARLAND RUMÄNIEN

Historisch betrachtet sind beide Länder seit Jahrhunderten eng miteinander verbunden: Hier wie dort spricht man Rumänisch und beruft sich auf den gemeinsamen Nationalhelden Stephan den Großen. Die Republik Moldau gehörte in Folge des Ersten Weltkrieges zu Rumänien, 1940 wurde Moldau gemäß dem geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts in die UdSSR eingegliedert. Die kulturellen und historischen Verbindungen zum Nachbarland

Rumänien wurden weitestgehend verdrängt: Die gemeinsame Sprache wurde kurzerhand in "Moldauische Sprache" umbenannt und auch die Reisefreiheit zwischen beiden Ländern unterlag starken Einschränkungen. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass in Moldau im Zuge der Perestroika der Ruf nach einer erneuten Annäherung an das westliche Nachbarland laut wurde. Im Verbund mit Anfeindungen gegen die russischsprachigen Minderheiten im Land trug diese Forderung schließlich nicht unwesentlich zur Eskalation der Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei. Eine Vereinigung mit Rumänien war in Moldawien aber bald vom Tisch: Bei einem Referendum 1994 stimmten 90 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes.

Reibungspunkte zwischen den Nachbarstaaten boten in der Vergangenheit sowohl die Schulden Moldawiens bei den rumänischen Elektrizitätswerken als auch die kulturelle Identität der Rumänen, die in Moldawien die Mehrheit stellen. Der größte Teil Moldawiens bildete historisch zusammen mit der heutigen rumänischen Region Moldau das Reich Stefans des Großen, des gemeinsamen Nationalhelden beider Staaten, und war von 1918 bis 1940 rumänisches Territorium.

Im Anschluss an die Parlamentswahl im April 2009 kam es zu heftigen Straßenschlachten. Der rumänische Botschafter wurde zunächst ausgewiesen und die Visumpflicht für rumänische Staatsbürger wieder eingeführt.

Generell unterstützt Rumänien Moldawien bei der Annäherung an die EU sowie in der Transnistrien-Frage. Rumänien plädiert für den Erhalt der territorialen Integrität des Nachbarlandes und lehnt den transnistrischen Separatismus ab.

"KORNKAMMER EUROPAS" - DAS WAR EINMAL

Die Konkurrenz ist groß. In jeder Stadt in Rumänien bieten Bauern ihre Ware feil. Aus Dacia-Kofferräumen heraus wird am Fiskus vorbei frisches Gemüse verkauft. Polizeikontrollen kann man auf diese Weise schnell entkommen. Auf den Bauernmärkten wird in ausgewaschenen Fanta-Flaschen nahrhafte Kuhmilch angeboten, die frischen Hühnereier gibt es übereinander gestapelt in Plastiktüten - improvisieren ist alles. In die rumänischen Supermärkte schaffen es diese Produkte nur selten. Die Handelsketten klagen vielmehr darüber, dass die Bauern die vereinbarten Mengen nicht beständig liefern können und oder den Käse in Plastikemern vorbeibringen. So könne man ihn schließlich nicht ins Regal stellen. Dort liegt stattdessen importierter Käse aus Belgien, Frankreich und Deutschland. Rumänien, das vor dem Ersten Weltkrieg noch als "Kornkammer Europas" bezeichnet wurde und am Ufer der Donau die größten Getreidebörsen besaß, ist seit der Wende zum Nettoimporteure für Agrargüter und Lebensmitteln geworden, weil die eigene Landwirtschaft EU-weit nicht mithalten kann.

Die Zukunft der rumänischen Agrarwirtschaft liegt in den Händen von familiengeführten Klein- und mittleren Betrieben. Sie betreiben Felder bis zu 100 Hektar. Rund eine Million solcher Höfe gibt es in Rumänien - ihnen fehlt oft das nötige Kapital und die technische Ausstattung, um effizient zu arbeiten. In Rumänien sind nur zögerlich Kooperativen entstanden, weil das vom Staat zurückgegebene Land zunächst nicht verpachtet, verkauft oder gekauft werden

konnte. Noch heute fehlt den Einzelbauern oft die Einsicht zum Zusammenschluss. Warum sollten sich "zwei Arme zusammentun", heißt es vielerorts, da käme doch nur wieder Armut heraus.

Doch die rumänische Regierung drängt seit Anfang 2013 darauf, aus den zersplitterten Höfen lebensfähige Genossenschaften zu machen. Bei der Ausführung ist man ein wenig eigenwillig. Im Mai unterzeichnete das Agrarministerium mit der Rumänisch-Orthodoxen Kirche ein Abkommen, wonach Dorfpriester nach ihrem Gottesdienst über die Landwirtschaft predigen sollen: Der Geistliche soll die Bauern über EU-Fördermittel und staatliche Zuschüsse aufklären oder über die Vorteile, sich kleinen landwirtschaftlichen Kooperationen anzuschließen. Vorteil: Dem Dorfpriester hört man - im Gegensatz zu den Politikern - noch zu. Doch will man den Popen nicht allein das Schicksal der Landwirtschaft überlassen. So plant das Agrarministerium, zinsgünstige Kredite für Kleinbetriebe. Kleine Bauern hätten damit erstmals die Möglichkeit, in eine moderne Ausstattung zu investieren.

HEIMATURLAUB IN BERLIN

Veronika hat Recht: „Warum strampelst Du Dich ab, um noch ein Seminar zu machen oder ein Buch zu schreiben, setz Dich lieber in den Garten und hilf mir beim Rasenmähen“. Veronikas Garten hat verschiedene Blumen – und Zierpflanzensorten, Flox, Calendula, Pfefferminz, Salbei, Apfel, Quitten, Stachelbeeren, Johannisbeeren, Erd- und Brom- und Himbeeren, Rosen, Petersilie, etc. neben dem

Teich mit Fröschen, Goldfischen, Kois, Moderlieschen, Unken, Molche, die wir vor dem Fischreiher verteidigen. Als Innovation hat Veronika ein Wassersprühgerät installiert, („Reiherschreck“), das den Fischreiher beim Raub im Teich stören soll. Hoffen wir, dass der Fischreiher sensibler und weniger Beratungs-resistent ist als die ukrainische Bürokratie).

DEUTSCHLANDS AUTOMOBILINDUSTRIE 2022

Warum hat sich Deutschlands Industrie so vom russischen Öl abhängig gemacht? Um die Automobilindustrie am Laufen zu halten? Die SPD will die Arbeitsplätze der Automobilindustrie erhalten. Macht sich damit blind vom chinesischen Markt abhängig. Chinesische Staats-Unternehmen wollen als Aktionäre die deutsche Industriepolitik mitbestimmen. Was bewegt Volkswagen, ein Riesenwerk in West-China, in dem Gebiet Chinas zu errichten, in dem die Uiguren brutal unterdrückt oder als Zwangsarbeiter eingesetzt werden?

Die Logik der Weltwirtschaft, der Globalisierung und des Kapitalismus fordert immer mehr Produktion und mehr Konsum. Damit zerstört sie Regenwälder und lässt Länder wie Indonesien oder Kongo zu einem Schweizer Käse werden. Zumindest sehen die Böden in den Abbaugebieten dort so aus. Dort, wo Tantan, Kobalt, Nickel und Kupfer gefördert werden, wird der Regenwald zur Wüste. Die Logik der Globalisierung plus Kapitalismus verlangt, den billigsten Anbieter zu finden. Nach dessen weiteren finsternen Absichten wie Terrorismus, Umweltzerstörung, Unterwanderung der europäischen Wirtschaft, Spaltung der europäischen Union, und anderen Missetaten wird nicht gefragt. Man hat ja auch zur Zeit des chilenischen Diktators Pinochets nicht aufgehört, chilenisches

Kupfer zu kaufen. Die Blutdiamanten wurden aus afrikanischen Sklavenbergwerken geholt. Heute baumeln Sie am Hals der Milliardärs-Gattinnen, die in Bayreuth Wagners Parsifal in der neuen Inszenierung von Nike Wagner bejubeln. Unter den Gästen in der Fürstenloge sitzt auch eine hochgeachtete ehemalige Bundeskanzlerin mit einem offenherzigen Dekolletee. Auf der anderen Seite der Erde geben die Potentaten und Milliardäre in Brunei, Singapur und Indonesien das Geld des Westens für modischen Konsum, Pierre-Cardin Krawatten und Staatskarossen mit dem Stern aus. Wenn dabei Menschenrechte mit den Stiefeln getreten werden oder wenn Uiguren, Tibeter und andere Völker geknechtet werden, interessiert das die Potentaten nicht. Widersprüche gibt es genauso, wenn reuige, sehr junge Konsumenten für Menschenrechte und gegen die Erderwärmung demonstrieren und sich auf Autobahnen ankleben. Gleichzeitig kaufen viele chinesischen Schnickschnack, modische Sneaker und anderen Tinnel, der in China von unterbezahlten, ausgebeuteten Uiguren und Zwangsarbeitern hergestellt wird. Hauptsache billig. Hauptsache Plastik, das, wie oben beschrieben, irgendwann als Plastiktaschen im Meer und im Magen der Fische landet.

In Indien, der Elfenbeinküste und in Kirgistan haben wir in Projekten gearbeitet, die Globalisierung und Produktion von Billiggütern zum Ziel hatten. In Ägypten habe ich für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Kleinbetriebe finanziert, die Plastiktüten produzierten. Heute ist Ägypten vermüllt, und der Müll schwimmt im Nil. "Mehr Plastik als Fische im Nil", titelt die Zeit.

Das Primat der Ökonomie, der Produktion, des Kapitalismus und überflüssigen Konsums ist mit der Moral der Weltrettung nicht zu vereinbaren. Die „humanitär motivierte“ Migration bringt neue Millionen von hungrigen Konsumenten und billigen Arbeitern nach Europa. Mehr Migration, mehr Arbeitskräfte, mehr Konsum, mehr Produktion, mehr Müll, mehr Zerstörung unserer Umwelt.

Unser KfW-Projekt für Kleinindustriefinanzierung wollte Marketing und Produktion von kleinen Betrieben fördern. Großbanken wie der Credit Suisse und die UBS haben durch Megakredite den Bau von Pipelines im Amazonas finanziert. Am Amazonas schmeckt man, wie das Öl aus Bohrungen von Shell und Exxon den Fluss verschmutzt. Kinder sterben am unreinen Wasser. Die Wälder werden gerodet, um Platz für noch mehr Viehfutter für die Fleischproduktion zu schaffen. Überall teuflische Kreisläufe. Mehr Öl, mehr Fleisch, mehr Viehfutter, mehr Plastik, mehr Chemiewolken. Deutschland ist einer der größten Exporteure von Viehfutter. Die wilde Zerstörung unserer Welt nimmt zu. Weltrettung wird immer schwieriger. Kommt jeder Versuch zu spät? Im Finanzministerium in KYIV wurde im Jahre 2011 mein beruflicher Beitrag zur Selbstzerstörung (oder-Rettung?) der Welt vorerst beendet. Seitdem schaue ich in meinem Garten den Rosen, dem Apfelbaum und der Quitte beim Wachsen zu.

Der Weltuntergang kann warten.

ZITATE

Unser Planet ist unser einziges Zuhause. Wo sollen wir hingehen, wenn wir ihn zerstören? (Der Dalai Lama, Interview mit Franz Alt, 2004)

„Das einfache Volk will keinen Krieg. Es sind die Führer eines Landes, die die große Politik bestimmen. Es ist leicht, dem Volk durch gute Propaganda einzu-

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

reden, es würde angegriffen und müsste sich verteidigen. Alle werden mitmachen, um ihr angegriffenes Vaterland zu verteidigen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur oder eine kommunistische Diktatur handelt.“ (Francisco Franco. Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo Franco Salgado y Baha Monde Pardo (* 4. Dezember 1892 in Ferrol, Galicien; † 20. November 1975 in Madrid), war Generalissimus und von 1936 bis 1975 Diktator des Königreiches Spanien).

Es ist eine fatale menschliche Überheblichkeit, zu glauben, dass alle Menschen miteinander in Frieden leben werden, wenn sie es nur wollen, dass sie milliardenfach im Einklang mit der Natur leben können, und dass es für alle genügend Nahrung gibt, wenn man nur alles gerecht untereinander aufteilt. Der Krieg in der Ukraine hat die naive Illusion zerstört. (Margot Käßmann)

Die Erde braucht den Menschen nicht. Wir brauchen die Erde, können sie aber nicht retten. Wir können uns nur selbst retten. (Jacob Bechstein)

Ich kenne keine öffentliche Debatte, in welcher schlicht vom Verzicht und Vereinfachen gesprochen wird. Wer politisch überleben will, schürt den Glauben an neue Technologien, die durch ihre Innovationen ökonomischen Mehrwert generieren, gerade weil sie ökologischer sind. Wer politisch überleben möchte, muss alles größer, schneller, teurer, aufwändiger bauen, zur Zeit eben grüner. (Jürgen Trittin)

8 Milliarden Menschen auf der Welt streiten um die begrenzten planetaren Ressourcen, Wasser, Gas und Öl. Russland, Indien, Pakistan, Iran, Israel, Nordkorea, alle drohen mit Atombomben. (Elias Elias)

Wir versinken im Plastikmüll. Mehr Plastik als Fische im Nil. (WWF)

Migration verstärkt das industrielle Wachstum, aber führt damit zu neuen Müllbergen, zu Umweltzerstörung und Klimawandel. Müssen Weltretter logischerweise ein Ende der unkontrollierten Massenmigration fordern?

Deutsche Euros für Gas und Öl füllen die Kriegskassen in Russland und zerstören die Welt. Aber wer will frieren für den Weltfrieden?

Wollt ihr nun alle Flüchtlinge aufnehmen? Brüder und Schwestern aus der Ukraine können im Gästezimmer schlafen. Syrer und Palästinenser auch. Aber Millionen aus Afrika? Das gibt Krieg. (Abubakr Al-Habibi)

DANKSAGUNG:

Ich danke allen Kollegen aus den Projektbüros der GIZ, der EU, der FES und der KfW für endlose Diskussionen über die Fehler der klassischen Entwicklungshilfe durch Kredite und Investitionen. Die Kaffeepausen im „Aroma Kaffee“ in Damaskus, im „Kaffee Groppi“ in Kairo, im „Kaffee Passage“ am Maidan in Kiyiv waren immer zu kurz. Besonderen Dank meinen strengen Kritikern: Peter McFerran, London, Aigul Toktonalieva, Alexander Rakubovski, Kiyiv (KYIV), Aenne Gabriele G., Berlin, die mich oft korrigierten, meist berechtigt, oft erfolglos, da ich mit zunehmendem Alter beratungsresistenter und vergesslicher werde. Dank sei auch meinen Freunden: Norbert J., Carlos Melches, Hubertus v. Römer, Dieter S.-Z (DSZ). Rolf Brüning, Anke und besonders Reinhard M. W. Hanke als unermüdlichem Herausgeber.

LITERATUR

Gerd Klöwer: Öl im Amazonas und Mandelblüte an der Costa del Sol, Verseuchte Böden und verdrecktes Wasser: Schweizer Banken finanzieren die Ölsuche im Regenwald. Essay zur Ökologie, epubli, Berlin 2021.

Gerd Klöwer: Das Buch Josua. Krieg und Frieden im Heiligen Land. Vom alttestamentarischen Gott der Rache zum neutestamentarischen Gott der Liebe, S. 18 - 40 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 775 vom 20.08.2020.

Gerd Klöwer: Globalisierung, Klimarettung und ökologische Religion - vom Aralsee bis Andalusien. Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach den Grenzen des Wachstums eine neue Religion wird, S. 47 – 78 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021

Gerd Klöwer: Krieg der Kirchen in der Ukraine. Orthodoxe Konfessionen im Konflikt. Religionsphilosophischer Essay, epubli, Berlin 2023.

Gerd Klöwer: Oligarchen und Migranten
Geldwäsche, Clans und Korruption. Deutsch-ukrainisches Polit-Drama. E publi, Berlin 2022.

Oligarchen und Migranten sind die Freunde eines Hohen Vertreters der Europäischen Union in KYIV. Er hilft ukrainischen Milliardären, russischen Oligarchen und arabischen Migranten-Clans bei der Steueroptimierung ihrer Vermögen. Ein Polit-Drama in Fernsehfassung über Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration. Eine Love-Story mit arabischen Clans, Korruption und Steuerhinterziehung erklärt uns nebenbei die Wahrheit über Öl, Energie und Krieg im Nahen Osten.



Vita: Gerd Klöwer hat im Auftrag der EU-Kommission und der Bundesregierung viele Jahre in Osteuropa, Russland, Weißrussland und Ukraine gearbeitet. Dr. phil. und Diplom-Volkswirt. Berufliche Stationen waren MikroFinanzen, Genossenschaften und islamische Sparkassen in Ägypten. Banken und Versicherungen in Russland, Indien und Ukraine. Finanzministerien in Kirgizstan und der Ukraine.

Widmung

In memoriam Heinz Günter Maximilian Klöwer (1922-2011) zu seinem 100jährigen Geburtstag am 1.04.1922.

Verantwortlich für den Inhalt:

Gerd Klöwer
10829 Berlin
Gerd@kloewer.de

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:

SONDER-EDITION „IMPfZWANG“

30 Stk. 

runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

€ 19,⁹⁰ inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

**Limitierte
Auflage**

**01) Vetternwirtschaft: Millionen-Förderung für „Seenot“-Schlepper
„United4Rescue“**

18. 11. 2022



Acht Millionen Euro Steuergeld für Seenotschlepper – Bundestag-Haushaltsausschuss beschließt Förderung für „United4Rescue“

Gute Nachricht für nordafrikanische Schleuserbanden: Einer ihrer Kooperationspartner wird von Deutschland mit Geld der Steuerzahler geradezu überschwemmt. Der Bundestag-Haushaltsausschuss beschließt Förderung für die „Seenot“-Schlepper „United4Rescue“ in der Höhe von 8 (!) Mio. Euro.

BERLIN – Wofür eine linke Regierung in Krisenzeiten Millionen an Steuergeld übrig hat, zeigt die bundesdeutsche Ampelkoalition. Nach einem Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags erhält der Verein „United4Rescue“, der im Mittelmeer Schiffe betreibt, die mutwillig in Seenot geratene illegale Migranten nach Europa bringt, im nächsten Jahr eine Förderung von zwei Millionen Euro. Auch für die Jahre 2024 bis 2026 sind jeweils zwei Millionen Förderung vorgesehen, was in Summe acht Millionen Euro ergibt. „United4Rescue“ wurde übrigens 2019 auf Initiative der Evangelischen Kirche gegründet.

SPD: „Wichtiges Zeichen“

„RP ONLINE“ zitiert die SPD-Politikerin Derya Türk-Nachbaur, dass die Förderung „ein wichtiges Signal in Zeiten sei, an denen Rechtsbrüche an den EU-Außengrenzen und die Kriminalisierung der Rettung von Menschenleben leider auf der Tagesordnung stehen“.

AfD: Gelder stoppen

Anderer Meinung ist hingegen Alice Weidel. Die AfD-Bundesvorsitzende fordert den Stopp der Gelder an „United4Rescue“:

„Die Ampel untergräbt die Souveränität Italiens mit der Förderung illegaler Schleppertätigkeiten massiv. Erst vor wenigen Tagen kündigte Italiens Premierministerin Giorgia Meloni an, NGOs den Zugang zu italienischen Häfen zu verwehren, um illegale Migration zu unterbinden. Nun steht zu befürchten, dass Italien dort ankommende Migranten sofort und ungeprüft in ein Deutschland weiterleitet, das schon jetzt keinerlei Aufnahmekapazitäten mehr hat.“

Skandal: Grüne Bundestagsvizepräsidentin mit Geldempfänger liiert

Stellt man sich die Frage, warum gerade „United4Rescue“ in den Genuss des Geldsegens kommt, so kommt man nicht umhin einen Blick hinter die Kulissen der selbstlosen „Retter“ zu werfen. Der Boss von „United4Rescue“ ist nämlich keine Geringerer als Thies Grundlach, der Lebensgefährte der grünen Bundestagsvizepräsidentin Göring-Eckardt. Dazu die auch Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch, erklärt:

„Das kriminelle Schlepperwesen und den Menschenhandel im Mittelmeer mit deutschen Steuergeldern zu fördern, ist schon abstoßend genug. Aber dass der ‚United4Rescue‘-Verein des Lebensgefährten der Grünen-Bundestagsvizepräsidentin Göring-Eckardt mit Millionen durch das grün-geführte Außenministerium gefördert wird, ist der Gipfel der Geschmacklosigkeit: Eine grüne Hand wäscht die andere – auf Kosten der Steuerzahler. Als AfD-Bundestagsfraktion werden wir weiter entschlossen das Schlepperunwesen im Mittelmeer bekämpfen und uns gegen dessen Finanzierung aus deutschen Steuergeldern einsetzen. Georgia Meloni hat hier eine neue Zeit eingeleitet, um Europas Grenzen zu schützen, was wir als Fraktion sehr begrüßen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Aldorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.11.2022

Aserbaidshjan – kauft Gas in Russland und verkauft es teurer nach Europa. SRF.ch
• Vertreter des Obersten Hauptquartiers der NATO Europa besuchen im Rahmen der NATO-Tage eine Militäreinheit in Baku. AZTR.az

Brasilien – In Brasilien haben der abgewählte Präsident Bolsonaro und seine Partei Beschwerde gegen das Wahlergebnis eingelegt. Die Partei reichte beim Obersten Gericht einen entsprechenden Antrag ein. Sie verlangt, dass etliche Stimmen für ungültig erklärt werden, die an elektronischen Wahlgeräten abgegeben wurden. Dabei verweist sie auf einen Softwarefehler. SRF.ch

China – Chinas Null-Covid-Politik. Arbeiter protestieren vor größter iPhone-Fabrik in Zhengzhou. Videos auf Weibo zeigen hunderte Arbeiter, die an der Fabrik des Apple-Zulieferers Foxconn demonstrieren. Foxconn (富士康) ist ein Markenname des taiwanesischen Herstellers Hon Hai Precision Industry Co (鴻海科技集團). Es ist der weltweit größte Hersteller von Computerkomponenten und produziert den Mac mini und das

iPhone für Apple Inc. Das Unternehmen stellt auch Teile für Dell, Sony, Nokia und viele andere Marken her. Auf Chinesisch ist Foxconn unter dem Handelsnamen Fu Shi Kang (符石坑) bekannt. Das Unternehmen hat hauptsächlich Fabriken in China, aber auch in Indien, Tschechien, der Slowakei, Polen, Mexiko und Brasilien. SRF.ch

- Peking macht Schotten dicht. SP.ru

Deutschland – Nach mehr als zwei Jahren dürfen seit dem späten Abend wieder Autos durch die Berliner Friedrichstraße fahren. Damit folgen der Senat und das Bezirksamt Mitte einem Gerichtsbeschluss, mit dem die Sperrung für rechtswidrig erklärt wurde. Die Grüne Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (54) will aber an ihren Plänen festhalten, die Friedrichsstraße dauerhaft zu einer Fußgängerzone zu machen.

- Trotz der Energiekrise ist der Berliner Kurfürstendamm in der Advents- und Weihnachtszeit wieder festlich beleuchtet. Seit heute Abend strahlen zehntausende Lichter in den Bäumen an der Strecke – und an Skulpturen nahe der Gedächtniskirche. Es sind moderne LED-Lämpchen, die vergleichsweise wenig Strom verbrauchen. RBB.de

- Der umstrittene Botschafter der Ukraine in Deutschland Andrei Mel'nik (Андрей Ярославович Мельник, (47) hat viel diplomatisches Porzellan in Berlin zerschlagen. Seine Demission stellte sich jedoch bald als Beförderung heraus: Der Verehrer des Partisanenführers Stepan Bandera (1909–1959) wurde nun in Kiew zum stellvertretenden Außenminister ernannt und macht damit einen Karrieresprung. RT.ru

- Es war eine dramatische Nacht im sonst eher beschaulichen Manching: Am 22.11. um 1.17 Uhr wurden in einem Verteilerzentrum der Telekom die Glasfaserkabel durchtrennt. Der Polizeialarm funktionierte nicht mehr. Um 1.26 Uhr wurde im nahegelegenen Kelten-Römer-Museum eine Fluchttür ausgehebelt, zwei Panzerglas-Vitrinen wurden aufgebrochen – und nur sieben Minuten später verschwand ein zwei Jahrtausende alter Goldschatz. Bemerkte wurde der Verlust erst am Morgen um 9.45 Uhr. Insgesamt wurden 483 Goldmünzen gestohlen, dazu aus der zweiten Vitrine drei weitere, deutlich größere Münzen. Alle Münzen stammen aus der Zeit um 100 vor Christus und wiegen zusammen rund vier Kilogramm. Der reine Materialwert der Goldmünzen liegt aktuell bei etwa 250.000 Euro, der Handelswert bei 1,6 Millionen Euro – doch tatsächlich geht es um viel mehr. Der 1999 gefundene Goldschatz ist das Herzstück des Museums. In jedem Fall stammen die Münzen aus der Blütezeit der einstigen Keltenstadt vor dem heutigen Manching. Die Täter können die Goldmünzen kaum verkaufen und werden sie wohl einschmelzen – ein Albtraum für den Museumsdirektor. BR.de

Frankreich – Die Regierung will das System der Arbeitslosenversicherung ändern. Am Dienstag hat sie die Details präsentiert: Ist die Arbeitslosigkeit hoch, werden Arbeitslosengelder weiterhin gleich lange ausgezahlt wie heute. Das heißt im Normalfall höchstens zwei Jahre, für über 55-jährige Arbeitslose drei Jahre lang. Läuft hingegen die Wirtschaft gut, dann wird die Bezugsdauer um ein Viertel gekürzt.

- Die europäische Raumfahrtbehörde ESA in Paris stellt die neuen Astronauten des Jahrgangs 2022 vor. Zudem wurde das Budget und der inhaltliche Fahrplan für die kommenden drei Jahre festgelegt. Unter anderem fordert die ESA mehr als 18 Milliarden Euro von ihren 22 Mitgliedsstaaten. Die Suche nach den neuen Astronauten hatte die ESA 2021 begonnen. Dafür waren mehr als 22'500 Bewerbungen eingegangen. Es war die erste Rekrutierung seit 2008. Die Europäische Raumfahrtbehörde ESA bildet den Schweizer Arzt Marco Sieber für Missionen im Weltall aus. – Claude Nicollier (78) war bisher der erste und einzige Schweizer, der den Weltraum besuchte. Durch einen Autounfall an Ostern 1969 schien seine Karriere als Milizpilot bei der Fliegerstaffel 5 der Schweizer Luftwaffe ein Ende gefunden zu haben. Als Nicollier im Fernsehen die erste Mondlandung vom 21. Juli 1969 sah, setzte er alles daran, wieder fliegen zu können. Ein Jahr später saß er wieder im Cockpit, studierte in Lausanne Physik und schloss 1970 mit einem Lizentiat ab. Danach folgte noch ein Nachdiplomstudium der Astrophysik in Genf, welches er 1975 abschloss.

Danach ließ er sich zum Linienpiloten ausbilden. Nach Abschluss dieser Ausbildung flog er ab 1974 eine DC-9 der Swissair. Ab 1976 arbeitete er als Wissenschaftler bei der ESA in Noordwijk (NL), wo er sich als Raumfahrer bewarb und im Dezember 1977 für die erste ESA-Astronautengruppe ausgewählt wurde. Der Asteroid (14826) Nicollier ist nach ihm benannt. SRF.ch Die 1988 in Klagenfurt geborene österreichische Medizinerin Carmen Possnig wird Ersatzastronautin der Europäischen Raumfahrtagentur. ESA will sich von NASA und Roskosmos emanzipieren. ORF.at

Großbritannien – GB rationiert Eierverkauf.

- Britischen Firmen können die Strafmaßnahmen des Landes gegen Moskau mithilfe eines Schlupflochs einfach umgehen. Die Öllieferungen russischen Ursprungs im Wert von rund 200 Millionen Pfund (250 Millionen US-Dollar) werden nach Umladungen von Schiff zu Schiff in die britischen Häfen angeliefert. Dies sei demnach eine weit verbreitete Vorgehensweise, bei der große Tanker, die aufgrund ihrer Größe nicht anlegen können, ihre Ladung auf kleinere Schiffe umladen. Nach den Erkenntnissen der Sunday Times gibt diese Praxis den Reedereien die Möglichkeit, ihre Ladung zu registrieren, ohne die tatsächliche Herkunft der Sendung anzugeben. Stattdessen wird das Verladeland als Herkunftsort der Lieferung genannt. RT.ru
- Ein Musical über Italiens viermaligen Premier Silvio Berlusconi kommt im März in London auf die Bühne. Produziert wird die Show von der Theaterproduzentin Francesca Moody. Die Karten für das Musical sind seit heute im Vorverkauf. ORF.at

Indien – In Brasilien scheinen viele Menschen gerade eine neue Alternative zu Twitter auszuprobieren: eine Art Twitter-Kopie aus Indien mit dem Namen Koo (कू) und einem gelben Vogel als Logo statt eines blauen. Koo führte eine portugiesische Version ein und wurde nach eigenen Angaben innerhalb von 48 Stunden mehr als eine Million Mal in Brasilien heruntergeladen. ORF.at

Indonesien – Ein Erdbeben der Stärke 5,6 hat am 21.11. den westlichen Teil der Insel Java erschüttert. Das Epizentrum lag in der Nähe der Stadt Tschianschur (Cianjur, 180'000 Ew.), in Kedschamatan, an der Route von Jakarta nach Bandung. In Richtung Westen steigt das Land an zum 20 Kilometer entfernten Vulkan Gunung Gedé (3'000 m), am Rand des Nationalparks Gunung Gedé-Pangrango. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden 270 Todesopfer gezählt. Auch Hunderte wurden verletzt. Das Erdbeben zwang auch mehr als 7'000 Menschen, ihre Häuser zu verlassen. Berichten zufolge wurden rund 2'000 Häuser rund um das Epizentrum zerstört. Die Regierung hat 3'000 Notunterkünfte eingerichtet. Nach Angaben der Nationalen Rettungsagentur Basarnas sind die meisten Todesopfer Kinder. Das Erdbeben ereignete sich mitten am Tag und tötete viele Kinder in der Schule. Die schlechte Bauqualität könnte eine Rolle bei der hohen Opferzahl gespielt haben. Ein Großteil der betroffenen Region ist aufgrund von Erdbeben immer noch unzugänglich. NPO.nl

Iran – Der Iran hat in seiner Atomanlage Fordo (فردو) mit der Produktion von auf 60 Prozent angereichertem Uran begonnen. „Wir hatten gesagt, dass der Iran auf jede Resolution und jeden politischen Druck ernsthaft reagieren würde“, zitierten amtliche Medien heute den Chef des iranischen Atomprogramms, Mohammad Eslami. „Deshalb hat der Iran am Montag am Standort Fordo mit der Anreicherung von Uran auf 60 Prozent Reinheit begonnen.“ Für Kernwaffen ist eine sehr hohe Anreicherung erforderlich (mindestens 85 %). Die Atomanlage Fordo ist südlich von Teheran etwa 30 km nördlich von Qom (قم) gelegen. Sie befindet sich in einem 60 Meter unter der Erde verlaufenden Tunnelsystem auf einem früheren Militärgelände. Ihre Existenz wurde von der iranischen Regierung Ende 2009 öffentlich eingeräumt. VOIRI.ir

Israel – Anschläge auf Busse in Israel. Der Terror ist zurück in Jerusalem SRF.ch

Italien – Schwere Unwetter haben heute Italien heimgesucht. Wegen Hochwasser in Venedig wurde das Dammsystem MOSE aktiviert, um die Lagunenstadt vor einer Flut zu schützen. Zwischen 10.30 und 10.40 Uhr erreichte die Flut ein Rekordhoch von 204 Zentimetern am Eingang von Malamocco, einer der drei Einfahrten zum Hafen der Stadt im Meer. Damit war die Flut zum ersten Mal höher als zwei Meter. Die Flutwelle wurde vermutlich von den Windstößen, die auch durch den „Rückspüleffekt“ der geschlossenen Barrieren beeinflusst wurden, noch mehr gestärkt, meinten Fachleute. Die Flutschutz Tore sind an drei Einfahrten zum Hafen der Stadt im Meer errichtet worden. ORF.at

- Die neue italienische Regierung hat ihren ersten Haushalt beschlossen. Das Kabinett von Ministerpräsidentin Meloni will vor allem Familien und Unternehmen unterstützen, die unter den hohen Gas- und Stromkosten leiden. Der Etat hat einen Umfang von 35 Milliarden Euro, vor allem durch neue Schulden finanziert. Das erst vor drei Jahren eingeführte Bürgergeld wird dagegen wieder abgeschafft. Auch die Maßnahmen zur Senkung der Spritpreise werden ab Dezember zurückgefahren. RBB.de
- Die Regierung Meloni führt Draghis Finanzpolitik weiter. SRF.ch

Kasachstan – Der Gesandte für Syrien, Alexander Lavrentiev, sagte am 23.11. in Astana (KZ): „Was israelische Luftangriffe betrifft, sind wir entschieden gegen solche Aktionen, obwohl sie immer noch sagen, dass dies ihr gesetzliches Recht ist. Aber wir sehen, dass Menschen sterben und nicht nur Infrastruktur zerstört wird. und all dies geschieht auf dem Territorium eines souveränen Staates. Solche Aktionen sind illegal und entsprechen keinen internationalen Normen und Gesetzen. Wir rufen nicht nur auf, wir fordern, dass Israel diese Luftangriffe einstellen“. VESTI.ru

Katar – Sensation perfekt: Argentinien blamiert sich gegen Saudi-Arabien. Argentinien verliert sein Startspiel an der WM 2022 in Katar gegen Saudi-Arabien sensationell mit 1:2. SRF.ch

- Fans aus aller Welt können Bier, Wein und Spirituosen in Hotels in ganz Doha mit Lizenzen und exorbitanten Aufpreisen kaufen. (Die 12,36 \$ für einen Schluck Budweiser bei Brewski's sind tatsächlich billiger als die meisten Orte). Aber die vom Gastgeberland und seinen FIFA-Ermöglichere verbreitete Meinung, dass Alkohol nicht schwer zu finden sei und es daher keine Rolle spielen sollte, ob er in Stadien verkauft wird, ist kaum mehr als eine ungeschickte, absichtliche Falschdarstellung. Budweiser, das Berichten zufolge 75 Millionen US-Dollar für seine Sponsorenrechte bezahlte, erfuhr am Tag zuvor erstmals von dem neuen Plan. Am Dienstag bemerkte Tariq Panja von der New York Times, dass Mitarbeiter mit gelben Sicherheitswesten Bierzelte mit Budweiser-Logo wegrollten. Diese WM wäre, zumindest für gelegentliche Stadionbesucher, alkoholfrei. Mögen sie Budweiser Zero bis zum Ende ihrer Tage trinken. Am Schwarzmarkt gibt es „real beer“ in Cola-Dosen ab \$ 30.- [FOX.us](https://www.fox.com)

- Fußballsuperstar Cristiano Ronaldo (37) und Manchester United gehen getrennte Wege. BBC.uk

- Offizielle Hotelhöchstpreise in Katar 2022: 5 Sterne-Hotels: 2'000 Riyal (520 €); 4-Sterne-Hotels: 550 Riyal (150 €); 3-Sterne-Hotels: 450 Riyal (120 €); 2-Sterne-Hotels: 300 Riyal (80 €); 1-Sterne-Hotels: 200 Riyal (50 €). Geplant sei zudem, dass Kreuzfahrtschiffe im Hafen anlegen und während der WM als Unterkunft verwendet werden. JAZEERA.qa

- Deutschland muss sich Japan in der Gruppe E 1:2 geschlagen geben. Japan beschert Deutschland WM-Fehlstart.

- Die Iberer lassen Costa Rica keine Chance und stellen bei ihrem ersten Auftritt an der WM in Katar einen neuen Rekord auf: 7:0 SRF.ch

Kosovo – Tatsächlich waren es die Serben, die die Kosovo-Regierung in den vergangenen zwei Jahren durch ihre Zustimmung zu Gesprächen mit Pristina legitimiert haben. Das Kosovo ist also nicht allein für die derzeitigen Spannungen verantwortlich, denn es sind die Serben, die eine solche Situation geschaffen haben, und die Albaner haben sie nur ausgenutzt und üben nun weiterhin Druck auf Belgrad aus. VESTI.ru Serbische Autonummern bleiben legal. ORF.at

Krim – Die Stadt Sewastopol ist am 22.11. von ukrainischen Drohnen angegriffen worden. Sie hätten ein Strom- und Heizkraftwerk im Stadtteil Balaklawa angreifen sollen. Stadtchef Michail Raswoschajew teilte mit, die Flugabwehr sei im Einsatz, zwei Drohnen seien abgeschossen worden. Schäden habe es nicht gegeben. Über dem Meer nahe der Hafenstadt habe die Schwarzmeerflotte drei weitere Drohnen abgefangen. Die Ukronazis [*sic!*] (Укронацисты) versuchten erneut, das Wärmekraftwerk (ТЭС) Balaklava anzugreifen. Wahrscheinlich wollten sie den Angriff mit ihrem Terrorakt zeitlich abstimmen, den sie vor 7 Jahren begangen haben, als sie am 22. November eine Stromleitung in der Region Cherson in die Luft jagten und es auf der Krim und in Sewastopol zu einem vollständigen Stromausfall kam. VESTI.ru

Moldaus – Orthodoxe lehnen Loslösung von Moskau ab.
• Ereignisse in der Ukraine führen zu Gas- und Stromausfällen. ORF.at

Ostafrika – Auch die 5. Regenzeit dürfte in Somalia, Kenia, Äthiopien ausfallen. In der Trockenheit verenden die Tiere, wovon die Menschen leben. Schon über 700 Kinder sind verhungert. Kriege und Klimawandel sind schuld. SRF.ch

Österreich – Der Masterstudiengang Humanmedizin, den die Wiener Sigmund Freud Privatuniversität (SFU) seit 2015 anbietet, steht vor dem Aus, wegen Qualitätsmängeln.
• Das Postamt Christkindl in Steyr (Oberösterreich) öffnet am Freitag wieder seine Pforten. Nach der feierlichen Eröffnung um 10.00 Uhr können bis 6. Jänner Festtagsgrüsse mit dem Stempel aus dem „himmlischen Amt“ versehen in alle Welt verschickt werden. ORF.at

Panama – Panamas-Artenschutzkonferenz. Zierfische aus dem Meer sind ein Millionengeschäft. Doch weil sie in freier Wildbahn – vor allem in Korallenriffen – gefangen werden, gibt es auch eine problematische Seite. Man weiß nicht, welche Auswirkungen die Entnahme von Millionen Fischen für die Korallenriffe hat. 80 Prozent der Fische überleben den Transport an die Endverkaufsstellen in aller Welt nicht. Insgesamt kennt man rund 4'000 Korallenfischarten. Von etwa vier Fünfteln weiß man nicht, welcher ihr Schutzstatus ist «Beim Banggai-Kardinalbarsch kommt es vor, dass kein einziges Tier lebend an seinem Verkaufsort ankommt. Seine Population ist inzwischen um 90 Prozent zurückgegangen. Die Fische vermehren sich in Gefangenschaft nicht. Das große Geld machen nicht die Fischer vor Ort, sondern die Händler. Es ist im Interesse der Fischer, dass die Tiere geschützt werden. SRF.ch

Polen – Wie groß soll die polnische Armee werden? 300'000 Angehörige soll die Armee haben, Polen hätte damit – Stand heute – die größte Armee der Europäischen Union. Ein Teil wären Laienverbände, die sogenannte Territorialverteidigung – da melden sich sehr viele Leute, seit der Krieg in der Ukraine begonnen hat. Der größte Teil aber wären Berufssoldaten. Die Armee macht gerade in vielen Städten Polens Werbung. Das ist auch nötig, denn im Moment hat die Armee erst 115'000 Angehörige. SRF.ch

Rumänien – Das Land verfügt über die größten Goldvorkommen in Europa. Das kanadische Unternehmen Gabriel versuchte seit 15 Jahren, eine Erlaubnis für die Ausbeutung von Gold und Silber in Rosia Montana in Siebenbürgen zu bekommen. Eine

Schweizer Anwältin stellte sich vor die Bevölkerung, die vertrieben werden sollte und gewann den Kampf. Flüsse der Region wären mit Cyanid vergiftet worden. Gabriel wirft der rumänischen Regierung vor, dass die Blockade des Projekts zum Verlust aller schon geleisteten Investitionen in Milliardenhöhe geführt habe. Gabriel will die vollständige Summe erstattet bekommen. Auch am Amazonas zerstören kanadische Goldgräber die Natur. SRF.ch

Russland – Während die Beziehungen Russlands zu vielen Ländern auf Eis liegen, wird dem sozialistischen Karibik-Staat Kuba in Moskau eine besondere Ehre zuteil. Kreml-Chef Wladimir Putin enthüllte im Beisein von Kubas Präsident Miguel Diaz-Canel ein drei Meter hohes Bronzedenkmal für den kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro. VESTI.ru
Russland ist ein Land von Teetrinkern. In den Städten entwickelt sich eine Kaffeehauskultur. Der Kaffee kommt vorallem aus Vietnam und Brasilien und unterliegt nicht den Sanktionen. SP.ru

Saudiarabien – National Bank darf bei Credit Suisse mit 4 Mrd. Franken einsteigen.
• Der saudische König Salman hat nach dem überwältigenden WM-Sieg der Fußballmannschaft am 22.11. über Argentinien einen Nationalfeiertag ausgerufen. Der 86-jährige Monarch „ordnet an, dass der 23.11 ein Feiertag für alle Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor sowie für alle Studenten ist SRF.ch

Schottland – Rund die Hälfte der Schotten will die Unabhängigkeit und dann in die EU. Erlaubt das Gericht Schottland ein neues Referendum? Erst in 30 Jahren. SRF.ch

Schweiz – Die Armee startet größte Militärübung seit 1989, zum Test der Bodenverteidigung: Pilum 22; in mehreren Kantonen muss die Bevölkerung mit Verkehrsbehinderungen und Lärm rechnen. Der Krieg kommt näher, man muss gerüstet sein. Das Pilum war ein Wurfspeer und die typische Fernwaffe des Legionärs der römischen Armee.

- Stromkonzern Axpo will Solarenergie massiv ausbauen. Die Axpo will Solaranlagen in den Alpen und im Mittelland bauen. Auch Konkurrenzprojekte sind geplant.
- 'Ndrangheta in der Schweiz. «Die Mafia steuert von der Schweiz aus Aktionen in Italien» Der oberste Mafiabekämpfer Italiens ist erstmals nach Bern gereist – man wolle enger kooperieren. Dies sei nötig.
- Erotik, Kontonummern und Steuererklärung auf Occasion-Laptops. Wer seinen Laptop verkaufen will, muss aufpassen: Mit wenig Aufwand lassen sich höchst private Daten wieder herstellen.
- Credit Suisse erwartet 1.5 Milliarden Franken Quartalsverlust und holt sich 4 Mrd. aus Saudiarabien.
- Matthäus Schiner (* um 1465 in Mühlebach bei Ernen; † 1. 12. 1522 in Rom) war Bischof von Sitten, Kardinal, Papabile und Mitverfasser des Wormser Edikts. Er erwarb für die Schweiz große Teile des heutigen Tessin, war Berater Kaiser Karls V. und der Architekt des besonderen päpstlich-schweizerischen Bündnisses, aus dem die Schweizergarde hervorging.
- Mögliche Einschränkungen bei einer Strommangellage. Stromsparplan des Bundes: Die Maßnahmen werden schrittweise gesteigert wenn nötig. Erster Schritt: Eine maximale Temperatur von 40 Grad für Waschmaschinen in Privathaushalten. Eine Obergrenze von 20 Grad für Häuser mit Elektroheizungen oder Wärmepumpen. Private elektrische Saunas würden verboten. Zweiter Schritt: Weihnachtsbeleuchtungen würden verboten. Warmwasser-Boiler müssten auf höchstens 60 Grad beschränkt werden. Rolltreppen müssten ausgeschaltet werden. Dritter Schritt: Schwimmbäder würden nicht mehr beheizt. Autowaschanlagen würden abgeschaltet. Streaming-Dienste oder DVD-Geräte würden verboten. Ladenöffnungszeiten würden um 1–2 Stunden pro Tag reduziert. Reichen

genannte Schritte nicht, kommt es zu einer Kontingentierung von stromintensiven Firmen. Das heißt: Diese Unternehmen hätten nur noch eine gewisse Menge Strom pro Monat zur Verfügung. Erst danach würden in einem vierten Schritt Sportanlagen wie Skiliften, aber auch Kinos oder Konzerten der Stecker gezogen. Die allerletzte Maßnahme wären Netzabschaltungen, dabei würden einzelne Teilgebiete des Stromnetzes abwechselnd abgeschaltet. Falls der schlimmste Fall eintritt, dürfen Heizungen mit Strom nur bis 18 Grad aufgedreht werden. Gasheizungen aber auf 20 Grad. Falls Maßnahmen in Kraft gesetzt würden, gebe es Stichproben. SRF.ch

Südkorea – Das Parlament will sich mit der tödlichen Massenpanik während Halloween-Feiern in Seoul vor fast vier Wochen befassen. Bei der Katastrophe in dem Vergnügungsviertel Itaewon (이태원) kamen Ende Oktober 158 Menschen ums Leben. ORF.at

Tschechien – Zehntausende ukrainische Kinder sind mit ihren Familien vor dem russischen Angriff ins EU-Land Tschechien geflohen. An den Kindergärten und Schulen liegt ihr Anteil bereits bei knapp drei Prozent. Zudem sind an den Hochschulen mehr als 4'000 ukrainische Bürger zum Studium eingeschrieben. Mit der Anerkennung von Abschlüssen soll sichergestellt werden, dass die Kriegsgeflüchteten nach einer Rückkehr reibungslos arbeiten oder ihre Ausbildung fortsetzen können. RP.cz

Türkei – Nach diplomatischen Bemühungen Ankaras sind insgesamt 88 Mescheten aus der ukrainischen Kriegsregion Cherson in der Türkei angekommen. Beim Empfang in der Provinz Artvin zeigten sie sich erleichtert. Das ist eine türkischsprachige Volksgruppe, die bis zu ihrer Zwangsumsiedlung 1944 in Südgeorgien (Samsche-Dschawaschetien), nahe der türkischen Grenze, wohnhaft war. Heute wird weltweit von bis zu 600.000 Mescheten ausgegangen, die insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion leben, aber auch in der Türkei und den Vereinigten Staaten. Ursprünglich umfasste der Name „Meschete“ alle Bewohner der Region Meschetien und Samsche-Dschawaschetien), ganz gleich ob sie nun georgischer, türkischer, russischer oder armenischer Sprache waren.

- Im Nordwesten der Türkei hat ein starkes Erdbeben in der Nacht zahlreiche Schäden verursacht. Betroffen vom Beben ist die Provinz Düzce östlich der Millionenstadt Istanbul. Nach Auswertungen türkischer Behörden erreichte das Beben Magnitude 5.9. Das Epizentrum lag nur wenige Kilometer von der gleichnamigen Provinzhauptstadt entfernt. Zudem wurde die Herdtiefe mit nur sieben Kilometern angegeben. Entsprechend stark waren die Erschütterungen rund ums Epizentrum. Ausläufer erfassten auch Istanbul, Izmir, Ankara sowie Teile von Rumänien, Bulgarien und die Südspitze der Krim. TRT.tr

Turkmenistan – Die deutsche Botschaft in Aschgabat stellt ab sofort Schengenvisa aus für 90 Tage für EU und Schweiz. DW.de

Ukraine Die Ukraine habe bisher bereits 52,5 Millionen m³ russisches Gas nicht weitergeleitet, das eigentlich für die Nachbarrepublik Moldawien bestimmt gewesen war, teilte Gasprom mit. Sollte sich daran nichts ändern, werde der Transit, von dem auch EU-Länder profitieren, ab Montag um die täglich einbehaltene Menge gekürzt. ORF.at

- Am 22. November erhielt die Ukraine die zweite Tranche in Höhe von 2,5 Mrd. € im Rahmen des laufenden achten Sonderprogramms der Makrofinanzhilfe (MFA) der EU. Die geplante Gesamtfinanzierung im Rahmen dieses Programms beträgt 5 Mrd. €.
- Die Ukraine errichtet Befestigungsanlagen und errichtet einen Stahlbetonzaun an der Grenze zu Weißrussland. 3 von 1'000 km sind geschafft. UR.ua
- Die Ukraine ignoriert seit jeher ihre rumänischen, russischen, türkischen, ungarischen, usw. Minderheiten. Wenn Russland seine Minderheit unterstützt, wird es von Europa bestraft. Ist das nicht ein Missverständnis? SP.ru

- Mehr als 4'000 Wärmestuben in Schulen und Verwaltungsgebäuden seien landesweit bereits vorbereitet. Weitere sollen folgen. Alle grundlegenden Dienstleistungen werden dort gratis rund um die Uhr bereitgestellt: Strom, Mobilität, Internet, Wärme, Wasser, Erste Hilfe. SRF.ch
- Der ukrainische Sicherheitsdienst überfiel das Kiewer Höhlenloster, weil es russische Sabotage vermutete. Das Kiewer Kloster ist ein ukrainischer Kulturschatz. Russlands orthodoxe Kirche verurteilt den „Akt der Einschüchterung“. Zwei weitere Klöster in der Westukraine wurden ebenfalls durchsucht. Das weitläufige Kiewer Höhlenkloster ist ein ukrainischer Kulturschatz und das Hauptquartier des von Russland unterstützten Flügels der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, die unter das Moskauer Patriarchat fällt. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, deren Oberhaupt Patriarch Kirill Moskaus Militärationen in der Ukraine stark unterstützt hat, verurteilte die Razzia am Dienstag. Das Konzept der „russischen Welt“ steht im Mittelpunkt der neuen außenpolitischen Doktrin von Präsident Wladimir Putin, die darauf abzielt, Russlands Sprache, Kultur und Religion zu schützen. VESTI.ru

Ungarn – Orbán sorgt mit „Großungarn-Schal“ für Aufsehen Auf dem Schal sind die Grenzen des früheren Königreichs Ungarn zu sehen, das unter anderem Gebiete des heutigen Österreichs, der Slowakei, Rumäniens, Kroatiens, Sloweniens, Serbiens und der Ukraine umfasste. Orbán hatte sich beim Spiel Ungarn gegen Griechenland mit dem Schal gezeigt. Ein Foto davon postete er dann auch selbst auf Instagram.

- „Keine Sanktionen können unsere Energieversorgung einschränken, weil Ungarn allein über seinen Energie-Mix entscheidet“, stellte Außenminister Péter Szijjártó am Montag auf der Atomexpo im russischen Sotschi klar. Die Energiestrategie des Landes lasse sich von vier Grundprinzipien leiten, führte der Minister aus. An erster Stelle stehe der Energiemix, dessen Zusammensetzung in nationaler Befugnis entschieden werde. Deshalb habe die Orbán-Regierung weder das Ölembargo der EU noch die Gaspreisdeckelung mitgetragen. Zweitens müssen Investitionen ermöglicht werden, die unverzichtbar sind, um die Versorgungssicherheit zu garantieren. Das rohstoffarme Ungarn setzt hier mangels Alternativen auf die Ausweitung seiner Nuklearenergie. Bei der Diversifizierung der Energiequellen gebe es derzeit einen Streit um die Interpretation. Ungarn möchte nämlich alle erreichbaren Quellen ausnutzen und keine Quellen ausschließen. Klimaneutralität müsste eigentlich vom Umweltschutz handeln, wurde aber von politischen Bewegungen vereinnahmt, die sich der Frage nicht pragmatisch, sondern ideologisch nähern. Szijjártó sprach sich wenig überraschend erneut für das AKW Paks 2 aus, weil es keine „zuverlässigere, preiswertere und umweltfreundlichere“ Methode zur Energieerzeugung als die Nutzung der Kernkraft gibt. Allein mit dem AKW Paks 2 könnte Ungarn jährlich 17 Mio. t Kohlendioxidemissionen und 4 Mrd. m³ Erdgas einsparen. Obendrein handle es sich bei dem Projekt in Paks um die historisch größte Investition auf der grünen Wiese in Ungarn, die bei einem Volumen von über 12 Mrd. Euro rund 10.000 Arbeitsplätze generiere.
- Es war bemerkenswert, dass Viktor Orbán in aller Öffentlichkeit klarstellte, dass nicht etwa eine persönliche Skepsis gegenüber der AfD der Grund für seine bisherige Distanz zu uns [sic!] gewesen ist, sondern die Befürchtung, anderenfalls die zwischenstaatlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Dafür gebührt ihm Respekt. Zumal dies zeigt, dass Herr Orbán die AfD – politisch gesehen – durchaus als potentiellen Verbündeten in Europa betrachtet. Die Beendigung seiner Zusammenarbeit mit der CDU und der EVP erfolgte insofern völlig zu Recht. In der Europäischen Union wird sich seine Partei zukünftig umorientieren und neue Bündnispartner suchen müssen, wenn sie die schrittweise Entmachtung der Nationalstaaten und die langfristige Etablierung eines EU-Bundesstaats verhindern möchte. KR.hu

USA – Cicero heißt die KI, die ein Team des US-Technologieunternehmens Meta entwickelt hat. Sie schlug sich beim bekannten Spiel „Diplomacy“ wacker. Bei 40 anonymen Blitzspielen einer Onlinevariante mit einer Liga von 82 (menschlichen) Mitspielenden war

die KI im Schnitt doppelt so erfolgreich wie die Menschen – und es gab auch keine Hinweise, dass diese sie als KI erkannten. Diplomacy ist ein amerikanisches strategisches Brettspiel, das 1954 von Allan B. Calhamer entwickelt und 1959 in den Vereinigten Staaten kommerziell veröffentlicht wurde. Die Hauptunterschiede zu den meisten Brettspielen sind die Verhandlungsphasen – Spieler verbringen einen Großteil ihrer Zeit damit, Allianzen mit anderen Spielern zu bilden und zu verraten und nützliche Strategien zu entwickeln. ORF.at

- Entlassungen bei HP in Palo Alto im Silicon Valley. Sie werden wegen des starken Rückgangs der Computerverkäufe in drei Jahren bis zu 6'000 Stellen abbauen. Die Notebook-Umsätze gingen im vierten Quartal um 23 % zurück. Bis 2025 will HP jährliche Bruttoeinsparungen von 1,4 Milliarden US-Dollar erzielen. [CNN.us](https://www.cnn.com)
- Schütze eröffnet Feuer in Supermarkt in Virginia – 6 Todesopfer. SRF.ch

Vatikan – Papst Franziskus hat überraschend die gesamte Leitung des Welt-Caritas-Dachverbands Caritas internationalis mit sofortiger Wirkung abberufen. Gleichzeitig ernannte er heute per Dekret den Organisationsberater Pier Francesco Pinelli zum außerordentlichen Kommissar der Organisation. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 24.11.2022

Ägypten – Dies ist die 27. UNO Klimakonferenz. Jede findet auf einem anderen Kontinent statt, diese in Afrika. In einer heruntergekühlten Halle in Scharm asch-Schaich steht der Messestand der Eisforscher. Just zwischen dem Stand zur Windenergie und einem weiteren zur angeblich grünen Erdölförderung. Um 1.2° habe sich die Erde bereits erwärmt, erklärt Fabien Maussion von der Universität Innsbruck. Was jetzt mit den Eisschildern an den Polen passiert, vergleicht er mit einem Eiswürfel, der – einmal aus dem Kühlschrank – jetzt vor sich hinschmilzt. Weil die Gletscher und die Eisschilder an den Polen bis zu vier Kilometer dick sind, dauert das teilweise Auftauen Jahrhunderte. Aber auch wenn jetzt sofort alle Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt würden – Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und Netto-Null-CO₂-Emissionen bis 2050 – würde der Meeresspiegel steigen. Und zwar wegen der Ausdehnung des Wassers bei höherer Temperatur, des Abschmelzens vieler Gletscher und eines kleineren Teils der Arktis und der Antarktis, wie Forscher Maussion darlegt. Unter diesen Umständen sei – im besten Fall – ein Anstieg des Meeresspiegels von einem halben Meter bis Ende des Jahrhunderts zu erwarten. Ein halber Meter tönt nicht nach viel. Aber bereits jetzt, nach einem Anstieg von gut 20 Zentimetern, müssen Häuserreihen nahe an erodierenden Küsten geräumt werden und Sturmfluten dringen weiter ins Land ein. Dies wird sich auch mit dem besten Klimaschutz deutlich verstärken. Auch in diesem besten und ersten Szenario wird der Meeresspiegel später aber weiter steigen – auf zwei bis drei Meter bis gegen Ende 2300. Städte wie Venedig, New York oder flache Küstengebiete wie in Bangladesch würden dann unter Wasser stehen und könnten ohne Riesen-Deiche nicht gehalten werden. Leider wird es aber laut Maussion wahrscheinlich schlimmer kommen. Denn noch ist unklar, ob riesige Eismassen wie etwa der «Thwaites»-Gletscher in der Westantarktis bereits den Kipppunkt erreicht haben und abschmelzen. Die Wissenschaft brauche noch etwas Zeit, um den extrem komplexen Prozess zu untersuchen: «Die Hoffnung besteht, dass das Eis noch stabil ist und nicht zum Meeresspiegel beiträgt.» Der «Thwaites»-Gletscher taut im Kontakt mit dem wärmeren Meerwasser ab. Ist eine bestimmte Schwelle überschritten, fließt das Wasser unter den Gletscher und riesige Eismassen rutschen nach und nach ins Meer. Wäre das der Fall, würde sich der Meeresspiegel deutlich schneller erhöhen. Kommt hinzu, dass die Weltgemeinschaft nicht auf dem Weg zu einem schnellen Klimaschutz ist. Was passieren würde, wenn die Staaten

nur das umsetzen, was sie bisher an Klimaschutzmaßnahmen angekündigt haben, zeigt ein zweites Szenario: Die Welt würde sich bis Ende Jahrhundert um knapp drei Grad erwärmen, und der Meeresspiegel bis 2300 um fünf bis zehn Meter ansteigen – je nach Abtauprozess in der Westantarktis noch mehr. «Das sind die Hochrisiko-Szenarien, wo das Eis derart dynamisch ausdünnt, dass es extrem viel Wasser zum Meeresspiegel führt. Wir können nicht hundertprozentig sicher sein, dass es stattfindet, aber es ist eine Möglichkeit», sagt Maussion. Er vermutet, dass die Welt irgendwo zwischen den Szenarien eins und zwei landen wird. Allerdings müsse dafür weitergekämpft werden, um noch eine Chance zu haben, und diese Chance bestehe. Diese Klimakonferenz wird in Erinnerung bleiben als die Konferenz, an der beschlossen wurde, einen Fonds zu schaffen, aus dem in Entwicklungsländern Verluste und Schäden gedeckt werden, die der Klimawandel verursacht. 30 Jahre lang hatten sich Entwicklungsländer und Nichtregierungsorganisationen dafür starkgemacht. SRF.ch

Australien – Trotz der Wetterkapriolen, gedeihen die Kängurus prächtig. Wie bei allen Beuteltieren kommen Kängurubabys nach einer kurzen Tragzeit von rund 20 bis 40 Tagen, verglichen mit Plazentatieren, relativ unterentwickelt zur Welt. Selbst bei der größten Känguruart, dem Roten Riesenkänguru, misst das Jungtier bei der Geburt nur 2,5 Zentimeter und wiegt 0,75 Gramm.[4] Üblicherweise kommt nur ein einzelnes Jungtier zur Welt, Zwillinge sind selten. Es krabbelt nach der Geburt selbstständig vom Geburtskanal in den Beutel und hängt sich mit dem Maul an eine Zitze, die es während der nächsten zwei bis drei Monate nicht loslässt. Bei vielen Arten kommt es zu einer „verzögerten Geburt“: Unmittelbar nach der Geburt eines Jungtieres paart sich das Weibchen erneut. Dieser Embryo wächst jedoch kaum weiter, bis das große Jungtier den Beutel endgültig verlassen hat. Erst dann entwickelt der Embryo sich weiter und kommt zur Welt. Der evolutionäre Vorteil dürfte in den teils unwirtlichen Lebensräumen dieser Tiere stecken: Sollte das Jungtier sterben oder die Mutter es verlassen müssen, ist sofort ein Nachfolger da. Nach rund einem halben Jahr verlässt das Jungtier erstmals den Beutel; mit rund acht Monaten ist es endgültig zu groß geworden, um noch hineinzupassen. Jungtiere werden aber bis zum Alter von rund einem Jahr gesäugt. Zu diesem Zweck stecken sie den Kopf in den Beutel der Mutter, wo häufig bereits ein weiteres kleines Jungtier genährt wird. In solchen Fällen trinken großes und kleines Jungtier an verschiedenen Zitzen, die auch Milch in verschiedener Zusammensetzung abgeben. In Australien werden die Jungtiere der meisten Beuteltierarten „Joeys“ genannt. SRF.ch

Israel – Auf Drängen der US-Regierung erklärte sich Israel unlängst bereit, „strategisches Material“ im Wert von Millionen von US-Dollar zu finanzieren, um die ukrainischen Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Einem Exklusivbericht der israelischen Zeitung Haaretz zufolge habe Israel zudem den NATO-Mitgliedsstaaten wie dem Vereinigten Königreich erlaubt, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, die Komponenten aus israelischer Produktion enthalten.

- Im Zeitraum zwischen 1973 und 2018 sei die Spermienkonzentration von durchschnittlich 101 Millionen auf 49 Millionen Spermien pro Milliliter Samenflüssigkeit gesunken, belegt eine in der Zeitschrift Human Reproduction Update veröffentlichte Metaanalyse. Seit dem Jahr 2000 sinkt demnach die durchschnittliche Spermienzahl etwa zweieinhalb Prozent jährlich. Diese Tendenz setze sich fort, sodass eine Gefahr für die Fortpflanzungsfähigkeit der Menschheit bestehen könne. RT.ru

Italien - Bis heute machen viele Max Frisch (1911–1991) für den Tod von Ingeborg Bachmann (1926–1973) in Rom verantwortlich. Der jetzt erschienene Briefwechsel des berühmten Liebespaars zeigt: Es war kompliziert. »Wir haben es nicht gut gemacht.«, Erscheinungsdatum: 21.11.2022, Verlag Suhrkamp, 1039 Seiten, € 40.-, ISBN978-3-518-43069-9. SRF.ch

Kasachstan – Preliminary results showed that Tokayev (69) had won a landslide victory with 81.31% of the vote. DW.de

Katar – 48 Stunden vor Beginn des Großereignisses wurde die mit dem Fußball-Weltverband vereinbarte Aufweichung des Alkoholverbots gekippt. WM-Gastgeber Katar hat kurz vor der Eröffnung der Fußball-Weltmeisterschaft ein Verbot von alkoholhaltigem Bier rund um alle Stadien durchgesetzt. In den VIP-Logen soll während der Spiele aber weiterhin Alkohol erhältlich sein. Keinen Einfluss habe die Entscheidung auf das offizielle Fan-Festival im Al-Bidda-Park im Zentrum von Doha. Dort sollen Fans, die nach Katar reisen, weiterhin alkoholhaltige Getränke konsumieren dürfen, allerdings erst ab 18.30 Uhr Ortszeit. Der Liter alkoholfreies Bier um 100 Riyal oder 27 Franken.

- Kurz vor dem Start der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar hat Fifa-Präsident Gianni (52) Infantino an einer bemerkenswerten Pressekonferenz für Irritationen gesorgt. Infantino wies dabei jegliche Kritik an der Fußball-WM zurück und stellte sich hinter das Gastgeberland. Die Vorwürfe bezeichnete er als «einseitige Moralpredigt und reine Heuchelei». So seien etwa Verurteilungen aus der westlichen Welt vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte unangebracht. «Für das, was wir Europäer in den vergangenen 3000 Jahren getan haben, sollten wir uns für die nächsten 3000 Jahre entschuldigen, bevor wir anfangen, den Menschen moralische Lektionen zu erteilen», sagte Infantino.

- Gastgeber Katar unterliegt im 1. Spiel der WM 2022 Ecuador mit 0:2. Damit unterliegt zum ersten Mal in der Geschichte das Gastland im ersten Spiel.

- Iranische Fussball-Nati singt die Nationalhymne vor dem WM-Spiel gegen England nicht mit und verliert 6:2..SRF.ch

Kuba – Der Präsident von Kuba, Miguel Díaz-Canel, hat am 16.11. eine internationale Reise begonnen, während der er Algerien, die Türkei und China sowie Russland besuchen wird, wo er ein Treffen mit Präsident Wladimir Putin plant. Die Reise ist Kubas Antwort auf die „offiziellen Einladungen“ von Algier, Ankara, Peking und Moskau und dauert elf Tage bis Sonntag, den 27. November. RHC.cu

Litauen – Der litauische Präsident Gitanas Nauseda erklärte am 17. November in Prag, warum die baltischen Länder die Einreise für Inhaber russischer Pässe eingeschränkt hätten, und sagte, die Aussicht, mit einer großen Gruppe von Anhängern des russischen Präsidenten auf litauischem Territorium, sei inakzeptabel. RFE.cz

Malaysia – Die Parlamentswahlen in Malaysia endeten in einem Parlament, in dem die von Oppositionsführer Anwar Ibrahim geführte Koalition die meisten Sitze gewann, gefolgt von einer Gruppierung, zu der die islamistische Partei des Landes einige Sitze dahinter gehörte. Anwars Koalition Pakatan Harapan (PH) sicherte sich 82 Sitze im 222-köpfigen Parlament, während die malaysische Perikatan Nasional (PN) des ehemaligen Premierministers Muhyiddin Yassin mit 73 Sitzen zurückblieb, teilte die Wahlkommission am Sonntagmorgen mit. Die Wahl wurde auf einem Sitz im Bundesstaat Sarawak auf Borneo ausgesetzt, nachdem Überschwemmungen es Wahlhelfern und Wählern unmöglich gemacht hatten, zu einigen Wahllokalen zu gelangen. BBC.uk

Nepal – Eine 113-jährige Frau hat ihr Wahlrecht bei den am Sonntag abgehaltenen Wahlen zum nepalesischen Parlament und zu den Provinzversammlungen ausgeübt und ist damit die älteste Person, die bei den Wahlen des Landes eine Stimme abgegeben hat. Unter den großen politischen Parteien hat die CPN-UML 141 Kandidaten aufgestellt, während der Nepali Congress und das CPN-Maoist Center 91 bzw. 46 Kandidaten aufgestellt haben. Von den insgesamt 2.412 Kandidaten, die zur Bundestagswahl antreten, sind 867 Unabhängige. BBC.uk

Nordkorea – Nordkoreas Staatsmedien haben zum ersten Mal Fotos einer Tochter von Machthaber Kim Jong Un und seiner Frau Ri Sol Ju gezeigt. Kim, der nach südkoreanischen Angaben 38 Jahre alt ist, wurde nach dem Tod seines Vaters Kim Jong Il Ende 2011 zum obersten Führer der Streitkräfte, der Partei und des Staats ausgerufen. Die Kim-Dynastie ist bereits seit mehr als 70 Jahren in dem verarmten, aber hochgerüsteten Staat an der Macht. Der südkoreanische Geheimdienst geht davon aus, dass Kim und Ri zwei Töchter und einen Sohn haben. Nordkorea habe bisher niemals die Existenz von Kims Kindern enthüllt, berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap. Der südkoreanische Geheimdienst glaubte, bei der Frau handle es sich um die ehemals populäre nordkoreanische Sängerin Hyon Song-wol, die vor kurzem Mutter geworden war. Hyon Song-wol sei zuvor langjährig mit Kim Jong-un liiert gewesen, dessen Vater habe aber 2006 die Trennung verlangt, woraufhin Hyon Song-wol bis 2012 nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden sei. Kim Jong-uns Vater habe nach einem Schlaganfall im Jahr 2008 die Hochzeit seines Sohnes eilig in die Wege geleitet. Die Hochzeit habe demnach schon 2009 stattgefunden. Der Vater der Ehefrau sei ein Professor, die Mutter Ärztin für Geburtshilfe. Das Paar soll drei Kinder haben, einen 2010 geborenen Sohn, eine 2013 geborene Tochter namens Ju Ae, und ein Kind unbekanntes Geschlechts, das 2017 zur Welt gekommen sein soll. Altersangaben variieren oft, weil in Korea ein Kind bereits bei der Geburt ein Jahr alt ist. ORF.at

Österreich – Österreich ist derzeit mit einer verstärkten Ankunft von Flüchtlingen konfrontiert, die entlang der Balkanroute andere EU-Staaten durchqueren und ins Land kommen. Laut Innenministerium sind seit Jahresbeginn mehr als 90'000 Ankömmlinge in Österreich aufgegriffen worden. Davon seien 75'000 zuvor in keinem anderen EU-Land registriert worden. Da also Schengen nicht funktioniert, lehnt Österreich die Erweiterung um Kroatien, Bulgarien und Rumänien ab. Die Abstimmung über den Schengen-Beitritt der drei Länder soll am 8. Dezember stattfinden. Für die Entscheidung ist Einstimmigkeit notwendig.

- Im Alleinsein stecke ein riesiges Potenzial: «Wenn ich allein und einigermassen zufrieden, im besten Falle glücklich sein kann, bin ich in einem guten Sinne unabhängig», sagt Psychoanalytiker Rainer Gross. Wie viel Planung braucht es, um zufrieden allein sein zu können? Der Gedanke, allein ins Museum zu gehen und danach einen Spaziergang zu machen, klingt einfacher, als allein ins Restaurant zu gehen oder ohne Plan allein zu sein. Aber so einfach darf ich es mir nicht machen, merke ich, wenn ich Psychoanalytiker Rainer Gross zuhöre. Zwar sei es wichtig, sich selbst Struktur zu geben und solche Tage zu takten. Schliesslich können Phasen von Alleinsein oder Einsamkeit uns allen widerfahren: Strukturen und Rituale würden Angst binden. Aber: «Der Versuch, jede Minute des Alleinseins vollzustopfen, funktioniert in der Kurzstrecke gut, in der Langstrecke weniger.» Allein oder einsam? Die Angst vor der Einsamkeit und die Fähigkeit zum Alleinsein. Böhlau Verlag, Wien/Köln 2021, ISBN 978-3-205-21394-9; €28.-. Rainer Gross (* 1953) ist ein österreichischer Psychiater und Psychoanalytiker, er arbeitet in freier Praxis in Wien. SRF.ch

Ostsee – Die russische Ostsee-Flotte bereitet zahlreiche große Militärübungen vor. „In der Winterausbildungszeit ist auf den Übungsplätzen der baltischen Flotte die Durchführung einiger Dutzend Großmanöver auf verschiedenen Ebenen geplant – unter Einbeziehung von Panzer- und motorisierten Schützeneinheiten, Luftabwehr-, Funk-, Artillerie- und Aufklärungstrupps sowie der Luftwaffe der Flotte“, teilte der Pressedienst der Flotte heute laut der Nachrichtenagentur Interfax mit. Die Ostsee-Flotte liegt in der russischen Exklave Kaliningrad. Das Ausbildungsjahr beginnt bei den Streitkräften am 1. Dezember. Zu der

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Flotte gehört seit 2016 mit der Bildung des 11. Armeekorps auch eine größere Heereseinheit. Erst kürzlich war bekannt geworden, dass dieses Korps mit einer zusätzlichen motorisierten Schützendivision verstärkt worden ist. Das russische Militär begründete die Aufrüstung mit der hohen Aktivität der NATO an Russlands Westgrenzen. ORF.at

Portugal – Fast 670.000 Dollar hat diese Woche eine Sammlung persönlicher Briefe des jungen Bob Dylan an eine Highschool-Freundin ersteigert. Die portugiesische Buchhandlung Livraria Lello in Porto, kaufte die Sammlung von 42 handgeschriebenen Briefen mit insgesamt 150 Seiten. Dylan hieß Robert Allen Zimmerman und wurde 1941 in Duluth Minnesota geboren. DW.de

Russland – Laut dem Gouverneur des Leningrader Bezirks brach am 19.11. eine Explosion in einer Gaspipeline außerhalb von St. Petersburg aus. Der Gouverneur sagte, die genaue Ursache des Feuerballs werde noch untersucht. Drozdenko sagte, das Wärmekraftwerk Vsevoloschk sei umgestellt worden, um Öl statt Gas zu liefern, um eine ungebrochene Wärmeversorgung sicherzustellen. [FOX.us](#)

- Der Petersburger Dialog wurde im Jahr 2001 vom damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufen. Der Name des Gesprächsforums bezieht sich auf den ersten Veranstaltungsort. Die Mitgliederversammlung des Petersburger Dialogs beschliesst auf Antrag des Vorstands im 1. Quartal 2023 eine weitere außerordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen, in der die Auflösung des Petersburger Dialogs beschlossen werden soll. (petersburger-dialog.de) RT.ru

Salomomem - Bei den Salomonen im Südpazifik ist es am Dienstag kurz nacheinander zu zwei schweren Erdbeben (6 – 7.3) gekommen. Erst am 21.11. hatte ein Erdbeben auf Java in Indonesien viele Tote gefordert. SRF.ch

Schweiz – Am Freitagabend wurde in Basel ein Taxifahrer von einer unbekannt Person erstochen.

- In der Schweiz soll die Eizellenspende legalisiert werden. Heute müssen Paare noch ins Ausland – kein einfacher Weg.
- Seit ein paar Wochen sollte er laufen: Der Pilotversuch in Basel, bei welchem legal Hanf gekauft und gekifft werden kann. Der Versuch wird wissenschaftlich begleitet. Doch weil das für den Versuch vorgesehene Bio-Hanf zu viele Pestizide intus hatte, wurde Anfang September der Start des Pilotversuchs verschoben. Die Verantwortlichen wollen dennoch vorwärts machen – und Hanf aus Übersee beziehen.
- Über kann weiterhin im Kanton Genf tätig sein, das hat die Regierung in Genf entschieden. Das US-Unternehmen hat sich verpflichtet, 35.4 Millionen Franken zu bezahlen, um seinen Verpflichtungen als Arbeitgeber nachzukommen. Die Summe besteht hauptsächlich aus der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie aus Entschädigungen für die Fahrerinnen und Fahrer.
- Anzahl illegaler Grenzübertritte steigt weiter deutlich. Im Oktober sind über 1200 mehr Menschen aufgegriffen worden als im Vormonat – meist aus Afghanistan oder Tunesien.
- Beruf im Graubereich. Um zu seinen Infos zu kommen, bedient sich der Privatdetektiv immer wieder technischen Hilfsmitteln. Dazu gehören etwa Mikrokameras, die er fürs verdeckte Filmen einsetzt. Ein wichtiges Arbeitsgerät ist zudem der GPS-Tracker. Er hat ein halbes Dutzend davon. Die mit Supermagneten und einer Antenne versehenen Geräte verfügen über eine SIM-Karte und senden bis zu drei Monate lang. Damit lässt sich die Position von Fahrzeugen quasi aus dem Liegestuhl verfolgen. Und dies weltweit übers Handy-Netz. «GPS-Geräte sind Hilfsmittel, aber ersetzen die Observation nicht», sagt Hans

Ruch. «Zum Beispiel kann man sich nie sicher sein, ob nicht zum Beispiel der Partner oder eine Freundin der Zielperson das Auto fährt.» Im Privatrecht gibt es kein Gesetz, das GPS-Geräte explizit nennt und verbietet. Allerdings ist etwa das Verfolgen mit Fotokameras verboten – je länger die Dauer, desto heikler. Damit ein GPS-Gerät privatrechtlich zulässig wäre, müssten die Interessen des Auftraggebers höher zu gewichten sein als jene der überwachten Person. Ist dies aus Sicht eines Richters nicht der Fall, riskiert der Privatdetektiv eine Verurteilung wegen Verletzung der Privatsphäre zu einer Buße, eventuell auch Genugtuung und Schadenersatz in der Höhe von mehreren tausend Franken. Tatsächlich scheinen die Strafen im Privatrecht relativ tief – tief genug, dass die Privatdetektive das Risiko eingehen, weiter mit Methoden im gesetzlichen Grenzbereich zu operieren. Respektive, die Verantwortung per Vertrag von den Versicherungen zu übernehmen. Das Beschatten von vermeintlich untreuen Ehefrauen oder Ehemännern war lange Zeit eine wichtige Einnahmequelle für Privatdetektive. Denn wer das Fremdgehen beweisen konnte, hatte bei einer Scheidung einen entscheidenden Vorteil. Seit die Schuldfrage keine Rolle mehr spielt, sind solche Aufträge weniger geworden. «Wo kein Kläger, da kein Richter» – diese Binsenwahrheit sei quasi das Geschäftsmodell vieler Privatdetektive. Der Privatdetektiv Hans Ruch wiederum war selber 13 Jahre Polizist und ist erfahren genug, dass er kaum je bei grenzwertigen Aktionen erwischt wird. Parkbussen und Bussen für überfahrene Rotlichter häufen sich aber bei ihm. Dass viele Aktivitäten illegal sein sollen, weist er von sich. «Ich stehe auf der richtigen Seite des Gesetzes – im Gegensatz zu vielen, die ich überwache», sagt er. «Um diese zu überführen, geht es gar nicht anders, als sich im Graubereich zu bewegen.» SRF.ch

Südafrika – Schon jetzt sind die hohen Temperaturen für viele Tiere ein großer Stress. Dies gilt auch für die Erdmännchen, die in der Kalahari, einer Trockensavanne, zu Hause sind. Die Tiere leiden bereits heute messbar unter den langen Hitzeperioden. Marta Manser ist Professorin für Verhaltensbiologie an der Universität Zürich und erforscht die quirligen Erdmännchen schon seit über 27 Jahren. Mehrere Monate im Jahr verbringt sie am Kalahari Research Center in Südafrika und erforscht, wie die Tiere mit den sich ändernden Umweltbedingungen zurechtkommen. Ein aussagekräftiger Indikator für die Forscherin ist das Gewicht der Tiere. So hat sie herausgefunden, dass die drei Monate alten Jungtiere heute leichter sind als früher. Dies spiegelt klar den Temperaturanstieg wider, so Manser. «In den letzten fünfzehn Jahren haben sich die Tage, an denen es über 42 Grad Celsius heiß war, klar gehäuft. Dann ist auch der Sand morgens um 10 Uhr bereits 65 Grad heiß. Das macht die Nahrungssuche für die Erdmännchen schwierig», so Manser «Und finden die Tiere zu wenig Nahrung, können sie ihre Jungtiere nicht ausreichend mit Futter versorgen und es fehlt ihnen die Energie, um sich fortzupflanzen.» Aber auch andere Gefahren haben zugenommen: Normalerweise übernimmt immer ein Tier die Wächterposition und alarmiert die anderen mit lauten Rufen, sollte sich ein Fressfeind nähern. Diese Rolle fällt in Hungerzeiten oft weg, hat Manser herausgefunden. Jedes einzelne Tier muss sich jetzt an der Futtersuche beteiligen. Doch ohne die «Wächter» sind die einzelnen Tiere leichte Beute für Fressfeinde. «Innerhalb der letzten zwei Dürreperioden ist die Population bereits um 50 Prozent gesunken», erklärt Marta Manser. «Es braucht mehrere Jahre, bis sich die Gruppe wieder erholen kann». SRF.ch

Ukraine – Das russische Verteidigungsministerium wirft dem ukrainischen Militär die Hinrichtung zahlreicher russischer Soldaten vor. Ein Video dokumentiert, dass sich die Soldaten ergeben haben und wehr- und bewegungsunfähig waren. Die vorsätzliche Tötung sei keine „tragische Ausnahme“, sondern zeige die Bösartigkeit von Selenskij und seinen Unterstützern. RT.ru

• Es koste die USA Peanuts, Russland zu besiegen. Der frühere Präsident Trump und andere in den USA, darunter einige Demokraten sowie Republikaner, haben die anhaltende Unterstützung der USA für die Ukraine in ihrem Krieg mit Russland kritisiert. Sie haben

gefordert, die militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine zu kürzen und sogar zu beenden. Sie spielen das Risiko aus Russland herunter und argumentieren, dass das Geld zu Hause ausgegeben werden sollte. Insgesamt erhielt die Biden-Regierung die Zustimmung des Kongresses für 40 Milliarden US-Dollar an Hilfe für die Ukraine für 2022 und hat weitere 37,7 Milliarden US-Dollar für 2022 beantragt. Mehr als die Hälfte dieser Hilfe ist für die Verteidigung bestimmt. Diese Summen verblassen im Vergleich zu einem US-Verteidigungshaushalt von insgesamt 715 Milliarden Dollar für 2022. UKR.ua

- Kommt das Geld dort an, wo es hin soll? Robert Kirchner: Ich weiss nicht, ob der Korruptions-Index jetzt im Krieg erhoben wird. Doch 2011 war die Ukraine auf Rang 152. Gegenwärtig ist es so, dass die Ukraine ohne ausländische Unterstützung diesen Krieg nicht gewinnen kann. Robert Kirchner arbeitet für das Beratungsunternehmen Berlin Economics, das die deutsche Regierung in volkswirtschaftlichen Fragen berät. Die Ukraine ist sein Spezialgebiet. SRF.ch

USA – Elizabeth Holmes (* 1984 in Washington, D.C.) war eine US-amerikanische Biotechnologie-Unternehmerin und Hochstaplerin. Sie war Geschäftsführerin des Laborunternehmens Theranos. Zur Unternehmensgründung brach sie 2003 ihr Studium an der Stanford University ab und hielt später einen Anteil von 50 % an dem Unternehmen. 2015 wurde durch Medienberichte deutlich, dass das Kernprodukt des Blutlabor-Unternehmens, ein Blutschnelltester, der angeblich 240 Krankheiten nachweisen konnte, weitgehend unwirksam war und Holmes dies wusste. Holmes' Vermögen wurde 2015 auf 4,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, jedoch im Jahr darauf von Forbes mit 0 bewertet. Die US-Börsenaufsicht beschuldigte Holmes im März 2018, dass es sich bei ihrem Unternehmen um einen gross angelegten Betrug handle. Im Juni 2018 erhob eine Grand Jury Anklage gegen Holmes. Nach Verzögerungen verkündete das Gericht am 18. November 2022 das Strafausmass in der Höhe von 135 Monaten bei einer möglichen Maximalstrafe von viermal 20 Jahren. SRF.ch

- Der neue Twitter-Chef Musk hat die Nutzer aufgefordert, darüber abzustimmen, ob der Account des ehemaligen US-Präsidenten Trump wieder zugelassen werden soll.. RBB.de
- In einer möglichen Vorschau auf ein Repräsentantenhaus unter der Kontrolle einer Republikanischen Partei, die bestrebt ist, die Agenda von Präsident Biden zu behindern, stellte die Abgeordnete Marjorie Taylor Greene, Republikanerin aus Georgia., am Donnerstag eine Maßnahme vor, die den Kongress aufforderte, eine Prüfung der US-Hilfe in die Ukraine durchzuführen. „Die Frage ist, ist die Ukraine jetzt der 51. Staat der Vereinigten Staaten von Amerika?“ sagte Greene. Das Weiße Haus hat kürzlich weitere Hilfen in Höhe von 538 Milliarden Dollar für die Ukraine beantragt.
- Nach nur vier Tagen Analyse fanden die NASA-Forscher zwei außergewöhnlich helle Galaxien. Diese existierten ungefähr 450 und 350 Millionen Jahre nach dem Urknall. „Bei Webb waren wir erstaunt, das entfernteste Sternenlicht zu finden, das jemals jemand von der Erde gesehen hat. Wenige Tage nach dem offiziellen Beginn des wissenschaftlichen Betriebs beförderte das James-Webb-Weltraumteleskop die NASA Astronomen in ein Reich früher Galaxien, das bisher für alle anderen Teleskope unerreichbar war. „Alles, was wir sehen, ist neu. Webb zeigt uns, dass es ein sehr reiches Universum jenseits dessen gibt, was wir uns vorgestellt haben“, sagte Tommaso Treu von der University of California in Los Angeles, Hauptforscher eines der Webb-Programme. „Wieder einmal hat uns das Universum überrascht. Diese frühen Galaxien sind in vielerlei Hinsicht sehr ungewöhnlich.“

[FOX.us](https://www.fox.com)

- Der jüngste Soldat im Ersten Weltkrieg war 10 Jahre alt. Patrick Burleigh wurde wegen verfrühter Pubertät behandelt, und bei seinem ersten Besuch war er ungefähr 3 Jahre alt und wog so viel und war so gross wie ein 7-Jähriger und hatte den Testosteronspiegel eines 14-Jährigen. Über seinen Urgrossvater, der aufgrund der LHCGR Genmutation in der Lage war, über sein Alter zu lügen und der jüngste Amerikaner zu werden, der im Ersten Weltkrieg

diente „, schloss er sich an. Er wurde in den Krieg verschifft und kämpfte in den Schützengräben, kämpfte an der Front, als er 11 und 12 Jahre alt war. Sie haben sein wahres Alter nicht herausgefunden. Das hat er ihnen gesagt Er war 20 Jahre alt und sah damals überzeugend aus wie 20. „Er hat sich mit ein paar Kameraden betrunken und sie haben ein Frachtflugzeug mitgenommen – sie haben es im Grunde genommen entführt und waren eine Art Freudenritt. Und als es am Boden lag, bekam er Ärger, und zur Strafe schickten sie ihn noch einmal an die Front, und er erlitt eine Senfgasvergiftung und wurde ins Krankenhaus eingeliefert, und erst dann entdeckte die US-Regierung, dass er damals tatsächlich erst 13 Jahre alt war , und sie schickten ihn nach Hause. Er hatte einen kurzen Moment der Berühmtheit, als die Zeitungen Wind von der Geschichte bekamen und ihn den „jüngsten Yank“ nannten. „BBC.uk

- Heftige Schneefälle im Norden der USA fordern Todesopfer.
- Am 20.11. wurde Biden 80 – er möchte 2024 wieder antreten. SRF.ch

Vanuatu – Der aus 83 Inseln bestehende Inselstaat ging 1980 aus dem seit 1906 bestehenden britisch-französischen Kondominium Neue Hebriden hervor und hatte 2019 300.000 Einwohner. Ripablik Blong Vanuatu steht auf Platz 1 der Liste der durch Katastrophen besonders gefährdeten Staaten (weltrisikobericht.de/) – (Schweiz auf Platz 170) Fast jährlich ereignen sich Erdbeben, alle 10 Jahre wird mit einem schweren Beben gerechnet. Auch ist mit dem Mount Yasur ein Vulkan aktiv.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.11.2022

Australien – Zwischen dem heißesten und dem kältesten Ort haben Meteorologen innerhalb von weniger als 24 Stunden einen Temperaturunterschied von 50 Grad gemessen, teilte der Wetterdienst Weatherzone mit. In Fitzroy Crossing im Bundesstaat Western Australia wurden gestern Nachmittag 43 Grad gemessen. In Mount Hotham im Bundesstaat Victoria an der Ostküste fielen die Werte heute Früh auf minus sieben Grad. ORF.at

- Nach Starkregen: Siedlungen an der Ostküste überflutet. In New South Wales mussten über 200 Menschen aus den Fluten gerettet werden. SRF.ch

Belgien – Am 16. 11. leitete NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, ein Ratstreffen, zur Explosion nahe der Grenze zur Ukraine. RTB.be

Deutschland – Die von zahlreichen Pannen geprägte Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus muss komplett wiederholt werden. Die Abstimmung vom September 2021 sei ungültig. Der Gerichtshof geht davon aus, dass „mindestens 20.000 bis 30.000 Stimmen“ von Wahlfehlern betroffen sind“. DW.de

EU – Die EU hat eine Kryptoverordnung für 2024 beschlossen. Anbieter unterliegen der Kontrolle von Finanzaufsichten und brauchen eine Lizenz. ORF.at

Großbritannien in GB sind Millionen von Menschen in Not. Hilfswerke auf der Insel schlagen Alarm: Die Teuerung bringt viele Briten in Not. SRF.ch

Internet – 20 Jahre Tor, das weltweit 36 Millionen Menschen unzensierten Zugang zum Internet gibt. Tor ist ein Overlay-Netzwerk zur Anonymisierung von Verbindungsdaten. Tor schützt seine Nutzer vor der Analyse des Datenverkehrs. Es basiert auf der Idee des Onion-Routings. „TOR“ war ursprünglich ein Akronym für The Onion Router (engl. Zwiebel). Im

Oktober 2022 nutzten täglich ca. 2 bis 2,5 Millionen Nutzer das Netzwerk. Tor kann nicht nur genutzt werden, um anonyme Internetzugriffe zu ermöglichen, sondern auch, um Zugriffssperren zu umgehen. Tor-Knoten werden von Einzelpersonen, Vereinen, Universitäten, Bibliotheken und Unternehmen betrieben. Derzeit stehen 7'112 Knoten und 2'787 Bridges zur Verfügung. 2019 stellten die BBC und die Deutsche Welle ihre Internetseiten über das Tor-Netzwerk bereit, um Zensurmaßnahmen zu umgehen. Twitter ging diesen Schritt 2022. Tor ermöglicht, dass beide Seiten einer Kommunikation anonym bleiben. Tor kann nicht nur genutzt werden, um anonyme Internetzugriffe zu ermöglichen, sondern auch, um Zugriffssperren zu umgehen. Dank der auf Einfachheit ausgelegten Software ist auch Laien ein schneller Einstieg in das Tor-Netzwerk möglich. Mehr: www.torproject.org/download/ RFE.cz

- Tor öffnet auch EU-Sperren. RT.ru

Iran. USA wollen Atomabkommen nicht wiederbeleben.

- Gedenken an den «blutigen November 2019» lösen schwerste Proteste aus. SRF.ch

Israel – Bis zu 20'000 jüdische und arabische Israelis werden in Katar zur Fußball-WM erwartet. Gleichzeitig pflegen die beiden Länder aber offiziell keine diplomatischen Beziehungen. Die Menschen im Nahen Osten sind Fußball-fanatisch. Fußballspiele seien oft eine willkommene Ablenkung von den Problemen und Konflikten. Zudem findet zum ersten Mal eine Fußball-WM in der Region statt. Das sei für die Menschen dort ein großes Ereignis – auch wenn weder die israelische noch die palästinensische Fußballnationalmannschaft mitspielen. Es soll Direktflüge geben. Aber bis jetzt hat sich noch keine Fluggesellschaft darum beworben, direkt von Tel Aviv nach Doha zu fliegen. Einerseits fürchten sie wohl Boykotte arabischer Kunden und andererseits, dass es zu Streit auf einem solchen Flug kommen könnte. Zudem ist die Reisefreiheit von Palästinensern in den besetzten Gebieten (Westjordanland, Gaza) eingeschränkt. Die meisten dürfen nur via Jordanien ausreisen, wenn überhaupt. Die Teilnahme Irans an der Fussball-WM sei für die israelischen Behörden ein Alptraum. Israelis sollen keine nationalen Symbole zeigen. SRF.ch

Italien – Die Polizei nimmt mehrere Schlepper fest. Aus abgehörten Telefonaten ging hervor, dass sie bereit waren, Migranten auf hoher See «loszuwerden».

- Das „Eintrittsgeld“ für Tagestouristen in Venedig kommt ab Januar 2023. Es soll zwischen 3 und 10 Euro kosten und auch für Italiener gelten. Es gibt viel Opposition. SRF.ch
- Ein Gericht in Rom hat den früheren italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi (86) in einem Korruptionsverfahren freigesprochen.
- Die Polizei vermutet einen Serien-Täter hinter den Prostituiertenmorden. Die beiden ersten wurden leblos in einem Gebäude in der Via Augusto Riboty gefunden, die zweiten in einer Wohnung in der Via Durazzo im Nobelviertel Prati, dem 22. Bezirk von Rom, bei der Einkaufstraße Via Cola di Rienzo, alle drei auf gleiche Weise erstochen. ORF.at

Katar – Die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2022 soll vom 20. November bis 18. Dezember 2022 stattfinden. Es ist die erste Weltmeisterschaft, die im Nahen Osten ausgetragen wird. Deshalb werden auch Gäste aus allen arabischen und islamischen Ländern erwartet, aber auch aus Israel, Palästina und dem Iran. Dies könnte heikel werden. In speziellen Zonen wird Alkohol verkauft. Ein Liter Bier kommt auf 100 Riyal oder 27 Franken. Das Turnier soll das letzte mit einem Teilnehmerfeld von 32 Mannschaften sein; für das Turnier 2026 in den USA, Mexiko und Kanada soll das Teilnehmerfeld auf 48 Teams aufgestockt werden. Der winzige Staat mit rund 300'000 Einwohnern (und rund 2,4 Millionen Arbeitsmigranten) spielt eine wichtige Rolle auf der Weltbühne. Katar ist flächenmäßig die kleinste Nation, die jemals eine Weltmeisterschaft veranstaltet hat – der Fußball wurde 1910 von den Engländern hierher gebracht. Acht Stadien (bis zu 55 km von Doha entfernt) und mehrere große Hotels

wurden gebaut. Auch Schiffe stehen zur Unterbringung zur Verfügung. Fünf Millionen Gäste werden erwartet. Während Fans in Russland 2018 durchschnittlich 245 Euro für einen Sitzplatz bezahlten, kosten Tickets für Spiele in Katar durchschnittlich 327 Euro. Tickets für das Finale kosten im Schnitt 780 Euro. Das Land hat sein bestehendes Immobilienportfolio um 105 neue Hotels erweitert. Zu den neuen Immobilien, die Katars Portfolio von 183 Immobilien mit insgesamt fast 32'000 Zimmern hinzugefügt wurden, gehören das bereits eröffnete Banyan Tree Doha, das vom Innenarchitekten Jacques Garcia entworfen wurde; und das bald eröffnende Pullman Doha West Bay, das JW Marriott West Bay und das Steigenberger Hotel Doha in der Nähe des Flughafens. Weitere Informationen finden Sie unter www.visitqatar.qa.SRF.ch

Kongo – Im Kongobecken wurden große Erdöllager unter dem zweitgrößten Regenwald der Welt gefunden. DRK fordert Ersatzzahlungen von Europa, wenn die Vorkommen nicht abgebaut werden dürfen. Das Kongobecken liegt im Zentrum des afrikanischen Kontinents, größtenteils auf dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo, daneben auch der benachbarten Republik Kongo; sein Einzugsgebiet reicht mit seinen Regenwaldgebieten noch in die Nachbarstaaten Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Äquatorialguinea, Gabun, Angola, und Sambia. DW.de

Niederlande – Die Boeing MH17 der Malaysia Airlines ist am 17.7.2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über der Ukraine abgeschossen worden. Alle 298 Menschen an Bord wurden getötet. Da die meisten aus den Niederlanden kamen, findet dort der Prozess statt. Drei Ukrainer wurden wegen 298 Morden zu lebenslanger Haft verurteilt. Der russische Angeklagte wurde freigesprochen. Die Strafrichter verlasen das Urteil im Hochsicherheitsgericht am Amsterdamer Flughafen Schiphol in Abwesenheit der Angeklagten. SRF.ch

Österreich – Statt auf klassische Atomkraftwerke setzen die Grazer auf Mini-Reaktoren, die mit dem Element Thorium (Th-90) betrieben werden. Das soll sicherer als die Kernspaltung mit Uran sein. Statt mit Brennstäben wird der neue Reaktortyp mit einem flüssigen Kern aus Thorium betrieben, der in geschmolzenem Salz gelöst ist. Das Element Thorium ist nur schwach radioaktiv. In geschmolzener Form kann es in Flüssigsalz aufgelöst und mit Neutronen beschossen werden, um eine Kernreaktion zu initiieren. Dabei wird viel Hitze freigesetzt, die man zur Stromerzeugung nutzen kann. So etwas hat Emerald Horizon in Graz in Planung. Das flüssige Thorium-Salz-Gemisch soll mit Neutronen aus einem Teilchenbeschleuniger beschossen werden. Der Teilchenbeschleuniger und der Thorium-Reaktor haben Platz in einem Schiffscontainer. Das Kleinkraftwerk, an dem die Grazer Firma gemeinsam mit slowenischen Forschern arbeitet, soll laut Firmenchef Florian Wagner sicher sein vor einem GAU oder Super-GAU. „Bei uns handelt es sich nicht um ein kritisches System mit Kettenreaktion, das man andauernd bremsen muss. Bei uns ist es genau umgekehrt. Sobald man ausschaltet, passiert gar nichts.“ Die Grazer Firma arbeitet derzeit mit dem slowenischen Jozef-Stefan-Institut und der Bernard-Ingenieurgruppe an einem Prototyp. In herkömmlichen Atomreaktoren entsteht aus Uran 238 Plutonium 239. In Thoriumreaktoren entsteht kaum hochgiftiges und langlebiges Plutonium. Ein massiver Vorteil, „weil die Halbwertszeiten von Plutonium so lang sind, dass man sich auf mehr oder weniger eine Million Jahre verpflichtet, ein Endlager zu bauen. Ein Thoriumreaktor erzeugt zwar genauso viel hochradioaktiven Abfall, der höchstens 1000 Jahre strahlt. Es gibt in Österreich Thorium-Vorkommen im nördlichen Niederösterreich und in Kärnten“, Thorium wurde schon lange als friedliche Kernenergiequelle verfolgt, hat dann aber zu Gunsten von Uran den Kürzeren gezogen – weil man mit Thorium kein Plutonium gewinnen kann. Die Waffen-Lobby und das Militär hätten dafür gesorgt, dass sich Thorium nicht durchsetzte. Es hat sich nicht durchgesetzt, weil die Thorium-Forschung in den USA eingestellt wurde. Das

Geld ging in die Plutonium-Forschung. Es dürfen wegen des Atomsperrgesetzes Thoriumreaktoren in Österreich noch nicht zur Stromversorgung eingesetzt werden. Die Firma Emerald Horizon hofft, sie in ein paar Jahren in Nachbarländer verkaufen zu können, als Energieversorgung etwa für Gemeinden, Firmen und Spitäler und als Ersatz für die alten Uranreaktoren. (www.emerald-horizon.com) Sind Minireaktoren eine Einladung für Terroristen?

- Im Wiener Leopold Museum kam es am 15.11. zu einer Klima-Aktion. Zwei Männer überschütteten das „Tod und Leben“-Gemälde von Klimt mit Leim. Nach der Aktion wurde einer der beiden Aktivisten abgeführt, der andere klebte am Schutzglas. ORF.at

Polen – Zeitgleich mit neuen massiven russischen Luftangriffen auf die Ukraine ist am 15.11. eine Rakete auf dem Gebiet des Nato-Mitglieds Polen eingeschlagen. Am Rande des G20-Gipfels auf Bali kam es zu einem Krisentreffen der Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten – also USA, Kanada, Frankreich, Deutschland, Japan, Italien und Großbritannien, sowie jene von Spanien und der Niederlande. Nach Angaben des polnischen Außenministeriums handelt es sich um eine Rakete aus russischer Produktion. Sie schlug am Dienstagnachmittag auf dem Gelände eines landwirtschaftlichen Betriebs in Przewodow ein, 6 km von der Grenze zur Ukraine, 70 km von Lemberg, entfernt. Zwei polnische Staatsbürger starben dabei. Es soll sich um eine ukrainische S300-Flugabwehrrakete handeln. Polen fordert mehr Waffen zur Verteidigung der Ukraine. Przewodów [pʂɛ'vɔduf] (ukr. Переводів Perewodiw) ist ein Dorf mit 400 Einwohnern in der polnischen Woiwodschaft Lublin. Artikel 4 sieht Beratungen der Nato-Staaten vor, wenn einer von ihnen die Unversehrtheit seines Gebiets oder die eigene Sicherheit bedroht sieht. In Artikel 5 ist geregelt, dass die Nato-Staaten einen bewaffneten Angriff gegen einen oder mehrere Partner als Angriff gegen alle ansehen. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, Beistand zu leisten. Die Rakete wurde aber nicht gezielt auf das polnische Dorf abgefeuert. Das Verteidigungsministerium in Moskau streitet Berichte ab, wonach russische Raketen Polen getroffen hätten. Diese Berichte hätten das Ziel, die Situation zu eskalieren, zitiert die Nachrichtenagentur Interfax das Ministerium. Es seien keine Angriffe mit russischen Waffen auf Ziele nahe der polnisch-ukrainischen Grenze ausgeführt worden. Stoltenberg: Russland trägt trotzdem Schuld. Selenski: Bombe war sehr wohl russisch. SRF.ch

Russland – Ex-Präsident (2008–2012) Dmitri Medwedew (57) sorgt mit radikal-nationalistischen Ausfällen für Schlagzeilen. SRF.ch

- Die Öllieferungen in die EU sind im Vorfeld der drohenden Preisobergrenzen stark zurückgegangen. Wie Bloomberg am Montag berichtete, entfallen inzwischen zwei Drittel der gesamten russischen Ölexporte auf dem Seeweg auf asiatische Länder, während die Lieferungen in die EU weiter zurückgehen. Bevor die EU, die USA und ihre Verbündeten antirussische Sanktionen verhängten, machten die Tankerlieferungen nach Asien weniger als zwei Fünftel der russischen Rohölverkäufe auf dem Seeweg aus. Berichten zufolge bilden China und Indien das Rückgrat des jüngsten Anstiegs im russischen Ölhandel, während kleinere Mengen auch nach Sri Lanka und in die Vereinigten Arabischen Emirate verschifft werden. Die Gesamtmenge an Rohöl, die nach China, Indien und in die Türkei geht, sowie die Fracht auf Schiffen, deren endgültiger Bestimmungsort noch nicht bekannt ist, stieg Berichten zufolge in den 28 Tagen bis zum 11. November auf einen Rekordwert von 2,39 Millionen Barrel pro Tag. SP.ru

Schweden – Schweden will der Ukraine mit einem Unterstützungspaket um 500 Mio. Franken einschließlich Luftverteidigungssystem aushelfen. SRF.ch

Schweiz – Nitrit- und Nitrat-Zusätze machen Wurstwaren haltbar und schön rosa. Auf Kosten der Gesundheit, warnen Forscher. Zusatzstoffe in Wurst, Schinken und Co. erhöhen das Krebsrisiko.

- Deutschpflicht auf dem Pausenhof. Eine Schule im Aargau führt die Maßnahme wegen des hohen Ausländeranteils ein.
- Häufig beginnen Zwangsehen mit einer illegalen religiösen Trauung. Das ist auch im Haus der Religionen in Bern passiert.
- Honorarkonsul (Plural: Honorarkonsuln) ist ein Ehrenamt. Es handelt sich dabei oft um Personen, die Länder unterstützen, die es sich selbst nicht leisten können, hauptberufliche Diplomaten ins Ausland zu senden. Zudem kennen diese Personen ein Gastland besonders gut, weil sie beispielsweise im jeweiligen Land leben und dort gut vernetzt sind. Sie sind unbezahlt und können zusätzlich neben den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in dem Land tätig sein. Hunderte «Schatten-Diplomaten» sind gemäß einer internationalen Medienrecherche in kriminelle oder problematische Machenschaften involviert. Auch in der Schweiz soll es einige Fälle geben. Angestoßen hat die Recherche das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und die US-Rechercheplattform ProPublica. Mehr als 500 gegenwärtige oder frühere Honorarkonsuln sollen in Kriminalfälle, Skandale oder behördliche Ermittlungen verwickelt sein. Dies geht aus dem Projekt «Shadow Diplomats» hervor, an dem sich fast 60 Medien in 46 Ländern beteiligt haben. Zurzeit sind in der Schweiz 126 Honorarkonsuln von ausländischen Staaten akkreditiert. Besonders häufig sind es Anwälte und Treuhänder, Finanzberater oder Bankiers. Weiter ist auffällig, dass etliche der in der Finanzbranche tätigen Honorarkonsuln auch in teils umfangreiche Geschäfte mit Offshore-Firmen involviert sind. Diese stufen selbst Experten des Bundes als besonderes Risiko ein. Oft üben in westlichen Ländern Menschen mit langer Berufserfahrung zum Beispiel in Wirtschaft oder Politik diese ehrenamtliche Funktion aus. Sie pflegen zum Beispiel Kontakte in das andere Land und beglaubigen Dokumente. Laut der Recherche gibt es aber zahlreiche schwarze Schafe, die die Privilegien etwa bei Reisen gezielt ausnutzen – und die Titel seien zum Teil sogar käuflich.
- Seit gut 80 Jahren hat Penicillin unzählige Menschenleben gerettet und viel Leid gemindert. Das soll so bleiben. Antibiotika gehören zu den wertvollsten Medikamenten, die wir kennen. Doch diese wirken nicht mehr so gut wie früher. Einige Bakterien haben auf natürliche Art eine Abwehr gegen Antibiotika entwickelt – sogenannte Antibiotika-Resistenzen. Das ist in der Medizin ein zunehmendes Problem. In der Schweiz wird deshalb intensiv geforscht.
- Bericht des Europarats: Schweiz schützt Frauen nicht gut genug.
- Stealthing [stelθiŋ], (engl., heimlich tun) ist eine Form des Missbrauchs, bei der ein Sexualpartner das Kondom heimlich und ohne Einwilligung des anderen Partners entfernt oder beschädigt und anschliessend Geschlechtsverkehr ausübt. Die Praxis führt dazu, dass kein Safer Sex stattfindet und die Übertragung von Krankheiten und ggf. eine Schwangerschaft möglich werden. In der Schweiz gibt es beim «Stealthing» bisher eine Gesetzeslücke – das soll sich aber ändern.
- Zivilschutzorganisationen beklagen akuten Personalmangel. Unter anderem auch, weil die Dienstzeit für Zivilschutzleistende von 20 auf 14 Jahre reduziert wurde. Auf Bundesebene wird seit Monaten über mögliche Lösungen diskutiert. Der Aargau prescht nun vor und versucht es mit einem obligatorischen Infoanlass. Es ist eine umstrittene Idee: Im Aargau sollen künftig auch Schweizer Frauen sowie Ausländer antraben für einen obligatorischen Infotag. An diesem halbtägigen Anlass werden sie über den freiwilligen Dienst bei Zivilschutz, Feuerwehr oder Samaritern informiert. Das Aargauer Parlament hat das entsprechende Gesetz am Dienstag einstimmig beschlossen. Das ist eine Schweizer Premiere im Kampf gegen den Personalmangel bei Miliz-Organisationen.
- Ende Jahr laufen die Corona-Nothilfen für Kunstschafter aus. Einigen droht der Gang zur Sozialhilfe.
- Wenn Patrick Lahusen die ehemalige Gas-Bohrplattform im luzernischen Finsterwald betritt, liegt ein Hauch von Nostalgie in der Luft. Jahrzehntlang suchte er nach

einheimischem Gas. In Finsterwald ist er nicht nur fündig geworden, sondern schaffte die kleine Sensation: Knapp zehn Jahre konnte die Schweiz ab 1985 eigenes Gas fördern. Von 1985 bis 1994 wurden in Finsterwald insgesamt 74 Millionen Kubikmeter Gas durch das noch heute sichtbare Rohr gefördert. Im Vergleich zu den hierzulande jährlich verbrauchten 3'600 Millionen Kubikmetern scheint diese Menge zwar gering. Dennoch wird die stillgelegte Anlage immer wieder als Beweis dafür aufgeführt, dass im Schweizer Boden förderbare Gasvorkommen vorhanden wären. Dass sich eine Förderung wirtschaftlich lohnt, ist jedoch nicht belegt: Mit dem Gas in Finsterwald konnte nur ein Bruchteil der rund 30 Millionen Franken teuren Bohrkosten gedeckt werden. Tatsächlich werden auch an anderen Standorten Gasvorkommen vermutet. Theoretisch wäre Fracking an den meisten Orten erlaubt. Bei dieser umstrittenen Technik wird Flüssigkeit mit Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen. Der Sand hält die entstandenen Frakturen offen, damit das Gas ungehindert aus dem Boden strömen kann. Die drohende Mangellage weckt neue Begehrlichkeiten rund um das schlummernde Gaspotenzial unter Schweizer Böden. Dass sich die Sensation von Finsterwald wiederholt, scheint aber aus klimapolitischen Überlegungen wenig realistisch.

- Der Kanton ruft Landwirte im Zürcher Weinland auf, ihre Schafe über die Nacht in den Stall zu holen. Ein Wolf streift durch Zürich.
- Nur auf wenigen Höfen dürfen Milchkühe ihre Kälber säugen.
- Der Bundesrat und die betreffende Kommission des Ständerats sind gegen die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Iran. SRF.ch

Slowenien – Das Land bekommt mit der liberalen Rechtsanwältin Nataša Pirc Musar (54) erstmals eine Frau als Staatsoberhaupt. Pirc Musar kam bei der Wahl am Sonntag auf 53,9 Prozent der Stimmen, teilte die staatliche Wahlkommission mit. Ihr Stichwahl-Kontrahent, der konservative Ex-Aussenminister und Oppositionspolitiker Anže Logar (46), erreichte 46,1 Prozent. ORF.at

Tibet – Lha Bab Duchen ist einer der vier buddhistischen Feiertage in der tibetischen Tradition, heuer am 15.11. Es ist jedes Jahr ein anderer Tag, weil die Tibeter traditionell den Mondkalender verwenden. Die Geschichte besagt, dass Buddha in den Himmel aufstieg, um seiner Mutter den Weg zur Erleuchtung zu lehren. Sie starb, als er noch ein Kind war. Die Geschichte besagt, dass Buddha mit 41 eine Woche in den Himmel stieg und dann zurückkehrte. Der Feiertag feiert seine Rückkehr, ein guter Tag zum Meditieren. SP.ru

UNO – Für die Resolution, die eine Grundlage für spätere Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine wegen des Krieges bilden soll, hatten am 14.11. in New York 94 Staaten bei 73 Enthaltungen und 14 Gegenstimmen gestimmt. Neben Russland votierten die Bahamas, Belarus, Zentralafrikanische Republik, China, Kuba, Nordkorea, Eritrea, Äthiopien, Iran, Mali, Nicaragua, Syrien und Simbabwe gegen die Resolution. Die Ukraine hat die bisherigen Schäden infolge des Krieges auf einen dreistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Schon gestern hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow den UNO-Beschluss kritisiert. Damit würde der von westlichen Staaten begangene Raub russischer Geldreserven im Ausland vollendet, klagte er. Ex-Präsident Medwedew warnte vor der Umsetzung. Investoren aus den Ländern, die russisches Eigentum beschlagnahmten, müssten ebenfalls mit einer Enteignung rechnen.. ORF.at

Ukraine – 20'000 Tschetschenen haben seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine gekämpft. 9'000 von ihnen befinden sich derzeit an der Front, sagte Tschetscheniens Führer Ramsan Kadyrow (46) am 15.11. VESTI.ru

Uruguay – Uruguay war vor bald zehn Jahren das erste Land weltweit, das Cannabis vollständig legalisierte. Die Erfahrungen des südamerikanischen sind deshalb auch für die

Schweiz und Europa interessant. Doch trotz der Legalisierung hält sich der Cannabis-Schwarzmarkt auch in Uruguay hartnäckig. «Wir haben gelernt zu produzieren und die Verbraucher haben gelernt, zu konsumieren. Das ist die Geschichte der Marihuana Legalisierung in Uruguay», sagt Cannabis-Produzent Óscar González. Im Auftrag der uruguayischen Regierung produziert seine Firma zwei Tonnen Cannabis pro Jahr. Verkauft wird das Gras danach in der Apotheke. Es gibt vermutlich kein Land, das in den letzten Jahren so viel über Anbau, Handel und Konsum von Marihuana diskutiert hat, wie Uruguay. Uruguay geht dabei weiter, als andere Länder – weiter als die Niederlande etwa, wo Cannabis-Konsum und -Verkauf zwar geduldet werden, vom Gesetz aber verboten sind.

In Uruguay hingegen hat die Regierung Cannabis 2013 vollständig legalisiert. Der linke Präsident José Mujica war davon überzeugt, dass die Legalisierung den Drogenbanden das Geschäft entzieht – mindestens beim Cannabis-Handel. Tatsächlich: Der illegale Cannabis-Handel ist seit 2014 um ein Fünftel zurückgegangen. Doch den Schwarzmarkt gibt es immer noch. Unter anderem, weil vielen Kiffern das staatliche Gras zu schwach ist. Podcast «International», SRF.ch

USA – Die Ankündigung von Donald Trump (76), in zwei Jahren nochmals in den Präsidentschafts-Wahlkampf steigen zu wollen, ist keine Überraschung. Und doch ist sie ein Paukenschlag, zu dem sich Trump offenbar gedrängt sah, nachdem er plötzlich Gegenwind zu spüren bekommen hatte. Kein Wunder haben republikanische Strategen und selbst Trumps engerer Zirkel zuletzt versucht, ihn zumindest dazu zu bringen, seine bereits angekündigte Ankündigung zu verschieben. Doch Trump entschied sich, darauf zu pfeifen. Denn Trump ist nach wie vor der Favorit, falls ihm beispielsweise der aufstrebende Gouverneur von Florida, Ron DeSantis (44), die republikanische Kandidatur streitig machen sollte. Während manche vom republikanischen Establishment nach den Zwischenwahlen andeuteten, eine Zukunft ohne Trump zu bevorzugen, steht die republikanische Basis weiterhin fest zum ehemaligen Präsidenten.

- Nach vielen Verschiebungen startete am 16.11. die Nasa-Mondmission «Artemis 1» ihren Testflug.
- Die US-Demokraten hatten bei den Zwischenwahlen die Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren. Sie müssen nun einen neuen Fraktionsvorsitzenden bestimmen. Pelosi wird weiter Abgeordnete bleiben. SRF.ch
- Marjorie Taylor Greene (48) versprach am 17.11. dass unter den Republikanern kein Cent mehr in die Ukraine fließen wird. [FOX.us](https://www.fox.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 55 – E 60)

01) Ziel ist es, stärkste Kraft bei nächster Europawahl zu werden

28. 11. 2022



Auf europäischer Ebene wird die Zusammenarbeit der patriotischen Kräfte immer enger. Am Mittwoch wurde im Rahmen einer Konferenz eine parlamentarische Kooperationserklärung zu den zentralen Themen der Europapolitik von Vertretern der ID-Fraktion im Europaparlament, der auch die FPÖ angehört, sowie von Vertretern der EKR-Fraktion unterzeichnet.

Für Harald Vilimsky, den freiheitlichen Delegationsleiter im EU-Parlament, handelt es sich um einen „Sieben-Meilen-Schritt für die Kooperation patriotischer und konservativer Parteien auf europäischer Ebene“. Diese fraktionsübergreifende Zusammenarbeit von Vertretern der ID- mit der EKR-Fraktion gemeinsam mit Mandataren der Fidesz bringt näher zusammen, was auch zusammengehört“, so Vilimsky weiter.

Unterzeichnet wurde die Kooperationserklärung von der FPÖ, dem französischen Rassemblement National, der spanischen VOX, der ungarischen Fidesz, der italienischen Lega sowie einem Mandatar der polnischen Regierungsbündnis.

Für den freiheitlichen EU-Abgeordneten ist eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit die Voraussetzung, um auf europäischer Ebene tatsächlich Änderungen herbeiführen zu können: „Zum ersten Mal haben wir hier eine interfraktionelle Zusammenarbeit nicht nur mit den bestehenden, sondern auch den neuen Freunden aus Spanien, Ungarn und Polen im Europäischen Parlament auf Schiene gebracht und formalisiert.“ Ziel sei, mit dieser starken politischen Achse ein deutliches Gegengewicht zur Massenmigration und zur Zentralisierung der EU zu bilden.

Vilimsky ist davon überzeugt, dass das patriotische Bündnis weiter wachsen wird und als stärkste Kraft aus der nächsten Europawahl hervorgehen könnte: „Mit den kommenden Wahlen könnten wir stärkste Kraft in Europa werden. Dann können wir das Ruder noch herumreißen und Europa wieder seine Pluralität, Würde und Stärke zurückgeben – weg vom Zentralstaat, hin zu einem Ende der Massenmigration sowie der bewussten Förderung der unterschiedlichen Kulturen unseres Kontinentes, die ihn groß gemacht haben.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Europas „Scheinheiligkeit“ – Hamstern von russischem Diesel vor Embargo

25. 11. 2022



Schamloses Hamstern von russischem Diesel vor Inkrafttreten des EU-Embargos

Seite E 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Das Embargo für Ölprodukte aus Russland beginnt in weniger als drei Monaten. Der EU fehle es jedoch weiterhin an alternativen Lieferquellen, so ein Bericht der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Gleichzeitig seien jedoch in den vergangenen Wochen die Diesel-Einfuhren aus Russland in die Staatengemeinschaft deutlich gestiegen.

Sanktionen „treiben Blüten“

Analysten warnen, dass es nach Inkrafttreten des EU-Embargos im Februar 2023 für die Region schwierig sein wird, alternative Quellen für Diesel-Importe zu finden. Die EU wird russische Rohölimporte ab dem 5. Dezember und die Einfuhr weiterer russischer Ölprodukte ab dem 5. Februar über den Seeweg verbieten.

Europäische Händler haben ihre Käufe von russischem Diesel, im Vorfeld des EU-Embargos für Ölprodukte, aus dem Land erhöht. Das berichtet die Nachrichtenagentur *Reuters* am 21. November unter Berufung auf das Analysehaus Vortexa, das weltweit das Geschäft mit Rohöl und raffinierten Ölprodukten verfolgt.

Bereits im Dezember wird in der Europäischen Union (EU) das Einfuhrverbot für russisches Öl in Kraft treten, während das Embargo auf Mineralölerzeugnisse aus Russland ab dem 5. Februar nächsten Jahres gelten soll.

Dem Bericht der Nachrichtenagentur zufolge stiegen die russischen Diesel-Lieferungen in die Lagerregion Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen (ARA) vom 1. bis 12. November auf 215.000 Barrel pro Tag. Das sei laut Pamela Munger, einer leitenden Marktanalystin bei Vortexa, ein Anstieg um 126 Prozent gegenüber Oktober.

Den Angaben von Refinitiv zufolge, einem US-Unternehmen, das Wirtschaftsdaten analysiert, machte der Diesel aus Russland im November bisher 44 Prozent der Kraftstoffeinfuhren des EU-Blocks aus, gegenüber 39 Prozent im Vormonat.

Rekordmengen an russischem Diesel gehen nach Asien

Das bedeutet, dass Russland nach wie vor der größte Diesel-Lieferant der EU ist, obwohl die Gesamteinfuhren russischer Kraftstoffe in die Staatengemeinschaft in den vergangenen Monaten aufgrund der Sanktionen gegen Moskau wegen seiner Militäroperation in der Ukraine deutlich zurückgegangen sind.

Analysten warnen bereits, dass es nach Inkrafttreten des EU-Embargos im Februar 2023 für die Region schwierig sein wird, alternative Quellen für Diesel-Importe zu finden. Die Lieferanten seien demnach rar und zudem sehr teuer. Zugleich bleibe die europäische Dieselproduktion hinter dem Verbrauch der Region zurück.

Eugene Lindell, Marktanalyst bei der Energieberatung FGE, erklärte gegenüber *Reuters*, „die EU wird etwa 500.000 bis 600.000 Barrel Diesel pro Tag beschaffen müssen, um die russischen Mengen zu ersetzen.“

Der Ersatz werde laut Lindell aus den USA und „vor allem aus dem Nahen Osten und Indien“ kommen. Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Nahe Osten bereits erklärt hatte, die Fördermengen nicht wesentlich erhöhen zu können oder wollen.

Weiters wird hingegen über die US-amerikanischen *Bloomberg news* kolportiert, dass Rekordmengen an russischem Öl nach Asien exportiert werde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) EU-Parlament erklärt Russland zum Terror-Staat

24. 11. 2022



Gestern Mittwoch erklärte das EU-Parlament Russland zum „staatlichen Sponsor des Terrorismus“ – wie [Euronews](#) berichtete. Zudem verurteilte es die „brutalen und unmenschlichen“ Aktionen gegen die Ukraine und das ukrainische Volk seit Beginn der Invasion.

In der EntschlieÙung des EU-Parlaments heiÙt es:

„Die vorsätzlichen Angriffe und Gräueltaten der Russischen Föderation gegen ukrainische Zivilisten, die Zerstörung ziviler Infrastruktur, schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts haben bereits das Niveau von Terrorismus und Kriegsverbrechen gegen das ukrainische Volk erreicht.“

Somit erklärten die EU-Gesetzgeber Russland zum Sponsor des Terrorismus und zu einem Staat, der selbst Terror ausübt.

Die EntschlieÙung wurde mit 494 Ja-Stimmen, 58 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen angenommen.



Vadhajtások.hu

[@VadhajtasokHu](https://twitter.com/VadhajtasokHu)

Folgen

3:04 nachm. · 23. Nov. 2022 · [Twitter Web App](#)

Terrorizmust támogató államnak nyilvánította Oroszországot az EP...

https://twitter.com/VadhajtasokHu/status/1595417921815207936?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1595417921815207936%7Ctwgr%5Ecf38d9b5695d03667f5a618745e49315a6b7c0ef%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Ffeu-parlament-erklaert-russland-zum-terror-staat%2F

USA setzten Russland bisher nicht auf die Terrorliste

Naturgemäß hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Schritt des EU-Parlaments begrüßt.

Doch selbst US-Außenminister Antony Blinken hat sich bisher geweigert, Russland auf die Liste der Terrorstaaten zu setzen, obwohl er in einer Resolution von beiden Kammern des Kongresses dazu aufgefordert wurde. Das US-Außenministerium nennt derzeit nur vier Länder – Kuba, Nordkorea, Iran und Syrien – als staatliche Sponsoren des Terrorismus, was bedeutet, dass sie einem Rüstungsexportverbot und finanziellen Beschränkungen unterliegen.

In der EU haben (nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des EU-Parlaments) die Parlamente von vier Ländern Russland bisher als staatlichen Unterstützer des Terrorismus bezeichnet: Litauen, Lettland, Estland und Polen. ([Mandiner](#), [vadhajtasok](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) EU will sich für Ukraine verschulden: 18-Milliarden-Euro-Hilfspaket als „Darlehen“ an Kiew

16. 11. 2022



Stolze 18 Milliarden Euro beträgt das Hilfspaket, das die Europäische Union 2023 der Ukraine zukommen lassen will. Damit sollen im kommenden Jahr 40 bis 50 Prozent der Staatsausgaben der Ukraine gedeckt werden. Und die EU ist sogar bereit, sich für die Ukraine zu verschulden, was auf klare Ablehnung der FPÖ stößt. „Wir sind klar dagegen, dass sich die EU neuerlich verschuldet, um mit der Ukraine nun ein Nicht-EU-Land zu unterstützen“, so der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament, Harald Vilimsky.

Gewährt werden sollen die Hilfgelder in Form eines Darlehens an Kiew, was allerdings einen Haken hat, wie Vilimsky betont: „Die Hilfe ist zwar als Darlehen angelegt, allerdings wird sie durch das EU-Budget besichert. Kann die Ukraine das Geld nicht zurückzahlen, müssen alle EU-Staaten dafür geradestehen. De facto haben wir es hier also mit einer weiteren gemeinsamen EU-Verschuldung zu tun.“ Dass Kiew das Darlehen nicht zurückzahlen wird können, ist nicht unwahrscheinlich. Dafür ist nicht nur der Ukrainekrieg verantwortlich, vielmehr war es bereits vor Beginn des Konflikts mit Russland finanziell und wirtschaftlich nicht gut um die Ukraine bestellt.

Vilimsky weist zudem darauf hin, dass die EU drauf und dran ist, gemeinsame Schulden zu einem Dauerzustand zu machen: „Beim Corona-Wiederaufbaufonds hat man das noch als einmalige Ausnahmeaktion verkauft. Jetzt sehen wir, dass die gemeinsame EU-Verschuldung zur Regel gemacht werden soll. Dazu kommen ja noch die auf 630 Millionen Euro geschätzten Zinsen, die sowieso gleich direkt von der EU übernommen werden sollen“, erklärt der freiheitliche EU-Abgeordnete.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

BENELUX-LÄNDER (Seite E 62 – E 69)

Belgien (Seiten E 62 - E 66)

01) Joachim Kuhs: Migrantengewalt in Brüssel sind hausgemachte Probleme unfähiger europäischer Eliten

28. 11. 2022



Joachim Kuhs, MdEP: In Wahrheit geht es um eine kulturmarxistische Umerziehung unserer Kinder

Unsere Redaktion berichtete zeitnah als eine der ersten Medien im deutschen Sprachraum über die Randalen in Brüssel anlässlich der WM-Niederlage Belgiens gegen Marokko. Dass es vor dem Hintergrund derartiger Zu- und Missstände keine Reaktion seitens deutscher Politiker, mit Ausnahme der AfD, gab war zu erwarten. Aus Brüssel, quasi vor Ort der Ausschreitungen, mimt Joachim Kuhs (AfD), EU-Abgeordneter der ID-Fraktion, dazu wie folgt Stellung.

BRÜSSEL – „Verwüstete Straßenzüge, brennende Autos, zerstörte Schaufenster, Böller-Attacken, Angriffe auf Polizisten – die belgische Hauptstadt bot gestern ein Bild des Grauens. Die Krawalle in Brüssel und weiteren belgischen sowie niederländischen Städten sind ein Zeichen für das Versagen der europäischen politischen Eliten und der sie unterstützenden Medien“, Joachim Kuhs und fordert:

„Einen radikalen Kurswechsel in der Migrationspolitik“

„Die Politik hat es zugelassen, dass sich solche Parallelgesellschaften bilden konnten; eine ungezügelter Einwanderungspolitik in Verbindung mit üppigen Sozialleistungen und fehlendem Selbstbehauptungswillen der Einheimischen hat solche Zustände regelrecht provoziert. Die etablierten Medien wiederum verharmlosen die Migrantenaggression als Unruhen am Rande von Feiern überschwänglicher Fußballfans“, so Kuhs weiter, der der Polizei ausdrücklich für ihren Einsatz dankt:

„Mein Dank gilt an dieser Stelle den vielen Polizisten, die mit ihrem tapferen Einsatz Schlimmeres verhindert hatten“.

Selbstaufgabe Europas

Der AfD-Politiker sieht die tieferen Ursachen in der Selbstaufgabe Europas:

„Wo ist der Wille, sich energisch für die eigene Kultur und Tradition einzusetzen und eine Anpassung der Zugewanderten an hiesige Gepflogenheiten einzufordern“, fragt Joachim Kuhs.

Anstatt sich mit den fatalen Folgen einer jahrzehntelang betriebenen falschen Politik auseinanderzusetzen und schleunigst eine Kurskorrektur voranzutreiben, inszeniere man am Persischen Golf als Ersatzhandlung „ein absurdes Theater um eine zum Fetisch erhobene bunte Kapitänsbinde“ und Kuhs weiter:

*„Die Gewaltexzesse in Belgien und den Niederlanden waren **klar ethnisch geprägt**, die Täter kamen aus den marokkanischen Parallelgesellschaften: Junge, aus Nordafrika stammende Männer zeigten ihren Gastländern, wo der Hammer hängt. Sie eint der **Hass auf das Land, das ihnen bzw. ihren Vorfahren Aufnahme gewährt hat** und das sie zu einem großen Teil alimentiert. Marokkaner stellen die größte Einwanderergruppe hier in Brüssel und die Unruhen gestern zeigten überdeutlich, wie es um deren Integration bestellt ist.“*

Dazu zieht Joachim Kuhs einen Vergleich:

„In Düsseldorf existiert die größte japanische Gemeinschaft Deutschlands, ein ‚Nippon am Rhein‘ genanntes Viertel mit japanischen Geschäften, kulturellen Zentren und Vereinen. Haben Sie irgendetwas mitbekommen, dass die dort lebenden Japaner nach dem Sieg der japanischen Mannschaft gegen Deutschland vorige Woche die Düsseldorfer Innenstadt zerlegt hätten? Nein? Vielleicht, weil es dazu nicht kam. Vielleicht, weil die Gewaltaffinität, wie sie in Brüssel zum Vorschein kam, doch etwas mit der Herkunft aus einer anderen, ganz bestimmten Weltgegend, mit einer bestimmten Religion und Kultur zu tun haben könnte. Solange wir die Augen vor diesem Problem verschließen, wird es sich verschlimmern, bis Korrekturen nicht mehr möglich sind.“

Hintergrund: Am Sonntag wüteten nach dem WM-Spiel Marokko gegen Belgien (2–0) wüteten marokkanische Randalierer in der Innenstadt und verwüsteten ganze Straßenzüge. Auch in Lüttich und Antwerpen sowie einigen niederländischen Städten kam es zu Ausschreitungen.

Die Randalierer warfen mit Feuerwerkskörpern und waren teils mit Stöcken bewaffnet; ein Journalist wurde durch einen Feuerwerkskörper im Gesicht getroffen, es gab weitere

Verletzte und die Sachbeschädigungen gingen in die Millionenhöhe. Das ganze Ausmaß der Zerstörung ist zurzeit noch nicht erfasst.

Dazu nachfolgend der Bericht von gestern samt Videos.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Blüten kultureller Bereicherung: Nafris verwüsten Brüssel nach WM-Erfolg Marokkos gegen Belgien

27. 11. 2022



Der Erfolg der marokkanischen Fussball-Nationalmannschaft gegen Belgien bei der WM in Katar führte in der europäischen Heimat zu wüsten Szenen und altbekannter Randalen durch Migranten. Denn die über 500.000 in Belgien lebenden Marokkaner, plus diverse „Brüder“ aus anderen nordafrikanischen Staaten“, verwandelten ob des Erfolges kurzerhand die Hauptstadt Brüssel in ein Schlachtfeld.

Seite E 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Wie auf Videos zu sehen ist, liefern sich teils vermummte und in marokkanische Fahnen gehüllte Nafris Strassenschlachten, zerstörten Geschäfte und Autos und versetzten Passanten und Anwohner in Angst und Schrecken. Die Polizei musste mit Wasserwerfern anrücken. Nicht auszumalen, was in Belgien (und anderen europäischen Staaten) los ist, wenn diverse muslimische Fussballmannschaften weitere Erfolge bei der WM feiern.

[Tweet](#)

[Neue Tweets ansehen](#)

[Konversation](#)



[Sabrina](#)

[@Milanista_Sab](#)



Pourquoi ? Quel est l'intérêt ?

[#BELMAR](#) [#BEL](#)

[#Bruxelles](#)

<https://twitter.com/i/status/1596882022731026433>

[Niklas Korber](#)

[@NiklasKorber](#)

.

[Folgen](#)

Marokko-"Fans" "feiern" den Sieg gegen Belgien. Und nein, das ist nicht in Rabat, sondern in Brüssel.

https://twitter.com/NiklasKorber/status/1596919265655164928?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1596919265655164928%7Ctwgr%5Eb5bb46ceeb826d77870d6b994373e3b9ab89d3bb%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fblueten-kultureller-bereicherung-nafris-verwuesten-bruessel-nach-wm-erfolg-marokkos-gegen-belgien%2F



Anonymous Kollektiv Germany

[@Anonymous9775](#)

Folgen

Meanwhile in [#Brüssel](#) Schwere Ausschreitungen nachdem [#Marokko](#) bei der [#WMderSchande](#) gegen [#Belgien](#) 2:0 gewonnen hat. Auch das ist eine Schande.

https://twitter.com/Anonymous9775/status/1596916462979264514?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1596916462979264514%7Ctwgr%5Eb5bb46ceeb826d77870d6b994373e3b9ab89d3bb%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fblueten-kultureller-bereicherung-nafris-verwuesten-bruessel-nach-wm-erfolg-marokkos-gegen-belgien%2F

Fußballfans?



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Niederlande (Seiten E 67 - E 69)

03) Niederlande: „Mann“ fackelt Unterkunft für „junge Flüchtlinge“ ab – verdächtiger Araber festgenommen

21. 11. 2022



Bei einem Großbrand, der in einem Wohnkomplex in Amsterdam Nieuw-West wütete, wurde eine Person verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Wie schwer die Verletzungen sind, ist noch nicht klar, sagte ein Sprecher der Feuerwehr.

Das Feuer setzte eine Menge Rauch frei, der in der weiten Umgebung zu sehen ist. Die Feuerwehr rät daher den Bewohnern, Fenster und Türen geschlossen zu halten und die Lüftung abzuschalten. Nach Angaben des Sprechers waren zahlreiche Fahrzeuge, auch von der Feuerwehr Kennemerland, im Einsatz, um das Feuer zu löschen. Auch ein Trauma-Hubschrauber wurde angefordert.

Das Feuer brach in der Voetbalstraat in Slotervaart aus. Dort befindet sich das so genannte „Startblok Riekerhaven“, ein Wohnprojekt für junge Flüchtlinge, die gerade eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben (Statusinhaber), berichtet nieuws.nl. Nach Angaben von NH News wird davon ausgegangen, dass das Feuer gelegt worden ist, berichtet telegraaf.nl. Die Polizei hat einen „Mann“ wegen des Verdachts auf Brandstiftung festgenommen, meldet amsterdamfox.com. Angeblich soll es sich bei diesem „Mann“ um einen 27-jährigen Araber handeln.

Arab migrants in Amsterdam set fire to their publicly funded accommodation after their demands for better accommodation were denied by Dutch authorities. pic.twitter.com/4iY354pHq7

— Ben Kew (@ben_kew) [November 14, 2022](#)

Übersetzung des Tweets:

Arabische Migranten haben in Amsterdam ihre öffentlich finanzierten Unterkünfte in Brand gesetzt, nachdem ihre Forderungen nach einer besseren Unterbringung von den niederländischen Behörden abgelehnt worden waren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Amsterdam – Gericht genehmigt Hausbesetzung eines russischen Geschäftsmannes

19. 11. 2022



Gericht "erlaubt" Besetzung "russischen Eigentums" durch Aktivisten

Wieder einmal macht eine Gruppe selbst ernannter „Aktivisten“ von sich reden. Diesmal hat man das Haus eines russischen Milliardärs in Amsterdam besetzt. Dank einem Gerichtsurteil müssen sie es nun auch nicht verlassen.

Das entschied ein Gericht in Amsterdam am 16. November. Die haarsträubende Begründung lautet, es gebe keinen legitimen Grund, das Gebäude leer stehen zu lassen.

Aktivisten gegenüber Russen klar bevorzugt

Ein Gericht in Amsterdam hat es abgelehnt, „Aktivisten“ aus dem Haus eines russischen Milliardärs zu verweisen, das sie seit etwa zwei Wochen besetzt halten. Zu dem Urteil kam es durch eine Klage der Firma des russischen Geschäftsmanns Arkadi Wolosch.

Wolosch, der die russische Suchmaschine Yandex gegründet hat, steht auf der Sanktionsliste der Europäischen Union (EU), die wegen der militärischen Eskalation in der Ukraine eingeführt wurde. Infolgedessen wurden seine Kredite und Vermögenswerte in der EU eingefroren.

Sanktionen legitimieren „alles“

Die Hausbesetzer behaupten, dass Wolosch das Gebäude vermieten wollte, um daraus Profit zu schlagen. So sei er dabei, das Gebäude zu renovieren. Laut dem Richter gebe es keine unmittelbare Veranlassung, die Räumung des Gebäudes anzuordnen. Es gebe keinen legitimen Grund, das Gebäude leer stehen zu lassen.

Eine Renovierung sei zwar in der Tat ein legitimer Grund. Das sei aufgrund der EU-Sanktionen aber nicht erlaubt, da die Renovierung zu einer „erheblichen Wertsteigerung und damit zu einem Vermögenszuwachs“ führen würde, heißt es in dem Urteil.

Außerdem sei eine Renovierung im Auftrag einer Person, die auf der EU-Sanktionsliste steht, nur dann zulässig, wenn das Finanzministerium eine Ausnahmegenehmigung erteilt habe, was aber laut dem Richter „nicht bewiesen wurde“.

Der Richter entschied daher, dass die „Klage auf Räumung der Hausbesetzer abgewiesen wurde, da nun ein nicht zu rechtfertigender Leerstand droht“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Habeck erklärt 2023 zum Jahr der Industriepolitik. Von Ed Koch



Habeck erklärt 2023 zum Jahr der Industriepolitik

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz lud in Kooperation mit dem „*Bündnis Zukunft der Industrie*“ zur **Industriekonferenz 2022** auf den **EUREF-Campus** ein. Minister **Robert Habeck** sprach von einer extrem wichtigen Veranstaltung, an der rund 300 Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Industrie und Wirtschaft teilnahmen, darunter EU-Kommissar **Thierry Breton**, IG-Metall-Chef **Jörg Hofmann**, BDI-Präsident **Siegfried Russwurm** sowie die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, **Kerstin Andreae**.



v.l.: Siegfried Russwurm, Robert Habeck, Jörg Hofmann

Eine Umfrage unter den Teilnehmenden ergab, dass die Energiekosten (62%) die höchste Bedeutung beim Standortfaktor haben. Die Dauer von Planungs- und Organisationsverfahren gaben 51% als zweitwichtigsten Faktor an, gefolgt von der Fachkräftesituation (34%) und der Infrastruktur (21%). Die Frage nach Fördermitteln landete mit sechs Prozent auf dem letzten Platz.

Der russische Angriffskrieg auf der Ukraine ging nahtlos in die noch nicht bewältigte Corona-Pandemie über. Der Wegfall der Energielieferungen aus Russland bereitet nach wie vor große Probleme, dennoch verweist der Minister auf einige Erfolge und wird dabei vom IG Metall Chef unterstützt, der sagte, dass es keine massiven Beschäftigungsverluste gegeben habe. Und Habeck betont, dass im September 2022 zum Vorjahresmonat die Exporte in die USA um 40 Prozent gestiegen seien.

Habeck kritisiert scharf, dass die „*Körperhaltung*“ bei einigen nicht gut scheint. Es gäbe geradezu eine „*Lust*“ daran, den „*Untergang herbeizureden*.“ Wenn man auf das vergangene Jahr zurückblickt, so der Minister, sei das falsch und „*bediene am Ende nur der eigenen Lustbefriedigung*.“

Die Herausforderungen seien dennoch groß, aber, ist Habeck überzeugt, „*wir werden ein starkes Land sein*

und bleiben“. Deutschland erwarte eine völlig neue Dimension der Wettbewerbspolitik, neue Geschäftsmodelle kämen hinzu. Das nächste Jahr wird im Zeichen der Industriepolitik stehen, wobei es auch um die Sicherung des Standortes gehen werde. Dennoch bestehe die Gefahr der Abwanderung von Unternehmen. BDI-Chef Russwurm weist darauf hin, dass bei einer Umfrage unter 600 Unternehmen, bei 20 Prozent eine Abwanderung in Planung sei.



Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, beschwor die europäische Solidarität. Hoffentlich hat das auch die ungarische Regierung gehört.

Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demographie seien die großen aktuellen Herausforderungen. Habeck fragt sich, wie man von diesen Herausforderungen überrascht sein kann. „*Was haben wir denn in den letzten Jahren gemacht?*“

Beruhigend ist die Aussage des Ministers, dass die Gasspeicher voll sind. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, Gas einzukaufen. „*Wir sind ja keine Tankstelle*.“ Es handele sich gegenwärtig um reine Vorsorgemaßnahmen, die so lange gelten, „*bis es wieder normal zugeht*.“



Habeck nahm auch Stellung zum Einbürgerungsrecht, das vereinfacht und beschleunigt werden soll. Wer in Deutschland arbeiten wolle, dem soll der Zugang ermöglicht werden. Die Menschen müssen eine Perspektive bekommen. Er verstehe nicht, wie man



diesen Zusammenhang nicht verstehen kann. Mit welcher Inbrunst teilweise die Opposition den Wirtschaftsstandort Deutschland als unattraktiv darstelle, was eigentlich die Botschaft bedeute, „man wolle Euch hier nicht“, ist abenteuerlich, so Habeck. „Wir profitieren davon, dass Menschen sich hier eingliedern wollen.“

Zusammenfassend kann man sagen: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“

Anmerkungen



Robert Habeck hat eine schnörkellose Art, auf den Punkt zu kommen. Richtig sauer ist er über diejenigen, die den Untergang herbeireden. Wenn ich die Konferenz richtig verstanden habe, ist die Lage wirklich ernst, aber längst

nicht hoffnungslos. Interessant zu beobachten war der Dreiklang oder besser Gleichklang von Politik, Industrie und Gewerkschaft. Habeck, Russwurm und Hofmann scheinen am gleichen Strang zu ziehen. Krisen vereinen.

Habeck hat einen großen Vorteil. Er ist erst seit knapp einem Jahr Minister und nicht verantwortlich für das, was vorher war. Es ist schon erstaunlich, dass von der demographischen Entwicklung viele immer wieder überrascht sind. Eigentlich müsste man ab der Geburt eines Kindes, die hierzulande registriert wird, wissen, wie die Lage in 20, 30 oder 40 Jahren ist. Es ist aber an vielen Orten nicht einmal möglich, bis sechs zu zählen und genügend Grundschulplätze bereitzustellen.

Wie lange reden wir über den Ausstieg aus der Kohle? Wie lange über die drohende Klimakrise? Die Existenzberechtigung von Politikern ist, dafür zu sorgen, dass die kommenden Probleme rechtzeitig erkannt und bekämpft werden. Aber immer wieder sind die Damen und Herren überrascht, obwohl viele Experten alle Katastrophen schon lange vorausgesagt haben.

Ärgerlich ist die Diskussion über die Einbürgerung von Menschen, die hier arbeiten, leben, Steuern zahlen, Familien gründen und bleiben wollen. Ist denn nicht Konsens, dass wir zusätzliche Arbeitskräfte benötigen, weil wir „eigene“ nicht in ausreichendem Maße auf die Welt bringen wollen? Wer sich auf einer Baustelle darüber aufregt, dass er kein Wort versteht, was die Arbeiter sagen, sollte

sich lieber fragen, wo denn die deutschen Maurer, Fliesenleger, Dachdecker, Installateure und so weiter sind. Wo sind sie geblieben?

Ohne Arbeitnehmende mit Einwandererhintergrund brähe bei uns alles zusammen. Spüren würden wir es vermutlich zuerst in der Gastronomie, wenn plötzlich der Kroat, der Grieche, der Italiener oder der Inder an der Ecke weg wären.

Wie dumm muss man sein, um sagen zu können, dass uns die vielen Ausländer die Arbeit wegnehmen. Ist es so schwer zu begreifen, dass wir mehr Arbeit als Arbeiter haben? Dass in diesem Land irgendjemand etwas von Fremden weggenommen wird, ist reine Hetze gegen Ausländer, die keinen Faktencheck übersteht.

Ich habe mit der Zuwanderung ein ganz anderes Problem. Wir brauchen Menschen aus allen Regionen der Welt, sagte **Robert Habeck** heute auf dem EUREF-Campus. Was geschieht aber mit den Ländern, deren Fachkräfte abwandern, weil sie bei uns besser bezahlt werden und ein sichereres Leben erwartet? Brauchen diese Länder nicht ihre Fachkräfte selbst? Unsere Anwerbung ist auch ein wenig egoistisch, Hauptsache bei uns rollen die Räder.

Über dieses Thema könnte man sich noch lange unterhalten. Natürlich darf die deutsche Staatsbürgerschaft nicht „verramscht“ werden, wie es die **BILD**-Zeitung behauptet. An ihr müssen Bedingungen geknüpft werden. Ob man dazu allerdings acht Jahre benötigt, darf bezweifelt werden. Ich war immer ein strikter Gegner von doppelten Staatsbürgerschaften. Ein Freund von mir hat sogar drei, die deutsche, weil er hier geboren ist, die italienische, weil sein Vater dort geboren wurde und die Staatsbürgerschaft der USA, weil er dort geheiratet hat und arbeitet. Muss er sich, warum auch immer, für eine entscheiden? Nach langem Nachdenken meine ich Nein. Wer in Deutschland leben möchte und die Staatsbürgerschaft seiner Eltern oder Großeltern behalten möchte, soll es tun. Wem schadet es?

Noch ein Wort zu Konferenzen wie der heutigen. Nichts ist gesagt worden, was wir nicht schon aus den Medien wussten. Politiker haben viele Möglichkeiten, ihre Positionen zu vertreten, dazu brauchen sie eigentlich keine Konferenzen. Das wirklich Wichtige bei diesen Veranstaltungen scheinen mir die Kaffeepausen und das anschließende Get Together zu sein. Hier finden die wirklich wichtigen Gespräche statt. Es lohnt sich also immer, eine Konferenz zu besuchen. **Ed Koch**

06) Experte: 2023 wird Strom nahezu unbezahlbar

27. 11. 2022



Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont.

Experte: „2023 beginnt mit massiver Preiserhöhungswelle beim Strom“

Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont: **„Das neue Jahr beginnt mit einer massiven Preiserhöhungswelle beim Strom.“** Grundversorger müssten nun die höheren Marktpreise nach und nach an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben.

Rheinenergie verweist auf die hohen Beschaffungskosten, die sich immer stärker in der langfristigen Einkaufsstrategie des Unternehmens niederschlugen. *„Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise an den Strombörsen um mehr als 300 Prozent gestiegen, in der Spitze hatten sie sich mehr als verzehnfacht. Zusätzlich steigen auch die Netzentgelte“*, begründet das Unternehmen den Preissprung.

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Der Bund der Energieverbraucher wirft den Stadtwerken und anderen Energieversorgern indes vor, die Preise bewusst in die Höhe zu treiben. Vorstandsvorsitzender Aribert Peters sagte gegenüber der Bild-Zeitung: „Das Ausmaß der Erhöhungen ist nicht durch die Marktpreise gerechtfertigt.“

Peters appelliert:

„Zahlen Sie Ihre Rechnungen nicht.“

Die Versorger müssten „im Zweifel einen Nachweis darüber erbringen, dass die Erhöhungen durch die Marktpreise gerechtfertigt sind.“ Sonst könnten die Kunden „die Zahlung zurückhalten. Stehen die Erhöhungen nicht im Verhältnis zu den Börsen-Preisen für Strom, ist die Erhöhung unrechtmäßig“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [COMPACT MAGAZIN](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Millionen gestohlene deutsche Handynummern zum Kauf im Netz angeboten

27. 11. 2022



Sechs Millionen deutsche Handy-Nummern wurden geklaut

Seite E 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Ein erneut höchst beunruhigender Fall von Daten-Diebstahl enormen Ausmaßes. Rund eine halbe Milliarde WhatsApp-Handynummern werden derzeit im Netz zum Kauf angeboten. Darunter sechs Millionen deutsche Kontakte, soweit bisher bekannt ist.

Millionen WhatsApp Kontakte aus aller Welt gehackt

Schon wieder ein beunruhigender Fall von Daten-Diebstahl, [wie Cybernews meldet](#). Ein Unbekannter hat im Internet 487 Millionen WhatsApp-Kontakte aus 84 Ländern zum Kauf angeboten, darunter sechs Millionen deutsche mobile Nummern.

45 Millionen der gestohlenen WhatsApp-Kontakte seien aus Ägypten, 35 Millionen aus Italien, 32 Millionen aus den USA und 29 Millionen aus Saudi-Arabien. Je 20 Millionen der geleakten Handynummern gehörten Personen aus Frankreich und der Türkei. Es befinden sind zudem elf Millionen britische und fast zehn Millionen russische Kontakte in dem Datenpaket.

Cybernews hat sich einen Teil des Datenpakets übermitteln lassen und die Kontakte geprüft. Danach habe festgestanden, dass es sich tatsächlich um aktive Whatsapp-Kontakte handelt, so Cybernews.

Meta verweigert Auskunft

WhatsApp beziehungsweise der Mutter-Konzern Meta, teilt dazu mit, dass dieser Vorgang derzeit nicht kommentiert werde.

Wie der Verkäufer der Daten an die Kontakte gekommen ist, steht übrigens aktuell noch nicht fest, die Person gab lediglich an, dass sie „ihre Strategie genutzt habe, um die Daten zu sammeln“.

Cybernews vermutet, dass der Datenklau durch eine automatisierte Suche nach möglichen Kontakten, bei der öffentlich zugängliche Daten zusammengetragen werden, ermöglicht wurde. Dieses sogenannte scraping verstößt allerdings offiziell gegen die Regulative von WhatsApp.

Die Betrugsversuche über Soziale Medien und Messenger wie WhatsApp nehmen zu. Die Verbraucherzentrale hat Tipps veröffentlicht, um sich davor zu schützen, die wichtigsten hier kurz zusammengefasst.

Klicken Sie bei fremden Kontakten auf keine Links, geben sie [keine persönlichen Daten](#) an, gehen sie auf keine finanziellen Forderungen ein und rückversichern Sie sich über die alte Nummer, dass Sie es mit derselben Person zu tun haben, wenn Ihnen jemand vermeintlich Bekannter seine neue Nummer sendet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Faerer will deutsche Pässe zur Ramschware für alle „Flüchtlinge“ machen

27. 11. 2022



Das Bedürfnis der Grünen und der SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faerer, Deutschland noch schneller komplett umzubauen, erfährt gerade einen weiteren Turboschub. Nachdem man sich bekanntlich in der Rolle des Weltsozialamtes gefällt und weitgehend die Grenzen nicht nur für Personen aus aller Herren Länder offen hält, ging man zügig dazu über, Leute proaktiv hereinzuholen (Stichwort: afghanische Ortshilfskräfte). Damit dieser Vorgang irreversible bleibt, laufen Planungen, die Staatsbürgerschaft praktisch allen nachzuschmeißen, die hier als sogenannte Flüchtlinge eintrudeln.
Folgendes wird angedacht:

- Die Anforderungen für Einbürgerungen in Deutschland werden deutlich reduziert, das heißt, dass
- man bereits nach einem fünfjährig Aufenthalt „Deutscher“ werden kann und dass
- bei „besonderen Integrationsleistungen“ eine Einbürgerung bereits nach drei (!) Jahren möglich wäre.
- In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren hier aufhältig ist.
- Ab einem bestimmten Alter entfällt auch der bisher erforderliche Sprachnachweis der deutschen Sprache, ebenso der bislang geforderte Wissenstest über Deutschland.
- Zugleich solle die Verpflichtung wegfallen, bei der Einbürgerung auf die bisherige Staatsangehörigkeit zu verzichten.
-

Der „Vorteil“ für die Umvolker dabei ist:

- Kriminelle können nach der Einbürgerung nicht mehr abgeschoben werden. Schon jetzt ist das kaum möglich.
- Wichtig: In der Kriminalstatistik wird die Zahl der „deutschen Täter“ nach oben schnellen.
- Antisemitische Vorfälle von Arabern werden künftig den Deutschen verstärkt zugeordnet werden. Was ja ganz im Sinne der Schuldneurotiker jetzt schon der Fall ist.
- Das Wählerpotenzial für rot/grün würde sich schlagartig massiv erhöhen.

Kritik von CDU und CSU

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), kritisierte die geplanten Änderungen. Zu BILD sagt er:

„Der deutsche Pass darf nicht zur Ramschware werden“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz (CSU) erklärte:

„Ausländern in Deutschland wird damit ein großer Anreiz genommen, sich zu integrieren.“

Wozu auch? Linke erwarten sich eher von Menschen, die „schon länger hier leben“, dass sie sich den Sitten der Neuankömmlingen anzupassen haben. Beispiel dazu gibt es zuhauf, speziell im schulischen Bereich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) ACHTUNG REICHELT!

Von JULIAN REICHELT

26. 11. 2022



Die Fragen der Woche mit Eva Vlaardingerbroek! Eva ist eine der scharfsinnigsten Beobachterinnen der europäischen Politik, sie analysiert furchtlos, was schief läuft auf der Welt. Und sie hat besonders ein Auge auf Deutschland gerichtet: Die Niederländerin ist die unbequemste und ehrlichste Nachbarin, die sich unsere Bundesregierung nur vorstellen kann. In dieser Woche mit einer besonderen Ausgabe, denn: Die Grünen haben ihre Fake-News-Konferenz mit einer Fake News über „Achtung, Reichelt!“ eröffnet!

Kein Scherz, Grünen-Mann Konstantin von Notz hat behauptet, wir hätten hier „Aktivisten der Identitären Bewegung, die aus gutem Grund vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden“, zum Interview gehabt. Gemeint war Eva Vlaardingerbroek. Die ist weder Aktivistin bei irgendeiner Bewegung, noch wird sie vom Inlandsgeheimdienst beobachtet – wie auch, als Holländerin, die in Florida lebt ... Schauen Sie selbst, wir haben die Szene im Video!

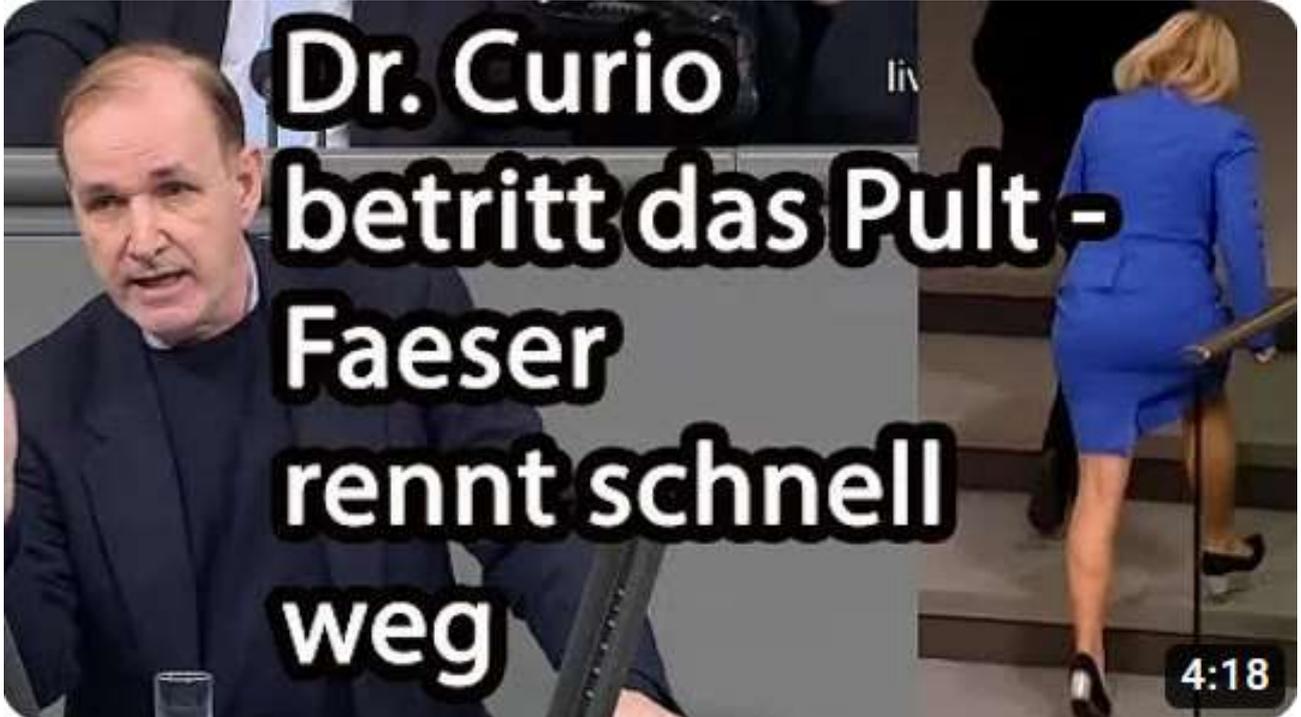
<https://www.youtube.com/watch?v=jSJXHrF7dwo>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Angst vor der Wahrheit – Flucht im Schweinsgalopp

Von Dr. GOTTFRIED CURIO

26. 11. 2022



Kaum betritt Dr. Curio das Pult rennt Faeser im Schweinsgalopp aus dem Plenum.
|screenshot Youtube

Angst vor der Wahrheit – Faeser rennt während Abrechnung von Dr. Curio aus dem Plenum

Gestern wurde im Bundestag der Haushalt des Innenministeriums debattiert. In meiner Rede bilanziere ich das erste Jahr von Innenministerin Faeser. Es ließe sich viel Geld einsparen, wenn sie ihren Job richtig machte. Stattdessen sorgt ihre Politik der offenen Grenzen, der bedingungslosen Vollversorgung und der nicht ausgeführten Abschiebungen für Milliardenkosten.

Und: 2022 ist bereits ein zweites 2015 – es sind sogar mehr Menschen als vor sieben Jahren nach Deutschland gekommen. Städte und Kommunen ächzen unter der Belastung und warnen Faeser vor noch mehr Zuwanderung. Wie das Tragen der One-Love-Binde beim Deutschlandspiel diese Woche aber bereits zeigte, geht es der Innenministerin nur um Tugendangeberei und nicht um intelligente Sachpolitik im Sinne deutscher Interessen.

<https://www.youtube.com/watch?v=U8rybCxGun8>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Demokratie ist anstrengend. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-30

25. November 2022

47. Jahrgang

Demokratie ist anstrengend

In einer Demokratie hat man die größtmöglichen Freiheiten, muss sich aber ständig mit den unterschiedlichsten Meinungen herumschlagen und sich daraus eine eigene bilden. Und dann noch diese vielen Parteien und Politiker, die stets etwas anderes wollen als die anderen. Bundestagsdebatten zu verfolgen, ist kein reines Vergnügen. Schon allein wegen der rüden Umgangsformen. Wer seinen Kindern Empathie und Toleranz beibringen will, sollte sie nicht vor den Fernseher setzen, wenn Scholz, Habeck und Lindner auf Merz, Dobrindt und Gysi treffen. Über die AfD-Abgeordneten schweigen wir lieber.

Ja, Demokratie ist anstrengend und auch frustrierend, wenn eine andere Partei, als die, die man wählt, gewinnt. Und so bezeichnete der britische Regierungschef **Winston Churchill** auch die Demokratie als schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von allen anderen. Dass in einem demokratischen Land leben zu dürfen, ein großes Geschenk ist, vergessen leider viele. Das Beste, was Deutschland, auch wenn erst einmal nur im Westteil, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs passieren konnte, ist, dass uns die Westmächte zur Demokratie zwangen.

In einer Diktatur muss man sich um wenig Gedanken machen, nicht einmal um einen Kita-Platz, Lehrer, die einem sagen, was man denken soll, gibt es auch genug. Bei Wahlen, wenn sie überhaupt stattfinden, stehen die Sieger schon vorher fest. Die Oppositionellen können die Wahlen aus dem Gefängnis verfolgen. Aber ernsthaft: Will man so leben? Ich nicht! Den Aufbau des Staatswesens, habe ich leider nicht in der Schule gelernt, aber, wann irgendwelche Schlachten bei Issos stattfanden und dass man den schwedischen König im dreißigjährigen Krieg vom Pferd schoss. Interessant.

Eine Institution stand aber mir und vielen anderen, immer hilfreich zur Seite: Die **Bundeszentrale für politische Bildung**, die heute vor 70 Jahren gegründet wurde. 1956 erfolgte dann auch die Gründung der Landeszentrale für politische Bildung Berlin. Die wechselvolle Geschichte beider Landeszentralen ist bei Wikipedia gut beschrieben.

https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeszentrale_f%C3%BCr_politische_Bildung

https://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Landeszentrale_f%C3%BCr_politische_Bildung

Da für eine gute Bildung zu sorgen, Sache des Staates ist, wurden die Zentralen natürlich von den jeweiligen Regierungen ins Leben gerufen. Nicht selten gab es Versuche, die inhaltliche Unabhängigkeit der Institutionen zu stören, man kann es auch Zensur nennen. Da Bildung von Menschen vermittelt wird, bleibt es nicht aus, dass es immer wieder mal Vorwürfe der Einseitigkeit gibt. Also muss gewährleistet sein, dass der einen eine andere Meinung gegenübergestellt wird.

Um die Ausgewogenheit zu gewährleisten, gibt es einen wissenschaftlichen Beirat und natürlich ein Kuratorium, das aus Parteienvertreter zusammengesetzt ist. Auf Bundesebene tummeln sich 22 Abgeordnete im Kuratorium, in Berlin zehn, aktuell sind neun Plätze besetzt. FDP und AfD sind nicht vertreten.

Die Bundeszentrale „untersteht“ dem Innenministerium, die Landeszentrale der Senatsverwaltung für Bildung. Um die Bedeutung der Berliner LZ zu unterstreichen, gehörte sie lange Zeit zum Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters. Dort kam ihr der Stellenwert zu, der ihr gebührte. Heute ist sie im Amerika-Haus untergebracht.

Präsident der Bundeszentrale ist ein alter Bekannter aus der Berliner SPD, der ehemalige Jugendsenator (1991-1994) **Thomas Krüger**. Kein Präsident war so lange im Amt wie er ist, nämlich seit 2000, also 22 Jahre lang. Krüger ist jetzt 63 und wird diesen Job vermutlich bis zur Rente ausüben. Die Besetzung der Präsidentenstühle erfolgte bislang im Wechsel zwischen CDU und SPD. Es wäre also demnächst ein CDU-Vertreter am Zuge, vermutlich. Die Berliner Landeszentrale leitet seit 2014 **Thomas Gill**.

Die Institutionen geben nicht nur zahlreiche Bücher heraus und führen Veranstaltungen durch, sondern fördern auch Organisationen und Vereine, die Projekte der politischen Bildung anbieten. Bis zur Wiedervereinigung führte der Paper Press e.V. deutschlandpolitische Seminare in Bonn, Bad Godesberg und Umgebung mit den politischen Stiftungen durch, gefördert durch die Landeszentrale, so dass die teilnehmenden Jugendlichen nur einen geringen finanziellen Eigenbeitrag leisten mussten. Die Bundes- und die Landeszentralen sind segensreiche Einrichtungen für die Demokratie, die, wenn man sich mit ihr beschäftigt, auch Spaß machen kann.

Ed Koch

12) Achtung Reichelt!

Von Julian Reichelt

25. 11. 2022



Die Geschichte, die wir in diesem Video erzählen, ist so unfassbar – sie werden es nicht glauben, wenn Sie es nicht selbst gesehen haben. Der Chef unseres Inlandsgeheimdienstes präsentiert sich als Fanboy der Klima-Aktivisten. Sein Name ist Thomas Haldenwang. Haldenwang hat als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz die atemberaubende Macht, darüber urteilen zu dürfen, was in unserem Land eine legitime politische Ansicht ist, was „normaler“ Protest – und was gefährlich sein soll. Wen er für gefährlich hält, wen er „beobachten“ lässt, der gilt als Staatsfeind, so wie Kritiker der Corona-Maßnahmen oder Menschen, die es wagen DDR-Vergleiche zu machen. Sie werden im Verfassungsschutzbericht als „Delegitimierer“ geführt.

Wen Haldenwang wohlwollend beurteilt, der darf sich in seinen Ansichten und Methoden bestärkt fühlen. Thomas Haldenwang ist Richter darüber, was man sagen darf, für was man auf die Straße gehen darf, ohne dafür gesellschaftlich geächtet zu werden. Man sollte meinen, dass man in so einer Position politisch neutral und nicht als Unterstützer einer politischen Bewegung auftreten sollte. Aber nein. Haldenwang lässt sich von grünen Klima-Extremisten beklatschen und verherrlicht die Gewalt von Gruppen wie „Letzte Generation“. Thomas Haldenwang ist ein begeisterter Unterstützer einer Bewegung, die eigentlich die Definition dessen ist, was er überwachen sollte.

https://www.youtube.com/watch?v=qU7YdgTupKo&feature=emb_imp_woyt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Vor drohendem "Blackout": Deutschland verschenkt die Hälfte seiner Notstrom-Aggregate an Ukraine

23. 11. 2022



Notstromaggregat der Uniklinik Aachen.- *Bild: Screenshot YouTube*

Laut Entwicklungsministerium hat die Ampel-Regierung in Berlin bisher 2.430 Generatoren in die Ukraine [geliefert](#). Sie sollen öffentliche Aufwärmstätten heizen und für den stabilen Betrieb von Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen und Wasserversorgungsunternehmen sorgen, jetzt, wo infolge des Krieges mit Russland die Stromversorgung nicht mehr intakt ist.

Gefahr eines längeren Stromausfalls

Nun steht die Bundesrepublik jedoch vor dem gleichen Problem. Denn angesichts der hohen Gefahr eines längeren Stromausfalls („Blackout“) ist die Stromversorgung nicht mehr gewährleistet wie früher. Am Samstag [meldete](#) das ZDF:

„Deutschlands oberster Katastrophenschützer rechnet damit, dass es im Winter zu Stromabschaltungen kommen kann – gezielt, regional, zeitlich begrenzt.“

Tags darauf relativierte man diese Meldung: Für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sei die Wahrscheinlichkeit für Stromabschaltungen entgegen der gestrigen Äußerungen „gering“. Wie auch immer, die Gefahr ist jedenfalls da. Denn auch die Behörden bereiten sich darauf vor, die Bundesbank [hortet](#) sogar Bargeld für den Ernstfall.

Eigene Bevölkerung zählt nichts

Und dann, wenn der Strom ausfällt, wird Deutschland ebenfalls einen stabilen Betrieb von Krankenhäusern brauchen. Dafür hat das Technische Hilfswerk (THW), das dem rot geführten Bundesinnenministerium unterstellt ist, im Februar voll Stolz [verkündet](#):

„Mit leistungsstarken Stromerzeugern für Blackout gerüstet“

Demnach stünden „bundesweit rund 4.900 Stromaggregate und mehr als 600 Netzersatzanlagen mit einem breiten Leistungsspektrum zur Verfügung“.

Wir haben es ja: Jedes zweite Notstrom-Aggregat verschenkt

Stand November sind es nur noch 2.470 Notstrom-Aggregate, denn die anderen – jedes zweite! – wurden an die Ukraine verschenkt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Lafontaine: „Wir haben dümmste Regierung Europas“ und „Ami, it's time to go“

23. 11. 2022



Oskar Lafontaine | flickr/(CC BY-SA 2.0)

„Ami, it's time to go“, heißt das aktuelle Plädoyer von Oskar Lafontaine bei Milena Preradovics Talk „PunktPreradovic“ für eine europäische Selbstbehauptung. Die Politlegende sieht in Deutschland eine unfähige, instinktlose und US-gesteuerte Regierung am Werk.

Von DAVID BERGER | Er war Kanzlerkandidat, SPD-Chef, Finanzminister, Parteigründer. Politlegende Oskar Lafontaine hat jetzt ein Buch mit dem provokanten Titel „Ami, it's time to go – Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas“ vorgelegt. Seine These: eine aggressive Weltmacht wie die USA könnten keinem Verteidigungsbündnis wie der Nato vorstehen.

Lafontaine und Wagenknecht

Er plädiert für eine Nato ohne die USA und ruft Deutschland und Europa auf, die eigenen Interessen zu bedienen, statt am Rockzipfel der Supermacht zu hängen. Ein Gespräch über „die dümmste Regierung Europas“, die Zerstörer der Nordstream-Pipelines, Propaganda und die Frage: wird seine Frau, [Sahra Wagenknecht die Politlandschaft mit einer eigenen Partei aufmischen?](#)

<https://philosophia-perennis.com/2022/11/20/querfront-mehrheit-compact-feiert-sahra-wagenknecht-als-beste-kanzlerin/>

„Die USA haben Nordstream zerstört“ - Punkt.PRERADOVIC mit Oskar Lafontaine

https://www.youtube.com/watch?v=tCpK2h5C1I4&feature=emb_imp_woyt

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt offen zu:
Blackouts kommen diesen Winter

19. 11. 2022



Der Sanktionswahnsinn der Europäischen Union, samt Abkehr vom dringend benötigten Gas aus Russland, wird in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit zu flächendeckenden Blackouts führen, ähnlich jenen, wie sie derzeit in der Ukraine stattfinden (wohlgemerkt als Folge des Krieges und nicht selbst verschuldet). Das betont nun der Chef des deutschen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK).

Stromausfälle im Januar und Februar

[BBK-Chef Ralph Tiesler betonte gegenüber diversen Medien](#), dass man davon ausgehen müssen, dass es „im Winter Blackouts geben wird“. „Damit meine ich eine regional und zeitlich begrenzte Unterbrechung der Stromversorgung.“, so Tiesler.

Sogar die Monate kann er bereits eingrenzen, es soll im Januar und Februar zu flächendeckenden Ausfällen der Stromversorgung kommen. Hauptverursacher dieser sei das Abschalten der Netze durch die Betreiber, um die Netze zu schützen und die Gesamtversorgung nicht zu gefährden. Somit ein hausgemachtes Phänomen, weil durch die Sanktionen akute Energieknappheit droht.

Wie lange die Stromausfälle anhalten werden, erwähnte der BKK-Chef seltsamerweise nicht, obwohl dies vermutlich zeitlich einzugrenzen wäre. Staatliche Behörden seien in Deutschland jedenfalls nicht ausreichend auf dieses Szenario vorbereitet, so Tiesler.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Die Angst vor dem Volk: Arbeiten am Reichstags-Graben in vollem Gange

28. 11. 2022



Die Bauarbeiten vor dem Reichstag machen zügige Fortschritte.- *Bildquelle: Philosophia Perennis*

Während die deutschen Grenzen offen sind und Millionen illegale Migranten weiterhin das Land stürmen, verbarrikadiert sich die politische Obrigkeit hinter Zäunen und Wassergräben.

Von DAVID BERGER | Der Graben um den Reichstag, der die Parlamentarier vor dem Volk schützen soll, wird nicht nur größer als gedacht, sondern die Bauarbeiten gehen – verglichen mit anderen Bauprojekten – auch deutlich schneller als gedacht, voran.

Fast 3 Meter tiefer Graben und 55 Meter lange Zäune

Die SZ schrieb schon im August 2020:

„Aha-Graben‘ nennen sie in der Bundestagsverwaltung das Bauwerk. Der Name leitet sich nicht von Abstand, Händewaschen, Atemschutzmaske ab – sondern davon, dass die Grube erst zu erkennen sein soll, wenn man direkt davorsteht. Und dass der erstaunte Betrachter dann „Aha“ sagt. Die Baukommission des Ältestenrates des Bundestags hat die Errichtung des Grabens bereits im Februar beschlossen.

Er soll über die gesamte Westseite des Gebäudes laufen. Dort liegt die Freitreppe, über welche die Demonstranten am Wochenende ins Parlament eindringen wollten. Rechts und links der Freitreppe sollen 55 Meter lange Zäune aufgestellt werden. Der Graben

Seite E 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

dazwischen soll 2,5 Meter tief und zehn Meter breit werden. Damit wäre die gesamte Westseite, und damit auch das Hauptportal des Reichstagsgebäudes, abgesichert.“

Berliner Graben statt Berliner Mauer

Nicht nur dass deutsche Spitzenpolitiker sich – im Unterscheid zu [anderen Politikern Europas](#) – kaum noch unter ihr Volk trauen können, ohne hinter einer Wand von Sicherheitsbeamten Schutz zu suchen und die Ohren vor den Pfuirufen und -piffen sorgsam zu verschließen, nun bauen sie auch noch eine mehr als zwei Meter tiefen „Burggraben“ um ihr Haus, um dort ungestört vor dem Volk, dem das Haus einmal gewidmet war, über dieses Volk zu entscheiden. Ein neuer „antifaschistischer Schutzwall“?

Dieser Artikel erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Demokratie lebt vom Wechsel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-28

23. November 2022

47. Jahrgang

Demokratie lebt vom Wechsel

Wenn immer dieselben regieren, wird es langweilig. Dass sich dieselben verschleifen können, ist nicht ausgeschlossen. Aber nur, wenn sie nicht in der Lage sind, sich selbst zu erneuern. 16-jährige Amtszeiten sind vollkommen inakzeptabel. Eine Beschränkung auf zwei Legislaturperioden in einer Funktion gibt es aber leider nicht.

In der Berliner SPD sind viele schon sehr lange in Amt und Würden. Auch bei Fraktionsvorsitzenden wäre eine Amtszeitbeschränkung sinnvoll. Aber, der 2021 gewählte Senat besteht weitestgehend aus neuen Leuten, allen voran die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey**. Aufmerksame Leserinnen und Leser dieses Newsletters wissen, dass wir sehr kritisch über Frau Giffey berichtet haben. Nun ist sie aber Regierende Bürgermeisterin und ihr gebührt Respekt. Sie ist in eine Zeit geraten, die sich niemand gewünscht hat, Stichwort Ukraine mit allen unangenehmen bis katastrophalen Folgen. Und zu all diesem Elend kommt jetzt auch noch eine Wiederholungswahl dazu. Die Umstände, die dazu führten, hat sie nicht zu verantworten. Und nach wie vor sind wir der Meinung, dass der Verfassungsgerichtshof ein Skandal-Urteil gefällt hat, weil er nicht nur in den beanstandeten Stimmbezirken, sondern in der ganzen Stadt nachwählen lässt. Siehe dazu auch den Artikel „Rücktritt“, www.paperpress-newsletter.de.

Politik ist weder Wunschkonzert noch Ponyhof. **Franziska Giffey** hat es nicht verdient, nach einem Jahr wieder abgewählt zu werden, so kann es aber kommen, es sei denn, die SPD besinnt sich ihrer Kampagnenfähigkeit und dreht die Sache um. Eine Fortsetzung der jetzigen Koalition unter Grüner Richtlinienkompetenz hat diese Stadt nicht verdient. Ginge es nach den Mitgliedern des **VBKI** (Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.), sähe der künftige Senat ganz anders aus.

„Bei einer Umfrage des VBKI kommt der jetzige Senat nicht gut weg: Fast die Hälfte der Firmenlenker würde CDU wählen.“, berichtet die **Berliner Morgenpost**. Nun ist der VBKI nicht gerade eine Vorfeldorganisation der SPD, sondern eher konservativ gestrickt, aber das Ergebnis der Umfrage, auch wenn es so nicht geschehene wird, ist zumindest interessant. Denn ginge es nach den Mitgliedern des VBKI

„könnten CDU und FDP nach der Wiederholungswahl im kommenden Februar ein bequemes Zweierbündnis schmieden. Laut einer aktuellen Umfrage würden gut 44 Prozent der Unternehmen die Christdemokraten wählen, die FDP käme auf für die Liberalen sagenhafte 23 Prozent.“ Das wäre eine Zweidrittelmehrheit. Schwarz-Gelb, besser als Grün, Rot, Rot.

„Lediglich ein Viertel der gut 1.000 befragten Firmenlenker würde seine Stimme der aktuellen Berliner Koalition geben: die SPD erhielte gut zwölf Prozent, die Grünen gut elf Prozent und die Linke etwa ein Prozent der Stimmen.“ Die Grünen und die Linke haben Berlin nicht erkennbar vorangebracht. Die SPD hat große Verdienste um das freie Berlin, von Anfang an, und später auch Senate, an denen CDU und FDP beteiligt waren. Bei aller Wertschätzung würde es der SPD nicht schaden, sich vom vielen Regieren für einige Zeit in der Opposition mal auszuruhen, um danach gestärkt wieder das Ruder zu übernehmen. Denn: Demokratie lebt vom Wechsel.

„Als die oberste Priorität, welche von den Parteien nach der Wahl angegangen werden müssten, votierten die VBKI-Mitglieder für eine großangelegte Verwaltungsmodernisierung.“ Seit 50 Jahren beobachte ich die Berliner Politik, und der Begriff „Verwaltungsreform oder Modernisierung“ ist in dieser Zeit gehäufig gefallen. Anstatt das Thema anzugehen, wurde es schlimmer, nicht allein, aber auch deswegen, weil man den Bezirken immer mehr Autonomie zugestand, ein Umstand, der nicht erkennbar zu einer besser funktionierenden Stadt beigetragen hat.

Ich halte wenig davon, immer wieder Hamburg als Vorbild für Berlin in Anspruch zu nehmen. Aber, die Bezirksstruktur ist dort effektiver. Die Bezirke werden an einer langen Leine gelassen, die aber jederzeit straff angezogen werden kann. Die 2. Bürgermeisterin **Katharina Fegebank** ist als Senatorin auch für die Bezirke zuständig. Die Bezirksbürgermeister, die in Hamburg Bezirksamtsleiter heißen, müssen nach ihrer Wahl durch die Bezirksversammlung vom Senat bestätigt werden.

Es soll also mal wieder eine Verwaltungsmodernisierung in Berlin stattfinden. Viel Spaß dabei, Senat plus zwölf Bezirke unter einen Hut zu bringen. Vorerst schließen viele Bürgerämter, weil sie sich um die Nachwahl kümmern müssen. Frei nach **Rainer Maria Rilke**: Wer jetzt keinen Standesamtstermin hat, heiratet auch nicht mehr. Wer jetzt keinen Totenschein hat, bleibt ewig am Leben.

Ed Koch

Seite E 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Österreich (Seite E 88)

Keine Berichte!

Seite E 89 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Südtirol (Seite E 89)

Keine Berichte!

Seite E 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

S c h w e i z (Seite E 90)

Keine Berichte!

T s c h e c h i e n (Seite E 91)

01) 33 Jahre „Samtene Revolution“: Slowakische Präsidentin in Prag

Die slowakische Staatspräsidentin **Zuzana Čaputová** ist gestern nach Prag gekommen. Wie im vergangenen Jahr hat sie am Vorabend des tschechischen Staatsfeiertags an Veranstaltungen zur Erinnerung an den Beginn der Samtenen Revolution von 1989 teilgenommen. In Prag waren am 17. November des Jahres Studenten auf die Straße gegangen. Als die friedliche Kundgebung niedergeknüppelt wurde, war dies der Startschuss für den Sturz des kommunistischen Regimes.

Am Mittwoch wurde Čaputová zunächst von ihrem tschechischen Amtskollegen **Miloš Zeman** empfangen. Im weiteren Verlauf des Tages wird die slowakische Präsidentin unter anderem zusammen mit Hochschülern der Prager Karlsuniversität diskutieren und auf der Nationalstraße / Národní třída einen Blumenstrauß niederlegen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 142, 2022

Wien, am 17. November 2022

Ungarn (Seiten E 92 – E 104)

02) Viktor Orbán und der „Schal des Schreckens“

Der Schal, den Ungarns Ministerpräsident **Viktor Orbán** beim Fußball-Länderspiel gegen Griechenland letzten Sonntag trug, versetzte die umliegenden Länder in Angst und Schrecken. Es handelt sich um einen Schal, das eine historische Karte des Königreich Ungarn zeigt.

Im Gegensatz zu einem Schal und zu von Orbán nie auch nur angedeuteten revisionistischen Gedanken spüren die in der Slowakei lebenden Ungarn bis heute durch die **Beneš-Dekrete**, die von der Kollektivschuld der Ungarn ausgehen, wohin „Gefühle und Pläne“ führen können...

[Hier geht es zum Bericht von „Ungarn heute“.](#)

<https://ungarnheute.hu/news/der-schal-des-schreckens-ein-schal-als-bedrohung-fuer-die-territoriale-integritaet-44216/>

Der Schal des Schreckens – Ein Schal als Bedrohung für die territoriale Integrität

[Eszter Grifatong](#) 2022.11.23.



Der Schal, den Viktor Orbán beim Fußballspiel Ungarn gegen Griechenland letzten Sonntag trug, versetzte die umliegenden Länder in Angst und Schrecken. Es handelt sich um einen Schal, das eine historische Karte des Königreich Ungarn zeigt.

Auf dem Schal war Ungarn in seinen Grenzen vor 1920 abgebildet – also bevor 2/3 des Territoriums sowie auch ein Großteil der Bevölkerung im Zuge des 1. Weltkrieges abgespalten wurden – und deutet somit laut einigen Politikern und Medien klar auf Orbáns revisionistischen Gedanken hin.

Seite E 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Politiker aus Österreich, Rumänien, der Slowakei und der Ukraine – allesamt Länder, die von den territorialen Verlusten Ungarns nach dem Krieg profitierten – drückten rasch ihre Meinung aus.

Der Sprecher des österreichischen Außenministeriums meinte schnippisch,

sie werden ihre „ungarischen Nachbarn bei nächster Gelegenheit über diese Entwicklung informieren“, dass „Transleithanien nur in Karten von vor rund 100 Jahren gefunden wurde“.

In Rumänien reagierte man unterschiedlich heftig: während laut dem Außenministerium „jegliche Form revisionistischer Äußerungen inakzeptabel“ ist, hat Orbán laut einer rumänischen Tageszeitung Transsylvanien sogar gleich annektiert! Revisionismusgedanken sind jedoch eher beim Fall des von rumänischen Nationalisten verwüsteten, ungarischen [Militärfriedhofs](#) in Úzvölgye, Rumänien, erkennbar.

Der slowakische Außenminister Rastislav Káčer schrieb auf seiner privaten Facebook-Seite: „Jeder, der mich gut kennt, weiß, dass wir noch nie einen Außenminister hatten und noch lange nicht haben werden, der eine so positive Einstellung zu unserem Uhersko-Erbe (auf Slowakisch ist Uhersko ein eigenes Wort für das historische Ungarn und Maďarsko für das heutige Ungarn) und unserer gemeinsamen Geschichte hat. Womit ich ein Problem habe, und ich zögere nicht, dies zu sagen, ist die Art und Weise, wie sich die Regierung unseres Nachbarlandes verhält“.

Gleichzeitig verurteilte Káčer, ein langjähriger politischer Gegner des ungarischen Premierministers, jedoch Orbáns Schal und stellte klar, dass „Irredentismus und Revisionismus in unseren Beziehungen keinen Platz haben. Wir haben 1939 gesehen und wir sehen heute in der Ukraine unter der russischen Aggression, wohin diese Gefühle und Pläne führen“. Abschließend bezeichnete er die Geste als „geschmacklos und schmutzig“ und stellte fest, dass sie zwar keine diplomatische Sprache sei, aber „doch etwas zählt“.

Im Gegensatz zu einem Schal und zu von Orbán nie auch nur angedeuteten revisionistischen Gedanken spüren die in der Slowakei lebenden Ungarn bis heute durch die Benes-Dekrete, die von der Kollektivschuld der Ungarn ausgehen, wohin „Gefühle und Pläne“ führen können.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 145, 2022

Wien, am 24. November 2022

03) „Spielen, um zu gewinnen“: Orban als Beispiel für erfolgreiche rechte Politik

Von LÁSZLO BERNÁT VESZPREMY

26. 11. 2022



Welche Lektionen kann Ungarn anbieten und was missverstehen die Franzosen an Ungarn? Diese Fragen diskutiert Thibaud Gibelins in seinem neuem Buch „Playing to Win“.

Zur richtigen Zeit am richtigen Ort, oder zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein?

Was führt dazu Teil der Geschichte zu sein? Bedeutet es Fluch oder Segen, wenn das Schicksal uns eine Rolle zuweist, die von der Nachwelt als bedeutsam angesehen wird? Ist der Mensch überhaupt in der Lage, die Geschichte zu prägen, oder prägt die Geschichte den Charakter?

Orbans Rolle in der Geschichte der Visegrad-4-Staaten

Aus dieser Perspektive untersuchte der französische Historiker Thibaud Gibelin (dessen Buch soeben auf Ungarisch erschien) die Rolle von Viktor Orbán in der jüngeren Geschichte der Visegrad-Staaten und Europas.

Boris Kálnoky, Leiter der Media School an der Mathias-Corvinus-Universität, meinte in seiner Laudatio, dass der Gibelin tiefer gehe als nur eine oberflächliche Darstellung der ungarischen Politik zu bieten. Der Autor bietet dem französischen Leser eine Präsentation Ostmitteleuropas, um so die historischen Wurzeln der Visegrad-4-Staaten oder die Mentalität der ehemaligen kommunistischen Länder verstehen zu können.

Westliche Politiker missverstehen den russisch-ukrainischen Krieg

Dies sei besonders wichtig auch deshalb, weil der russisch-ukrainische Krieg auch aufzeige, wie sehr westliche Politiker auf diesem Gebiet keine Ahnung haben.

Laut Gibelin ist Orban im heutigen europäischen Diskurs führend, weil er nicht nur auf politischer, sondern auch auf ideologischer Ebene auftritt.

„Endzeit des westlichen Progressivismus“

Was wir heute erleben, ist die Endzeit des westlichen Progressivismus. Denn dieser sogenannte Fortschritt sei sowohl gefährlich für unsere Kultur, als auch für unser geistiges Leben. Nicht nur wären unsere demografischen oder wirtschaftlichen Indikatoren schwach, sondern alles stelle auch eine intellektuelle Degradierung dar. Und gerade aus diesem Grunde interessierten sich führende konservative westliche Denker für Ungarn: weil sie unser Land als ein intellektuelles Schlachtfeld betrachten.

„Als Franzosen verstehen wir falsch, was hier vor dreißig Jahren passiert ist“

Denn das französische Narrativ denkt, dass die Sowjetunion wegen des mutigen Kampfes der französischen und anderer westlicher Gesellschaften gefallen wäre. Das sei aber nicht wahr: Denn es ignoriere den Widerstand der slawischen und baltischen Völker, sowie der Ungarn, die den Kommunismus erschöpft haben. Aus diesem Grund also hätten vor allem diese Nationen mit ihren nationalen Identitäten gewonnen.

Auf diesem Trugschluss aufbauend, glaubten die Franzosen fälschlicherweise, die Osteuropäer würden definitiv in die westlichen Konsumgesellschaften eintreten.

„Wir können uns kein europäisches Land vorstellen, das nicht multikulturell ist.“

So wollten sie, dass Europa uniform ist: dass alle Länder gleich aussehen. Deshalb auch wolle sich die heutige französische Mentalität nicht vorstellen, dass ein Nationalstaat in Europa überleben kann. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg amerikanisierte sich Frankreich nicht einfach nur, sondern es löschte seine Identität vollständig aus.

Laut Gibelin sei die größte Lektion, welche Ungarn erteilen könne: Dass es möglich sei, als indigenes europäisches Volk zu leben und zu überleben.

Während nämlich die westlichen Gesellschaften in einigen Jahren vor ernsthaften Herausforderungen stehen würden, könne Ungarn jahrzehntelang ein stabiles Land bleiben und unser europäisches Erbe bewahren. – „Das ist für mich als Franzose besonders wertvoll.“ Deshalb müssten die Franzosen Ungarn heute große Aufmerksamkeit schenken. Denn: „Hier existiert eine politische Zukunft, die wir als unsere eigene Zukunft anerkennen müssen“ – glaubt der Forscher.

Was geschah während der Migrationskrise? Brüssel konnte einfach nicht damit umgehen, dass der ungarische Nationalstaat die Flüchtlingswelle eindämmen konnte, weil er sich einfach an das Gesetz gehalten hat.

Orban als erfolgreicher rechter Politiker

Niemand wollte damals in Frankreich glauben, dass Orban 2018 wiedergewählt werden könnte. So war es auch schockierend für die Franzosen, dass Orban nach einer Migrations-

und der Soros-Kampagne Erfolge erzielen konnte. Denn die ungarischen Wähler hatten ihre Führer nicht ersetzt, sondern belohnten sie mit einer weiteren zwei Drittel-Mehrheit. Teilweise versucht Gibelin den Lesern dieses Phänomen erklären: Wonach es in der Tat eine andere europäische Politik gäbe, welche erfolgreich sein kann.

In Frankreich war das Buch ein Erfolg, und viele französische Konservative akzeptieren, dass Orban eine Lösung für ein Problem ist, so wie auch Trump eine solche Wirkung ausgeübt hatte. Doch könnten viele Menschen keine positiven Gefühle gegenüber Orbán verstehen. Die Linke hat das Buch einfach verschwiegen, da sie die Möglichkeit, falsch zu liegen, völlig ablehnt: In ihrem Stolz glauben sie, dass sie eine universelle Moral und Wahrheit repräsentierten. „*Sie wollen dich nur belehren.*“

„Zukunft Europas“

Máté Botos stellte klar, dass das Buch die Menschen spalten würde. Doch sei nicht der Titel des Buches entscheidend, da es nicht nur um Orbán geht, sondern um die Zukunft Europas.

Apropos Zukunft Europas: Auf die Frage des Moderators erklärte Áron Máthé, dass die Situation der EU erschüttert werden könne und diese finanziell auf einen Zusammenbruch zusteuere und dass ihre Bedeutung in Zukunft sicherlich abnehmen werde. In naher Zukunft könnten sogar neue Konflikte in Europa ausbrechen, zum Beispiel in Südeuropa, auf dem Balkan. Wenn Mitteleuropa seine eigene Welt aufbauen und sich von der Welt von Facebook und Google lösen wolle, dann können wir überstehen – schloss der Historiker.

Der Beitrag erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem ungarischen Kooperationspartner. Er wurde von UNSER MITTELEUROPA leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Orban der begnadete Provokateur: Schal mit Großungarn +UPDATE 22.11.+ Reaktionen: Wut, Emotion, oberlehrerhaft.

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

22. 11. 2022



+++UPDATE 22.11.2022+++

Viel Rauch um nichts

Eines muss man Orban lassen...: Mittels eines kleinen Mode-Accessoire hat er wieder einmal gewaltige politische Reaktionen und mediale Aufmerksamkeit erreicht:

Österreich: ober-lehrer-haft

Das österreichische Außenministerium versuchte es mit geheuchelter Drübersteher-Arroganz:

„Ein kurzer Blick auf die historischen Karten bestätigte die ursprünglichen Vermutungen, dass Translajtanien (das Königreich Ungarn) vor etwa hundert Jahren aufhörte zu existieren. Wir werden unsere ungarischen Nachbarn über diese Entwicklung informieren – so schnell wie möglich“.

Ukraine: „Revisionismus“

Am schärfsten reagierte naturgemäß die Ukraine: Der Sprecher des Außenministeriums, Oleh Nikolenko, schrieb auf Facebook:

„Die Verbreitung revisionistischer Ideen in Ungarn trägt nicht zur Entwicklung der ukrainisch-ungarischen Beziehungen bei.“

Deshalb warte man auf „eine förmliche Entschuldigung von ungarischer Seite und ein Bekenntnis zur territorialen Integrität der Ukraine“. Darüber hinaus sei der ungarische Botschafter in Kiew, István Íjgyártó, ins ukrainische Außenministerium einbestellt worden.

Rumänien: „Annexion“

Rumänien reagierte besonders subtil, im Vergleich zur Größe der Fläche, die das Land nach Trianon erhielt. In einer Erklärung schrieb das rumänische Außenministerium, dass es „jede Form revisionistischer Manifestation“ für inakzeptabel halte, weil sie „der Realität widerspreche“.

Die rumänische Presse reagierte teils panisch. Die Tageszeitung Adevărul schrieb: „Orbán annektierte Siebenbürgen.“

Kroatien lacht

Ministerpräsident Andrej Plenković sagte:

„Was Schals betrifft, habe ich sie nicht gesehen und ich möchte mich nicht mit den Schals anderer Leute befassen. Was territoriale Ansprüche gegen Kroatien betrifft, die irgendjemanden, einschließlich Ungarn, betreffen, so sind sie absolut inakzeptabel, für uns ist dies keine Option.“

Auch Präsident Zoran Milanović sah in dem Schal keine existenzielle Gefahr für sein Land und sagte:

„Ich kann darüber nur lachen, von den Nachbarländern ist Ungarn immer noch das Beste“.

Slowakei: „Irredentismus“

Die emotionalste Reaktion lieferte der slowakische Außenminister Rastislav Káčer auf [Facebook](#). Káčer war der erste, der auf das ungarische Erbe vertraute:

„Jeder, der mich gut kennt, weiß, dass wir es nicht hatten, und für eine lange Zeit wird es keinen Außenminister geben, der eine so positive Haltung gegenüber unserem Erbe und unserer gemeinsamen Geschichte in Uhersko einnehmen würde (im Slowakischen gibt es ein spezielles Wort, Uhersko, welches sich auf das historische Ungarn und in einem separaten Wort, Maďarsko, die Gegenwart, die Anm. d. Red.). Womit ich ein Problem habe, und ich mache mir nicht einmal die Mühe, es zu sagen, ist die Art und Weise, wie sich die Regierung unseres Nachbarn verhält.“

Dann erweiterte der Außenminister alles mit einer schönen Familiengeschichte:

„Meine Großmutter hat mir einmal gesagt: ‚Weißt du, Rastik, ich bin Slowakein, aber ich war immer ein stolzes Uhersko-Mädchen.‘“

Gleichzeitig verurteilte Káčer jedoch Orbans Schal und machte deutlich:

„Was in unserem Verhältnis keinen Platz hat, ist Irredentismus und Revisionismus. Wohin diese Gefühle und Pläne führen, ist das, was wir 1939 gesehen haben und wir sehen es heute in der Ukraine während der russischen Aggression.“

Schließlich beschrieb er die Geste als „geschmacklos und Mist“ und stellte fest, dass diese Ausdrucksweise „vielleicht keine diplomatische Sprache ist, aber ‚es ist wichtig‘.“ Den letztgenannten Satz schrieb er auf Ungarisch und bezog sich auf die Tatsache, dass er auch in einem Facebook-Video von Viktor Orbán erwähnt wurde.

Dieser Artikel verwendet Auszüge von [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der Medienkooperation.

ERST-Artikel 12:03

„Umstrittener Schal bei Fußballspiel provoziert mit Verweis auf größeres Ungarn“

– titelte der [Spiegel](#).

Der ungarische Ministerpräsident Orban hat es wieder geschafft...: Mit einem beiläufigem historischen Understatement, sich selbst und eine Provokation in Szene zu setzen:

Was war passiert? Hatte sich doch Orban tatsächlich „bei einem Fußballspiel mit einem Schal gezeigt, auf dem die Grenzen des früheren Königreichs Ungarn abgebildet sind. Sie umfassen Teile mehrerer EU-Länder und der Ukraine.“ – soweit die nüchterne Analyse.

Doch genau das bringt Linke und historisch politisch korrekte Blätter auf die Palme: „Orban hat erneut mit einem Verweis auf ein größeres Ungarn provoziert.“ Denn auf dieser Ungarnkarte waren „Teile der EU-Länder Österreich, Slowakei, Rumänien und Kroatien zu sehen. Hinzu kamen Regionen des heutigen Serbiens und der Ukraine.“

(Historische Anmerkung: Bis zum Ersten Weltkrieg und dem Friedensvertrag von Trianon – 1920 -gehörten diese Gebiete zum ungarischen Königreich.)

„Fußball ist keine Politik“

Auf seiner Facebook-Seite reagierte Orban auf die Kritik und wies sie zurück:

„Fußball ist keine Politik. Lasst uns nicht etwas sehen, was nicht da ist. Die Nationalmannschaft gehört allen Ungarn, egal wo sie leben!“, so der patriotische Regierungschef.

Ziel erreicht: „Provokationen seit Jahren“ (Spiegel)

Etwas ratlos reagiert der SPIEGEL ob des Unbelehrbaren: Wäre es doch „nicht das erste Mal, dass Orbán mit einem Verweis auf ein größeres Ungarn Empörung auslöst.“ So etwa 2020, als er eine Weltkugel mit den Grenzen des ungarischen Königreichs vor dem Ende des Ersten Weltkriegs postete. Was umgehend insbesondere in Kroatien und Rumänien für Irritationen sorgte.

So auch dieses Mal: Das rumänische Außenministerium etwa drückte diesbezüglich seine Missbilligung aus: Die Rumänen halten „jede Form revisionistischer Manifestation für inakzeptabel, weil sie glauben, dass sie der Realität widerspricht“. ([vadhajtasok](#))

Und auch der bekannt ungarnefeindliche Daniel Freund sprang auf den, im Bahnhof auf ihn wartenden Zug der geheuchelten Empörung auf.

Daniel Freund

[@daniel_freund](#)

· [Folgen](#)

The Prime Minister of Hungary - wearing a scarf with the map of Greater Hungary. How reassuring for Hungary's neighbors.

https://twitter.com/daniel_freund/status/1594667714693718016?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1594667714693718016%7Ctwgr%5E36481f326a36020b956d219ec68f57ffd71cecf1%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Forban-der-begnadete-provokateur-schal-mit-grossungarn%2F

Hier das gesamte Video mit Orban:

<https://unser-mittleuropa.com/orban-der-begnadete-provokateur-schal-mit-grossungarn/>

Worauf will Orban hinweisen? – „112 Jahre Trianon: Das zerbrochene Schweigen“
(UM [berichtete](#))



Vor 101 Jahren trat der Friedensvertrag von Trianon in Kraft: Ungarn verlor dadurch drei Fünftel seines Staatsgebietes und mehr als 60 Prozent seiner Bevölkerung: „Das Diktat war ein Todesurteil. Es gibt keine Nation, die einen solchen Blutzoll überlebt hat.“ (Ministerpräsident [Orbán](#)) Selbst linke Leitmedien stimmen dieser Aussage zu: „Die Siegermächte zerstückelten das ungarische Königreich regelrecht, kein anderes Land wurde territorial und demografisch derart hart bestraft: ...Fast jede ungarische Familie wurde damals zerrissen.“ ([Spiegel](#))

Und das, obwohl der ungarische Ministerpräsident Tisza gegen den Krieg gewesen war. Das jetzt in Budapest errichtete Trianon-„[Denkmal](#) der nationalen Zusammengehörigkeit“ erinnert an Holocaust-Gedenkstätten: „Eine 100 Meter lange Steinrampe, vorbei an den Namen aller Ortschaften des einstigen Königreichs Ungarn, führt zum ewigen Feuer herunter, das ein mächtiger Quader umgibt. Tiefe Risse stehen für die Staaten, die seit 1920 auf dem Gebiet entstanden sind.“ ([NZZ](#))

Linke Politeliten verhöhnen aber das ungarische Volk abschätzig mit „ungarischer Reichsnostalgie“ ([Spiegel](#)): „Während überall anderswo die politische Neuordnung des Kontinents nur noch Gegenstand akademischer Diskussionen ist.“ ([Spiegel](#)) – Dahinter versteckt sich ost-rassistischer Anti-Magyarismus.

Heute leben in den Trianon-Nachfolgestaaten ca. 2,4 Millionen Ungarn,[1] bei einer Gesamtbevölkerung Ungarns von ca. 9,8 Millionen entspricht das einem Fünftel. Man stelle sich vor: In den Nachkriegs-Nachbarstaaten (von Österreich mit 9 Millionen Einwohner und Deutschland mit 83 Millionen) würden noch 18 Millionen Deutschsprachige leben...

Für beide Länder ist der Pariser Diktatfriede eben nur mehr tote Geschichte.

1921 wurde das Burgenland nachträglich wieder Österreich zugeschlagen. Der Verlust Ödenburgs /Soprons wird heute noch beklagt: „Das Burgenland verlor damit seine Hauptstadt, Österreich einen Verkehrsknotenpunkt und Wien seinen ‚Gemüsegarten‘. Nach dem Verlust Südtirols ... war dies nun der vorerst letzte Tiefschlag.“ ([Die Presse](#) – 2011)

Seite E 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in allen Nachfolgestaaten des Diktatfriedens zu ethnischen Säuberungen an den Deutschen (in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn). Nach der Wende 1989 verließen auch die Siebenbürger Sachsen in Rumänien ihre Heimat. Auch Südtirol (mit einer österreichischen Minderheit von rund. 314.600) ist damit nicht wirklich vergleichbar: 1960 brachte der österreichische Außenminister Kreisky die Südtirol-Frage vor die UNO. Seither hat sich das Land ein starkes Autonomierecht erkämpft.

Der ungarischen Minderheit in den Trianon-Nachfolgestaaten wurde bisher das Selbstbestimmungsrecht verwehrt, und zwar in doppelter Weise: von den nationalen Regierungen und von der EU, die dieses Unrecht ignoriert. (Der Inhalt des letzten Absatzes ist ein Auszug aus: „Trianon: Das zerbrochene Schweigen“ von Elmar Forster).



Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter ungarn_buch@yahoo.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Linke EU-Eliten toben: Ungarn soll blockierte EU-Gelder erhalten
Ein Kommentar von unserem Ungarn-Korrespondenten.

Von ELMAR FORSTER

18. 11. 2022



Beim heutigen Treffen der „EU-Minister für europäische Angelegenheiten“ in Brüssel soll erörtert werden, ob Ungarn seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre, um die bisher blockierten EU-Mittel zu erhalten.

Obwohl zwar die endgültige Entscheidung jetzt noch nicht getroffen wird, bestätigten EU-Beamte gegenüber [Reuters](#) und [Politico](#): Brüssel werde die Sperrung von 7,5 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbauprogramm noch in diesem Jahr aufheben.

EU versucht ihr Gesicht zu wahren

Die offizielle EU-Sprachregelung („Sie werden das Geld bekommen, aber zu ernsthaften Bedingungen“- laut einem EU-Beamter gegenüber Reuters) bezieht sich dabei auf die von der ungarischen Regierung eingeforderten 17 Maßnahmen, womit jene kontinuierlich auf die Kritik des EuGH reagieren wird. Wie es in dem Papier heißt, würden die Gelder transferiert, sollte aber Brüssel Probleme bei der Umsetzung von Reformen sehen, könnten in Zukunft Gelder zurückgehalten werden.

Brisante Entscheidungsfindung

Laut jetzigem Stand soll die Entscheidung über die Erfüllung der Verpflichtungen der ungarischen Regierung am 29. oder 30. November getroffen werden. Danach müssen aber auch noch die EU-Finanzminister am 6. Dezember zustimmen. Tibor Navracsics, ungarischer Minister für EU-Ressourcen diesbezüglich: „Wir hoffen, dass sich die EU-Kommission eher auf Fakten als auf politische Meinungen konzentriert und den Umsetzungsprozess bewertet.“ – wie er mit subtiler Ironie lancierte.

„Geiseldiplomatie“: EU knickt vor Orban ein

Politico hingegen bezeichnete die derzeitige Situation als „Geiseldiplomatie“ und behauptete: Ungarn weigere sich, für globale Mindest-Unternehmenssteuern und für das 18-Milliarden-Euro-Soforthilfepaket für die Ukraine zu stimmen, um so Brüssel zur Überweisung der ihm zustehenden EU-Mittel zu bewegen.

Mit anderen Worten: Der ungarische Ministerpräsident Orban hat der EU vorgeführt, wie stark auch ein kleines EU-Land mit Hilfe seiner Veto-Macht gehen kann. Und hat damit die EU vorgeführt. Das dürfte sicherlich nicht ohne politische Folgen bleiben und gleichzeitig den Erosionsprozess eines jetzt schon angeschlagenen, westlich orientierten EU-Zentralismus beschleunigen. Denn: Obwohl sich Polen unterwürdig bemüht hat, die EU-Forderungen zur sogenannten „Justiz-Reform“ zu erfüllen, verweigert die EU nach wie die Auszahlung der Gelder an Polen.

Und auch das Brüsseler Papier verweist in diesem Sinne darauf: Dass viel auf dem Spiel stehe, weil die EU ihr Gesicht verlieren könnte, wenn sie Kiew den versprochenen Betrag nicht auszahlen könnte.

Brisanter Entscheidungsprozess

Und in der Tat ist die Entscheidung vom 6. Dezember mehr als sensibel: Müssen doch die anwesenden EU-Finanzminister gleichzeitig über das EU-Ukraine-Hilfspaket und aber auch über die EU-Gelder an Ungarn abstimmen. Daher wäre laut Politico sogar die Reihenfolge, in der die Minister über Tagesordnungspunkte entscheiden von enormer Bedeutung. Was eigentlich nichts anderes bedeutet: Dass man – aus ungarischer Sicht – dem Wort der EU erst dann trauen kann, wenn zuerst der Freigabe der Ungarn-Gelder zugestimmt werden wird. – Nicht gerade eine vertrauensvolle Basis für eine Zusammenarbeit.

Vorsichtiger Optimismus aus ungarischer Sicht

Nach den bisher durchgesickerten Informationen dürften aber die Hoffnungen von Tibor Navracsics Wirklichkeit werden: Dass Ungarn nämlich das Geld bekommt, das ihm in Wirklichkeit von der EU nur geschuldet ist.

EU-Linke tobt

Vor allem ultra-links-liberaler Kräfte verfluchen also schon jetzt den Moment der Abstimmung und beschuldigen Ursula von der Leyen öffentlich eines „massiven Fehlers“, welcher „katastrophale Konsequenzen für die europäische Demokratie“ hätte. – Eine typisch links-totalitäre neo-Orwellsche Wirklichkeits-Verengung.

Zwar würde in der EU-Kommission immer noch viel diskutiert werden. Allerdings: Unabhängig von der Ministerentscheidung wird sich aber an dem Ergebnis wohl nichts mehr ändern.

Wie reagiert der Finanzmarkt?

Trotz der durchgesickerten grundsätzlich positiven Informationen für Ungarn bewegte sich der Euro-Forint-Wechselkurs vorerst aber (noch) nicht wesentlich. Dies könnte auf zwei

Seite E 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Dinge hindeuten: Einerseits warten Marktteilnehmer wohl auf eine definitive Ankündigung; andererseits könnte der Finanzmarkt aber das oben genannte Ergebnis bereits in den aktuellen Wechselkurs des Forint eingepreist haben.

Dieser Artikel bezog wesentliche Basisinformationen von [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 105– E 109)

01) Sind bereits zwei Drittel der NATO-Waffenbestände erschöpft?

27. 11. 2022



Nur Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande sollen noch in der Lage sein, zu liefern

Die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) schreibt unter Berufung auf die [New York Times](#): Bereits zwei Drittel der Nato-Staaten hätten ihre Möglichkeiten für Waffenlieferungen an die Ukraine bereits ausgeschöpft.

Die Situation soll vor allem in polnischen und baltischen Waffenlagern besonders schwierig sein. insgesamt sollen Waffen für 40 Milliarden Dollar an die Ukraine geliefert worden sein, was mit dem jährlichen Militärbudget Frankreichs vergleichbar ist.

Zwanzig der dreißig Mitgliedstaaten hätten bereits ihre Lagerbestände bei nahezu Null.

Nur mehr zehn Länder könnten noch Waffen liefern. Dazu gehören Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem Medienkooperationspartner.

Anmerkung:

Interessant auch, dass man auch im Westen vor wenigen Wochen lesen konnte, dass den Russen die Raketen ausgingen. Historisch betrachtet wurden die Kriege im vorigen Jahrhundert nie durch mangelnde Waffen beendet. Eher traten da Energie- und Personalprobleme auf, beispielsweise bei der Wehrmacht in der Endphase des Weltkrieges.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Steht die Ukraine vor dem Zusammenbruch?

22. 11. 2022



Eine Explosion in der ukrainischen Hauptstadt Kiew: Dieses Bild verbreitete das Präsidentialamt der Ukraine.

Von REDAKTION | In den Mainstream-Medien wird immer noch mantraartig behauptet, dass die Ukraine dabei ist, den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Mit dieser absurden Behauptung sollen die Bürger Europas in der Frage der Russlandsanktionen bei der Stange gehalten werden, um die Folgen dieser Sanktionen weiter zu erdulden. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus.

Der Abschuss zweier Raketen in Richtung Polen durch die ukrainische Armee war eine Operation unter falscher Flagge des Selenskij Regimes. Man wollte den Beschuss Polens Russland in die Schuhe schieben. Zwei Raketen fliegen nicht gleichzeitig irrtümlich in die falsche Richtung!

Nicht einmal die vom Westen erfundene Ausrede, dass die Ukraine eigentlich russische Raketen abschießen wollte, wurde von den Ukrainern „übernommen“. Bis zuletzt besteht man darauf, dass die beiden Raketen auf Polen von den Russen abgefeuert wurden. (Von der zweiten Rakete hört man übrigens nichts mehr.) Die westliche Ausrede wird als „russische Verschwörungstheorie“ bezeichnet (siehe gleich hier unten).



Übersetzung des Tweets:

„Russland verbreitet nun eine Verschwörungstheorie, dass es angeblich eine Rakete der ukrainischen Luftabwehr war, die auf die polnische Theorie fiel. Das ist nicht wahr. Niemand sollte russische Propaganda abkaufen oder ihre Botschaften verstärken. Diese Lektion sollte seit dem Abschuss von #MH17 längst gelernt worden sein.“

„Kiew wollte den Dritten Weltkrieg, aber keiner ging hin“

Man kann es nur noch als Verzweiflungstat betrachten. Motiviert wurde diese Irrsinnstat durch die Tatsache, dass der Zusammenbruch der Ukraine nur noch eine Frage der Zeit ist und nur durch ein direktes Hereinziehen der NATO in diesen Konflikt Hoffnung auf Besserung besteht. Der russische Blogger Juri Podoljaka erklärte dazu: Kiew wollte den Dritten Weltkrieg, aber keiner ging hin! Bloß die verrückte westliche Mainstream-Presse jubelte bereits über den Beginn des dritten Weltkrieges!

Man kann die Verbitterung Selenskijs sogar ein wenig verstehen: der „Westen“ hat ihn in diese Situation mit falschen Versprechungen hinein gelockt. Er wollte am zweiten Kriegstag Russland die Neutralität der Ukraine anbieten, was diesen Krieg blitzartig beendet hätte. Er wurde jedoch von Boris Johnson davon überzeugt, diesen Krieg mit westlicher Hilfe bis zum sicheren Sieg durchzustehen. Die Hilfe kam, jedoch reicht sie nicht zum Sieg. Die Hilfe reicht nicht einmal, um die Existenz der Ukraine zu sichern. Bis dato sind etwa 15 Millionen Menschen aus der Ukraine in westliche Länder geflüchtet. Hinzu kommen jene beinahe 5 Millionen Flüchtlinge, die nach Russland geflüchtet sind.

In Summe sind also etwa die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung geflüchtet. Man kann getrost davon ausgehen, dass die Flüchtlingsströme aus der Ukraine im kommenden Winter nicht abebben werden. Der italienische Verteidigungsminister befürchtet bis zu 10 Millionen zusätzlicher Ukraine Flüchtlinge. Im kommenden Frühjahr werden die ukrainischen Truppen ein weitgehend leeres Land verteidigen, falls sie das überhaupt noch können. Die Grund hierfür liegt auf der Hand:

Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur zeigt Wirkung

Die wirksame Zerstörung der ukrainischen kritischen Infrastruktur durch die russische Armee ist nicht zu stoppen. Bis dato sind 40 Prozent der ukrainischen Stromversorgung ausgefallen. Spätestens zu Weihnachten wird der Strom in der Ukraine flächendeckend ausfallen. Eine angemessene Luftabwehr ist nicht verfügbar und kann auch nicht schnell

installiert werden. Spätestens wenn der Strom in der Ukraine ausgeschaltet ist, funktioniert in diesem Land gar nichts mehr. Insbesondere werden die Raffinerien nicht mehr arbeiten können, die den von der ukrainischen Armee dringend benötigten Treibstoff produzieren sollen. Diese Einrichtungen können auch direkt zerstört werden. Ohne Treibstoff und ohne Kommunikation bleibt der ukrainischen Armee nur noch die Kapitulation, egal wie die Lage an der Front ist.

Pyrrhussieg in Cherson

Derzeit läuft es vor allem im Donbass für die Ukrainer nicht gut. Die russische Armee hat dort wieder die Initiative ergriffen. Die „Eroberung“ Chersons war ohnedies nur ein Pyrrhussieg. Die nicht ausreichend versorgten russischen Truppen am Westufer des Dnjeprs werden jetzt an anderer Stelle wesentlich effizienter eingesetzt. Dieser taktische Rückzug war lediglich eine Frage der militärischen Ökonomie. Die Stadt wird sehr bald ohne einen Schuss zurückerobert werden.

USA wollten keine direkte Konfrontation mit Russland

Die Reaktion der USA auf den Terrorangriff der Ukrainer auf Polen waren für die Ukraine alles andere als ermutigend. Dank eines polnischen Fotografen, der die Raketentrümmer sofort dokumentierte, war der ukrainische Ursprung des Geschosses nicht mehr zu leugnen. Auch aus „satellitengestützten Aufklärungsdaten“ der USA sei klar geworden, dass die Rakete „offenbar von der Ukraine abgeschossen wurde“, erklärte CNN. Aber auch bevor dieser Beweis an die Öffentlichkeit drang, verhielt sich die NATO-Führung auffällig zurückhaltend. Laut CNN hätte Biden bis jetzt sogar ein von Selenskij gefordertes Telefonat vermieden.

Der Gründe dafür sind auch offenkundig: die NATO hat der Ukraine bereits alle ihre verfügbaren Reserven geschickt. Nach Angaben von US-Beamten, die mit CNN sprachen, sehe das Pentagon nach neun Monaten der Finanzierung der Feindseligkeiten seine Vorräte „schwinden“. Nach Angaben des Fernsehsenders CNN stehe die USA kurz vor der Erschöpfung ihrer Lieferkapazitäten für bestimmte Waffen an die Ukraine, darunter Granaten für 155-Millimeter-Artilleriesysteme. Die US-Industrie habe keine Zeit, die Waffenarsenale wieder aufzufüllen.

Machtverschiebung im Repräsentantenhaus könnte Kriegsende beschleunigen

Ein Nato-Einsatz in der Ukraine könnte die Kapitulation der ukrainischen Armee nur mehr verzögern und das zum Preis eines Weltkrieges. So verrückt ist man nicht einmal in der NATO. Hinzu kommt die Machtverschiebung im amerikanischen Repräsentantenhaus zu Gunsten der Republikaner. Diese haben bereits angekündigt, dass sie den Ukrainekrieg nicht länger unterstützen wollen. Biden würde mit einem direkten Eingreifen in den Ukrainekonflikt nur Trump in die Hände arbeiten.

Lediglich die EU will die Ukraine weiter hin mit gedrucktem Geld unterstützen. Bisher wurden 75 Milliarden in der Ukraine versenkt. Somit wird die Ukraine ein weiterer Sargnagel für die EU selbst!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) US-Generalstabs-Chef: „Unwahrscheinlich, dass die Russen aus der Ukraine vertrieben werden“

17. 11. 2022



Der US-Generalstabs-Chef Mark Milley sprach auch von einer politischen Lösung:

Indem er es nicht für wahrscheinlich hält, dass die Ukrainer in der Lage sein werden, die Russen vollständig zu verdrängen – wie Milley auf einer Pressekonferenz in Washington anmerkte. ([BBC](#))

Wenn sich der Sieg der Ukrainer danach richten soll, ob letztere die Russen in naher Zukunft aus dem gesamten Territorium der Ukraine (einschließlich der Krim) vertreiben können, wäre die Wahrscheinlichkeit dafür nicht sehr hoch.

Washington lanciert politische Lösung

Gleichzeitig sagte Milley: Eine politische Lösung wäre möglich, auf Basis derer sich die Russen zurückziehen würden. Denn: Russland habe trotz militärischer Misserfolge immer noch eine bedeutende Kampftruppe in der Ukraine, warnte er.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 110 – E 114)

04) Flughäfen Moskau und St. Petersburg in höchster Terrorwarnstufe

18. 11. 2022



Laut russischen Zeitungsberichten haben die größten Flughäfen in Moskau und Sankt Petersburg seit rund einer Woche die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen.

Einige Fluggesellschaften verschärften angeblich ihre Sicherheitsmaßnahmen bereits im Oktober.

Stufe Drei ausgerufen

Auf den drei größten Flughäfen in Moskau wurde erstmals die dritte und damit höchste Terrorwarnstufe verhängt, berichtet die russische Zeitung *Iswestija* unter Berufung auf ein Schreiben der Verkehrsbehörde Rostransnadsor. Auch am Flughafen Sankt Petersburg sei dieselbe Warnstufe eingeführt worden, teilte eine Quelle gegenüber der Zeitung mit.

In Russland gibt es drei Sicherheitsstufen in Verkehrseinrichtungen. Die erste Stufe ist dauerhaft gültig, die zweite und dritte werden für höchstens 15 Tage eingeführt und müssen bei Bedarf verlängert werden. Bei der Ankündigung der dritten Stufe müssen die Flughäfen die Zahl des Sicherheitspersonals erhöhen und zusätzliche Maßnahmen einführen, um „Übeltäter“ zu identifizieren.

Maßnahmen bereits seit Oktober

Interne Dokumente der russischen Fluggesellschaften Aeroflot, Rossiya und S7 zeigen, dass die Anti-Terror-Maßnahmen bereits seit Ende Oktober verschärft wurden. Unter anderem müssen die Besatzungen verstärkt auf das Verhalten der Fluggäste an Bord achten und die Türen des Flugzeugs nicht unbeaufsichtigt lassen.

Sollte ein Außenstehender Fotos oder Videos der Verkehrsinfrastruktur oder von den Flugzeugen machen wollen, so müssen die Mitarbeiter ihre Vorgesetzten darüber informieren. Zudem darf die Besatzung keine Pakete zur Beförderung annehmen.

Dem Bericht zufolge werden am Flughafen Scheremetjewe zusätzliche Betonblöcke entlang des Geländes aufgestellt und das Sicherheitspersonal wurde mit Schlagstöcken ausgestattet. Auf dem Flughafen Pulkowo (Sankt Petersburg) werden die Fluggäste am Flugsteig zusätzlich kontrolliert.

Daraus lässt sich schließen, dass die russischen Behörden den Schutz kritischer und potenziell gefährlicher Einrichtungen vor Terroranschlägen weiterhin verstärken wollen. Dies wurde auf einer Sitzung am 15. November auch vom Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, erläutert. Auf der Sitzung wurde die Sicherheitslage im zentralen Föderationskreis des Landes besprochen.

Nach Ansicht von Experten können einige Maßnahmen zu Missverständnissen unter den Fluggästen führen, sie seien jedoch notwendig. Die Fluggäste sollten sich darauf einstellen, dass die Warteschlangen an den Sicherheitskontrollen größer werden und die Abfertigung daher länger dauern kann.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Erdogan – USA und Westen „greifen“ Russland grenzenlos an

16. 11. 2022



Erdogan am Gipfel der Turkstaaten

Im Konflikt zwischen Moskau und Kiew bemüht sich Ankara nun offenbar um eine Rolle als Vermittler.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan äussert nun die Ansicht, dass die ständigen Angriffe des Westens auf Russland den diplomatischen Weg zur Lösung des Ukraine-Kriegs erschweren würden.

Erdogan hofft auf baldiges Treffen mit Putin

Auf seinem Rückflug nach dem neunten Gipfeltreffen der Präsidenten der Turkstaaten in Usbekistan hat der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan an Bord seiner Maschine auf Fragen von Journalisten geantwortet.

Der Politiker wurde unter anderem nach dem Ukraine-Krieg gefragt. Erdoğan teilte mit, er hoffe auf ein baldiges Treffen mit Wladimir Putin. In Bezug auf die Entscheidung seines russischen Amtskollegen, nicht zum G20-Gipfel in Indonesien zu reisen, [sagte der türkische Staatschef](#), dass die ständigen Angriffe des Westens auf Russland den Dialog erheblich erschweren.

„Russland ist kein gewöhnlicher Staat. Es ist ein mächtiger Staat. Natürlich greift der Westen, insbesondere Amerika, Russland fast grenzenlos an. Angesichts dessen leistet Russland selbstverständlich Widerstand.“

Ankara hofft auf „Vermittler-Rolle“

Erdoğan erklärte ferner, dass er darüber nachdenke, wie sich der Friedensprozess zwischen Moskau und Kiew in die Wege leiten lasse. Dabei verwies der Politiker auf den Getreidedeal, der im Juli unter der Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei erzielt worden war und dank dem, bis zum 11. November fast 490 Schiffe mit Weizen, Mais, Sonnenblumenöl und Sojabohnen an Bord, ukrainische Häfen verlassen konnten.

„Wir fragen uns, wie wir von hier aus einen Friedenskorrridor öffnen können. Es gibt schon einen Getreidekorrridor als Beispiel. Wir versuchen, dieses Ziel zu erreichen.“

Dafür sei allerdings nicht alleine die Bereitschaft Putins notwendig. Die Türkei werde auch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij darüber sprechen, um die Meinung der Regierung in Kiew einzuholen. Dann werde man schauen, ob diese Vermittlung zum Frieden führen werde, erklärte Erdoğan.

Düngemittel-Export Russlands muss ermöglicht werden

Der türkische Präsident plädierte außerdem dafür, den Getreidedeal aufrechtzuerhalten und Russland den Export von Düngemitteln zu ermöglichen. Es wäre ein Fehler, das Abkommen schon wieder zeitlich einzuschränken. Es gelte aber, in dieser Richtung gute Arbeit zu leisten, zumal Russland jetzt an der Umsetzung des Abkommens vieles auszusetzen habe. Statt nach Afrika gingen die meisten ukrainischen Getreidelieferungen nach Europa.

Am 19. November läuft der, im Juli geschlossene Getreidedeal aus, der ukrainische Exporte von Lebensmitteln über das Schwarze Meer möglich macht. Damit das, unter der Vermittlung der UNO und der Türkei zustande gekommene Abkommen fortgesetzt werden kann, macht Russland allerdings zur Bedingung, dass russische Lebensmittel und Dünger trotz der westlichen Sanktionen exportiert werden können.

Eben genau wie dies im Dokument verankert ist. Zwar zielen die Restriktionen nicht direkt auf diese Exporte, sie machen es den russischen Unternehmen aber schwer, Häfen in der EU anzulaufen, Zahlungen abzuwickeln und ihre Schiffe versichern zu lassen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Lawrow spricht Klartext Nato und USA militarisieren den Asien Pazifik-Raum

16. 11. 2022



Lawrow warnt vor US-NATO Machtgelüsten im Pazifik

Nach dem Gipfeltreffen ostasiatischer Staaten in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow vor einer Militarisierung des asiatisch-pazifischen Raums.

Ihm zufolge wollen die USA und die NATO die Region für sich erschließen.

„Inakzeptable Sprache“ gegenüber Russland

Russlands Außenminister Sergei Lawrow sprach dazu am 13. November 2022 nach dem Gipfeltreffen der ostasiatischen Staaten in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh mit Journalisten.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat nach seiner Teilnahme am Gipfeltreffen der ostasiatischen Staaten in Phnom Penh, der Hauptstadt Kambodschas, gegenüber der Nachrichten-Agentur TASS erklärt, dass man ebendort keine gemeinsame Abschlusserklärung nach dem diesjährigen Treffen vereinbart habe.

Dafür machte der Diplomat die USA und deren westliche Verbündete verantwortlich. Sie hätten nämlich auf einer „absolut inakzeptablen Sprache“ in Bezug auf die Lage in der und um die Ukraine bestanden. Deswegen werde es lediglich ein Statement der kambodschanischen Seite über die Richtlinien für die Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten geben.

Seite E 114 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Vor diesem Hintergrund warnte Lawrow vor einer Militarisierung des asiatisch-pazifischen Raums durch die USA und die NATO. Die Allianz wolle eine führende Rolle in dieser Region spielen.

USA „liebäugelt“ mit Pazifischer Vorherrschaft

„Die NATO spricht nicht mehr davon, dass sie ein ausgeprägt defensives Bündnis sei. Sie war es, als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt existiert hatten.“

Seitdem sei die angebliche Verteidigungslinie des westlichen Militärbündnisses bis an die russische Grenze vorgerückt. Bei dem jüngsten NATO-Gipfel in Madrid habe die Allianz erklärt, dass sie eine globale Verantwortung trage und dass die Sicherheit im euroatlantischen und im indopazifischen Raum unteilbar sei, erläuterte Lawrow.

„Das heißt, dass sie in der Tat den Anspruch darauf erheben, hier die führende Rolle zu spielen, und sie verschieben ihre sogenannte Verteidigungslinie in Richtung des Südchinesischen Meeres.“

In diesem Zusammenhang machte der Außenminister auf eine fortschreitende Militarisierung der Region durch den Zusammenschluss der USA mit ihren lokalen Verbündeten Japan, Australien und Neuseeland aufmerksam.

Auch die NATO erweitere ihre Präsenz in der Region. Moskau habe seine Einschätzungen offen dargelegt. Auch in Peking habe man ähnliche Besorgnisse zum Ausdruck gebracht, fügte Lawrow hinzu.

Dem russischen Chefdiplomaten zu Folge wollten die USA und die NATO durch diese Militarisierung den asiatisch-pazifischen Raum für sich erschließen. Als Beispiel dafür nannte Lawrow das Militärbündnis AUKUS, das die USA, Australien und Großbritannien Mitte September 2021 beschlossen hatten.

Nun versuchten diese drei Länder aktiv, auch Neuseeland, Kanada und Japan für ihre neue Allianz zu gewinnen. In diesem Kontext versuchten Russland und China, das existierende Format des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zu verteidigen. Dieser Organisation müsse die zentrale Rolle in den regionalen Prozessen zugeteilt werden. Der Westen habe jedoch andere Pläne und setze auf eine Konfrontation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

Keine Berichte!

Frankreich (Seiten E 117 - E 125)

01) Nicolas Battini: „Wir sind die Generation des 11. September, von Charlie Hebdo, Bataclan und der Ermordung von Yvan Colonna durch einen Islamisten“ [Interview]

27. 11. 2022



Die breite Öffentlichkeit in Frankreich hat ihn erst kürzlich durch ein Interview mit der Zeitung VA+ entdeckt. Aktivisten, die sich für die fleischliche Heimat einsetzen, kannten Nicolas Battini jedoch schon seit vielen Jahren. Der korsische nationalistische Aktivist wurde 2016 zu acht Jahren Haft verurteilt, weil er 2012 in Corte einen versuchten Anschlag mit einem Rammbock auf die Unterpräfektur verübt hatte.

Vor einigen Jahren hatten wir Jean-Guy Talamoni interviewt, der uns seine Sicht auf den korsischen Nationalismus und die Befreiungskämpfe darlegte. Eine ganz andere Vision dieses korsischen Nationalismus vertritt heute Nicolas Battini. Er vertritt eine Vision, die tief in unserer Zeit verwurzelt ist, einen Nationalismus des 21. Jahrhunderts, der weit entfernt ist von einem gewissen Regionalismus und/oder Drittwelt-Nationalismus, der über viele Jahrzehnte von den Hauptakteuren der bretonischen, korsischen, baskischen usw. Bewegungen getragen wurde.

Dies verleiht ihm eine zusätzliche Legitimität, um über den korsischen Nationalismus, seine Aktualität, die Identitätsprobleme, mit denen Korsika wie auch der Rest Europas konfrontiert ist, und die nationalen Befreiungskämpfe zu sprechen.....

BREIZH-INFO: Können Sie sich zunächst einmal unseren Lesern vorstellen?

Nicolas Battini: Mein Name ist Nicolas Battini, ich bin Korse. Seit meiner Jugend nationalistischer Aktivist, 2013 inhaftiert, 2016 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wegen politischer Aktionen, die in einem Kontext der Konfrontation zwischen dem korsischen Nationalismus und den Institutionen der Republik stattfanden. Nachdem ich die volle gesetzliche Strafe von sechs Jahren verbüßt hatte, wurde ich 2019 aus der Haft entlassen. Während ich mein Studium fortsetzte und arbeitete, versuchte ich dann, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen, an dessen Erfolg ich eines Tages nicht verzweifle, in einer abgelegenen Region in Zentralkorsika, aus der ich stamme, dem Boziu, das aus an Berghängen gelegenen Dörfern besteht und die Wiege der beiden großen Revolutionen Korsikas, der von 1358 und der von 1729, ist. Ich bin heute 29 Jahre alt, Familienvater und Doktorand im Fachbereich Regionale Sprache und Kultur an der Universität Korsika.

Was hat Sie zum korsischen Nationalismus geführt? Und dazu, ein wichtiger Akteur in der korsischen nationalistischen Jugend, aber auch bei Femu A Corsica zu werden?

Nicolas Battini: Ohne zu zögern, das Gefühl, einer menschlichen Gemeinschaft anzugehören, die im Begriff ist, zu verschwinden. Das ist, was mich betrifft, der große Motor meines Engagements. Dieses Verschwinden ablehnen. Politische Perspektiven zu konzipieren und zu unterstützen, die es ihr ermöglichen, sich zu regenerieren und das unwiderrufliche Ende ihres historischen Kontinuums zu verhindern. Dies sind meine wichtigsten politischen Motive. Das hat mich dazu bewogen, bei der Neugründung der Ghjuventù Indipendentista im Jahr 2012 eine Führungskraft zu werden. In der Folgezeit hat sich mein Nationalismus im Bruch mit der drittweltlichen Linie, die unter den Kadern der Unabhängigkeitsbewegung mehrheitlich vertreten war, und nach einer Reihe von Feststellungen zu den strukturierenden Mängeln dieses Denkens, insbesondere nach dem Aufkommen des kriminellen Islamismus, der die Idee eines Korsikas, das sich mit den Völkern der Dritten Welt verbrüdern sollte, völlig entkräftet, auf eine klar autonomistische Linie verlagert. In institutionellen Fragen ist sie weit weniger anspruchsvoll, aber in Identitätsfragen ebenso heftig. Mein Engagement bei Femu a Corsica ab 2019 lässt sich so erklären. Dort habe ich zusammen mit meinen Freunden eine konservative Tendenz verkörpert, die in Fragen der traditionellen Identität, des christlichen Erbes Korsikas, des zivilisatorischen Prismas, der Ablehnung von Forderungen, die von der Pariser Woke-Linken importiert wurden, und der Sorge um die Migrationsfrage sehr standhaft war. Es war eine intellektuell sehr anregende Zeit und Quelle zahlreicher interner Kontroversen. Bis zu unserem Bruch im März 2022, als man uns eine Anweisung aufzwingen wollte, die darin bestand, die islamistische Frage im Mordfall Yvan Colonna zu verschweigen, um ausschließlich eine gegen den Staat gerichtete anklagende Linie einzunehmen. Ich habe mich diesem Narrativ widersetzt und beschlossen, die Konsequenzen zu tragen, indem ich meine Ämter als parlamentarischer Attaché und Mitglied der Exekutive von Femu a Corsica niedergelegt habe, um mich der Strukturierung einer ethnokulturellen, identitätsstiftenden, patrimonialen und historischen Vereinigung zu widmen, die eine Quelle der Reflexion und der doktrinären Ausarbeitung darstellt.

Sie haben Ihr nationalistisches Engagement mit sechs Jahren Gefängnis bezahlt, als Sie 19 Jahre alt waren. Wie geht man damit um, vor allem, wenn man von seinem Land und seinen Angehörigen weit entfernt ist?

Nicolas Battini: Das militante Engagement, wie ich es verstand und auch heute noch verstehe, war ein totales Engagement. Ich wollte bereits mein gesamtes Leben für den Kampf, der der meine war, einsetzen. Daher hatte ich nie das Gefühl, große Opfer bringen zu müssen. Alles, was mir widerfuhr, war die logische Perspektive der Lebensposition, die ich eingenommen hatte.

In welchem Zustand haben Sie die französischen Gefängnisse vorgefunden, in denen Sie eingesperrt waren?

Nicolas Battini: Ohne mich zu sehr über die offensichtliche Unhygiene der französischen Gefängnisse auszulassen, ist es die Feststellung der demografischen Situation im Gefängnismilieu, die sehr aussagekräftig ist.

Sind die Korsen, die in den 70er Jahren zusammen mit Basken und Bretonen in französischen Gefängnissen zahlreich vertreten waren, heute nur noch kleine Minderheiten?

Nicolas Battini: Der Begriff Minderheit für Basken, Bretonen und Korsen ist in Gefängnissen ein Euphemismus. In den meisten Haftanstalten im Großraum Paris ist es sogar schwierig, wenn man jeden Morgen von den Klängen des Salat de Fajr, des Morgengebets, geweckt wird, sich daran zu erinnern, dass man sich in Westeuropa befindet. Vor allem, wenn man sich dort mehrere Jahre lang aufhält, wie es bei mir der Fall war.

Ihr korsisch-nationalistischer Diskurs hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt, vor allem aufgrund Ihres langen Aufenthalts in Haft. Aber nicht nur (Sie haben in einem Interview die Anschläge auf Charlie Hebdo oder das Bataclan erwähnt, die bei Ihnen ein Auslöser für eine Reflexion waren). Wie kommt man von einem drittweltlichen Nationalismus zu einem identitären Nationalismus?

Nicolas Battini: Der Dritte-Welt-Nationalismus besteht in der Auffassung, dass Korsika ein kolonisiertes Land ist und sich deshalb mit den anderen Völkern der sogenannten Dritten Welt zusammenschließen und verbrüdern muss. Dieses Denken ermöglichte es uns, einerseits Perspektiven für den Kampf aufzuzeigen und andererseits politische Möglichkeiten auf internationaler Ebene zu finden, indem wir die korsischen Netzwerke über die anderen Drittweltkämpfe ausweiteten. Dennoch wurde dieses Gedankengut in den 1970er Jahren auf Korsika entwickelt und ist mittlerweile ein halbes Jahrhundert alt. Es ist abgenutzt und wird hauptsächlich von heruntergekommenen 68ern getragen, denen es nicht gelingt, ihr globales Denksystem zu erneuern. Sie verhindert de facto, dass man sich dem demografischen Zustrom aus dem südlichen Mittelmeerraum und den damit einhergehenden Forderungen nach Gemeinschaft und Religion widersetzt, da die internationale Solidarität zwischen unterdrückten Völkern Vorrang vor allen anderen Überlegungen hat. Die Erben der korsischen Dritten Welt stammen aufgrund der Soziologie der damaligen Zeit weitgehend aus der bürgerlichen und städtischen Klasse und kümmern sich kaum um Ideologie. Ob sie nun heute lächerliche Positionen aus der damaligen Dritten Welt aufrechterhalten oder Forderungen einfließen lassen, die direkt von der neuen dekolonialen Linken stammen (inklusive Schrift, Gendertheorie...), die Konzeptualisierung einer eigenen intellektuellen Identität interessiert sie nicht mehr.

All dies erklärt die immer krasser werdenden ideologischen Annäherungen zwischen den Kadern des Autonomismus, der Unabhängigkeitsbewegung und der Forderungsbasis der Pariser Linken. Es handelt sich um eine soziologische Verbindung zwischen städtischen Bourgeois, die dieselben Autoren lesen und in denselben Salons verkehren. Ich spreche natürlich von den Führungskräften, aber kaum von den Aktivisten und noch weniger von den Wählern. Die Dritte Welt hat heute einen karikaturhaften linksextremen Unabhängigkeitsanspruch und einen sehr wohlmeinenden Mitte-Links-Autonomismus hervorgebracht. Diese beiden Kräfte verfügen nicht über die Instrumente, um die islamistische Frage zu beantworten, und sind de facto der neuen Software unterworfen, die der Wokismus in den wohlhabenden und städtischen Klassen, die zwar sehr klein sind, aber auch auf Korsika vorkommen, importiert. Charlie Hebdo, der 13. November 2015, die Messerstiche im Gefängnis von Borgu gegen

zwei korsische Aufseher im Jahr 2018, die Ermordung von Yvan Colonna und so weiter und so fort. All dies wird von Individuen aus ehemals kolonialiserten Völkern begangen, die ihre Taten im Namen einer rein theokratischen Ideologie rechtfertigen, die zwar stimmt, aber in ein drittweltliches, viktimisierendes und antikoloniales Narrativ verpackt ist.

Angesichts dessen sind wir Tausende von Nationalisten, die als christlich geprägte Westler instinktiv und spontan reagieren. Dies veranlasst uns, an das wesentliche Element jedes Nationalismus anzuknüpfen, da das drittweltliche Leichentuch hinfällig ist, nämlich an ein entschieden identitäres Denken.

Ihr Weg ist der gleiche wie meiner. Ist das nicht letztlich eine Frage der Generation?

Nicolas Battini: Absolut. Wir sind alle das Ergebnis einer Generation.

Die korsischen Nationalisten der 1920er Jahre waren hauptsächlich rechts, sie kamen aus einer sehr ländlichen, sehr katholischen Gesellschaft und viele von ihnen schimpften auf die jakobinische, eindeutig linke Republik, nachdem sie aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs zurückgekehrt waren. Dieser Kontext strukturierte die damaligen nationalistischen Kader, die sehr rechtslastig waren, wobei A Muvra eine emblematische Zeitung für das war, was ich hier erwähne. Fünfzig Jahre später brachte der Mai 68 viele linke Kader hervor, die im korsischen Nationalismus ein Mittel fanden, ihr eigenes revolutionäres Epos zu leben, wobei sie sich auf eine militante Basis und eine Wählerschaft stützten, die bereits sehr identitätsorientiert war, aber wohl oder übel die sozialistische Phraseologie akzeptierte, solange die Identität Korsikas durch die Förderung der Sprache und die Bestätigung der Existenz unseres Volkes hervorgehoben und verteidigt wurde.

Ein halbes Jahrhundert später taucht eine andere Generation auf. Wir sind die Generation des 11. September, von Charlie Hebdo, Bataclan, der Ermordung von Yvan Colonna durch einen Islamisten, der Migrations- und Gesellschaftsfragen, der Debatten über Männlichkeit beim Grillen oder über schwangere Männer. Die Lesart und die daraus resultierenden Positionierungen unterscheiden sich also zwangsläufig von denen unserer älteren Generation.

Besteht das Problem in unseren Ländern unter französisch-republikanischer Herrschaft nicht gerade darin, dass die Nationalisten der 60er und 80er Jahre letztlich immer noch die lokale politische Szene dominieren, zumindest durch ihre Neigung zu definieren, welches die Hauptschlachtfelder sind und welche ausgeschlossen werden müssen?

Nicolas Battini: Das stimmt. So wie die entschieden traditionellen und spontan konservativen baskischen Nationalisten den baskischen Nationalismus der 1950er Jahre beherrschten, bevor eine junge marxistische und antifranquistische Generation durch intellektuelle Produktion und strukturellen Kraftakt die Macht übernahm. Keine Generation ist ewig. Insofern kündigt die ideologische Arbeit und das parteipolitische Handeln innerhalb der Jugend immer die kommenden Neuzusammensetzungen an.

Die Frage des Kampfes gegen die Einwanderung scheint zum Beispiel von Verantwortlichen wie Herrn Talamoni oder Herrn Simeoni völlig verschwiegen zu werden, warum?

Nicolas Battini: Die einzige Migrationsfrage, die niemand ansprechen darf, ohne den Zorn der lokalen Gutmenschen auf sich zu ziehen, ist der demografische Beitrag der Kontinentalen auf Korsika. Die Dritte Welt erlaubt die Kritik an Franzosen, verbietet aber

gleichzeitig die Kritik an Nachkommen von Kolonisierten. Manche erklären uns, dass Korsika nicht jedes Jahr Zehntausende zusätzliche Kontinentaleuropäer aufnehmen kann, womit sie völlig Recht haben und wir in diesem Punkt übereinstimmen. Korsika ist nicht dazu berufen, zum Alterslager für wohlhabende Boomer zu werden. Dennoch weigern sich dieselben Leute, denselben Diskurs über die Menschen im südlichen Mittelmeerraum zu führen. Die linke Pariser Klasse und ihre lokalen Multiplikatoren würden dies nicht akzeptieren und jede Erwähnung des Themas mit dem Stempel der Infamie versehen.

Apropos, wie ist die Migrationssituation auf Korsika?

Nicolas Battini: 2018 machten laut den Zahlen der Volkszählung des INSEE im Ausland geborene Personen mit oder ohne französische Staatsbürgerschaft 9,9 % der Inselbevölkerung aus. 33 600 Migranten leben insgesamt auf Korsika. Zu etwa 23 % kommen diese Einwanderer aus Portugal, zu 12 % aus Italien. Marokko ist jedoch mit fast 30 % der Einwanderer auf Korsika das am stärksten vertretene Land.

Korsika ist die drittgrößte Region Frankreichs, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung die meisten Zuwanderer aufnimmt. Hinzu kommt natürlich ein stetiger Strom vom Kontinent, der viele pensionierte Boomer umfasst, die ein bereits fortgeschrittenes Phänomen der Enteignung von Grund und Boden, des Preisanstiegs und des heliotropischen Raubbaus nähren.

Wie haben Sie die Erklärungen von Herrn Simeoni aufgenommen, in denen er sich einmal mehr für die Aufnahme von Migranten ausspricht, die von Schiffen der NGOs, die Komplizen der Schlepper sind, nach Europa gebracht werden?

Nicolas Battini: Als logische Folge einer ganzen wohlmeinenden und der linken Pariser Elite unterworfenen Software. Das Volksempfinden ist in dieser Hinsicht extrem streng. Präsident Simeoni, den ich persönlich kenne und der auf persönlicher Ebene meinen vollen Respekt genießt, ist ein äußerst intelligenter Mann. Er weiß, was er tut, und versteht die Signale, die er aussendet. Diese Signale richten sich nicht an die Korsen, die in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen mit 58 % der Stimmen Marine Le Pen wählen.

Es sind fortschrittliche Signale, die an die Stäbe von Emmanuel Macron und Jean-Luc Mélenchon gerichtet sind. Präsident Simeoni hat auf Respektabilität gesetzt, um die Autonomie zu erreichen, selbst wenn er gegen die Meinung des Volkes voranschreiten muss, selbst wenn er alle Faktoren der Dekoration Korsikas, zu denen natürlich auch die unkontrollierte Einwanderung zählt, verschlimmert. Es ist ein autonomistisches Konzept, das verrückt geworden ist, nachdem es das historische Ziel des Nationalismus aus den Augen verloren hat: die Verteidigung der kulturellen Identität der Korsen.

Gibt es aufstrebende, nicht-gruppenspezifische korsische nationalistische Bewegungen, die gewissermaßen den Tisch eines in den 70er und 80er Jahren verbliebenen korsischen Nationalismus umdrehen und ihn auf neue Paradigmen ausrichten wollen: insbesondere den Kampf für das zivilisatorische Überleben, der meiner Meinung nach mit dem Kampf gegen die französische Republik und für die Autonomie der fleischlichen Vaterländer einhergeht?

Nicolas Battini: Alle Bedingungen für die Entstehung einer solchen Kraft auf Korsika sind nunmehr gegeben: eine neue Generation, eine qualitative Soziologie, die sich einbringen möchte, eine allgemeine Demobilisierung in der nationalistischen Bewegung, ein immer größerer Bruch zwischen der nationalistischen Jugend und dem Überbleibsel der Dritten Welt, die Überalterung einer vergangenen Generation und ihre Unfähigkeit, ihre

Gesamtvision zu erneuern, das Ende des Elans von 2015 und seiner Illusionen, die internationale Dynamik, die eine zivilisatorische Lesart der Kräfteverhältnisse begünstigt. Ich denke, um Hugo zu paraphrasieren, dass es nichts Stärkeres gibt als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Sie erklären insbesondere in dem großen Interview mit VA+, dass die korsischen nationalistischen Führer eine tiefe Kluft zum korsischen Volk hätten... Was erklärt, warum sie in diesem Fall immer noch an der Macht sind?

Nicolas Battini: Aus zwei wesentlichen Gründen.

Der erste: der Clan-Faktor. Wer die politische Macht auf Korsika besitzt, besitzt auch die Fähigkeit, lokale öffentliche Stellen und Vorteile zu verteilen. Ein gutes Drittel der korsischen Wählerschaft richtet sich nach diesen Überlegungen. Dies ist eine wesentliche Tatsache, die es zu verstehen und in alle politischen Überlegungen bezüglich der Situation auf unserer Insel einzubeziehen gilt, um die Anhängerschaft der amtierenden Macht und gleichzeitig das Erneuerungspotenzial zu relativieren, die beide diesem nepotistischen und klientelistischen Faktor unterliegen.

Zweitens: die institutionelle Polarisierung. Das politische Leben Korsikas lebte im Rhythmus der Opposition zwischen Befürwortern der Autonomie auf der einen Seite und republikanischen Jakobinern auf der anderen Seite. Dieses Paradigma der Opposition schloss de facto gesellschaftliche Erwägungen und sogar wirtschaftliche und soziale Differenzen aus. Diese Periode endet nun aus dem einfachen Grund, dass die institutionelle Frage nicht mehr die gleichen Antagonismen hervorruft wie früher. Die Autonomie Korsikas sowie die Anerkennung der Existenz seines Volkes werden heute von der großen Mehrheit der politischen Landschaft als vernünftige und akzeptable Positionen akzeptiert. Die Polarisierung der Debatten wird sich, davon sind wir überzeugt, künftig um folgende Fragen drehen: Autonomie, für welche Gesellschaft? Was ist das korsische Volk? Dann wird sich zwangsläufig von Jahr zu Jahr die Neuformierung des politischen Spektrums auf der Insel um dieselben Fragen vollziehen, die den gesamten Westen bewegen.

Ist die heutige korsische Gesellschaft und insbesondere ihre Jugend vom Wokismus durchdrungen, von einem gewissen Linksradikalismus, der an den Universitäten verbreitet wird, von Genderfragen? Aber auch, wie in der Bretagne, von einer Anziehungskraft, die manchmal psychologische Studien verdienen würde, für den „Anderen“, solange er nicht Franzose ist und vor allem, wenn er von einem anderen Kontinent kommt?

Nicolas Battini: In der korsischen Gesellschaft herrscht die gleiche Situation wie im Rest des Westens. Auf der einen Seite gibt es eine städtische und wohlhabende bürgerliche Klasse, die die neuen, in Boston entwickelten progressiven Ideen weitergibt und lokal den Elitenblock bildet, auf der anderen Seite die Randgruppen, die Landbevölkerung und die Deklassierten, die „kleinen Weißen“, die der Woke-Radikalisierung der Eliten gegenüber hermetisch verschlossen sind und sich im Wesentlichen um das herum strukturieren, was von unseren traditionellen Werten übrig geblieben ist (die Familie, das Dorf, die Ahnen, die Prozessionen...), und die sich mit den Problemen der Gesellschaft auseinandersetzen.), während sie gleichzeitig sensibel für Probleme sind, die sich auf ihren Lebensstandard auswirken (Einwanderung, Sicherheit, Benzinpreise...). Wie so oft in der Geschichte hat die Elite einen Vorsprung. Sie ist gebildet, bringt Führungskräfte hervor, hat Zugang zu den Medien und hat das Bildungswesen in der Hand. Sie hat sich bereits in den führenden Autonomismus umgeschult, bis sie ihn seiner ursprünglichen und historischen identitären Substanz beraubt hat und nur noch einige Slogans in korsischer Sprache toleriert.

Dennoch gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen Korsika und der Bretagne: das Niveau des Wohlstands und der Urbanisierung. Korsika ist ein armes, alterndes Land, das noch sehr ländlich geprägt und kaum urbanisiert ist. Sein Volkssubstrat ist im Wesentlichen konservativ und peripher, seine Elite in den Stadtzentren quantitativ und operativ sehr begrenzt. Dies deckt sich im Übrigen mit den Ausführungen von Jérôme Sainte Marie und Jérôme Fourquet zu den Gebieten, die bei den Präsidentschaftswahlen für Marine Le Pen stimmten.

Welche Perspektiven für den korsischen Nationalismus im 21. Jahrhundert sehen Sie?

Nicolas Battini: Ein nationalistischer Nationalismus. Basierend auf dem Erbe, der Familienzugehörigkeit, der Kultur, der Geschichte der Vorfahren, den gemeinschaftlichen Traditionen. Ein Denken, das auf einem autonomistischen Vorschlag basiert, der sich um die wirtschaftlichen Realitäten kümmert und den Durchschnittskorsen so betrachtet, wie er ist, mit der Akkulturation aufgrund unserer modernen Gesellschaften, mit der Peripherisierung, die die großen städtischen Räume mit sich bringen, mit der Vermischung der Ursprünge, die die Entwicklung des Verkehrs und der Kommunikation mit sich bringt, aber ohne etwas von unserer Vergangenheit, unseren Wurzeln und unserem historischen Kontinuum zu verleugnen. Ohne sich den Anordnungen des radikalen Progressivismus zu unterwerfen.

Muss sie sich Verbündete suchen, auch im Hexagon, auch unter anderen Völkern Europas, oder glauben Sie, dass sie sich auf einen einzigen Kampf beschränken muss, nämlich den auf Korsika?

Nicolas Battini: Sobald einerseits die autochthonen Nationalismen dem Drittweltlertum und seiner Folgeerscheinung der Unabhängigkeit abschwören und andererseits die Staatsnationalismen mit dem historisch aus der republikanischen extremen Linken hervorgegangenen Jakobinismus abschließen, eröffnen sich unendliche Perspektiven der Verständigung und der Partnerschaft. Dies geschieht übrigens seit 2019 in Sardinien durch das Bündnis der Lega und der sardischen Nationalisten der PSA. Angesichts des zivilisatorischen Zerfalls und um dem gemeinsamen Druck standzuhalten, den der Wokismus von innen und der Islamismus von außen ausüben, ist es an der Zeit, dass sich diejenigen zusammenschließen, die das verteidigen wollen, was Bestand hat, und dabei unsere gemeinsamen oder jeweiligen Identitäten respektieren und achten.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Für Feministinnen ist Miss France diskriminierend... und das wird vor dem Arbeitsgericht geklärt!

21. 11. 2022



Früher war die Wahl der Miss France ein beliebtes Fernsehereignis. Die Familien setzten sich an einem Samstagabend im Dezember vor den Fernseher und sahen zu, wie die jungen Mädchen, die als die schönsten Frankreichs galten, aus dem ganzen Land anmarschierten. Über allem schwebte in den Diskussionen ein wenig regionaler Chauvinismus („Miss Provence fait cagole“, „Miss Pas-de-Calais est toute pâlotte“ ...), zumal diese schönen jungen Mädchen nicht nur in Badeanzügen defilierten, wie uns eine billige Abkürzung glauben machen will.

Man sah sie auch in regionalen Trachten – diesen Trachten, die aus einer französischen Kultur stammen, die es nicht gibt. Es gab Bewerbungsgespräche mit dem Moderator (Momente, die von Helmut Fritz in seinem Lied „Miss France“ parodiert wurden: „Ich bin derzeit ... im BTS Kosmetikerin ... mit dem Ziel, ... Kosmetikerin zu werden ...“), einem Moderator, der lange Zeit der rostfreie Jean-Pierre Foucault war. Kurzum, wieder einmal brachte der Fernsehgott Lare ein wenig Salz in den Tagesablauf des populären Frankreichs, das von den Medien verspottet wird.

Das konnte, wie man sich denken kann, nicht lange gut gehen. All diese Rednecks waren sich nicht bewusst, dass es an sich schon ein Problem war, sein Land und seine Regionen zu lieben und der Schönheit junger Mädchen zu huldigen. Kultur der Vergewaltigung? Übelriechender regionalistischer Rückzug? Wahrscheinlich ein bisschen von allem. Aber vor allem, so das Kollektiv „Osez le féminisme!“, eine abscheuliche Diskriminierung. Die Regeln des Miss-France-Wettbewerbs besagen nämlich, dass die Kandidatinnen mindestens 1,70 Meter groß und „repräsentativ für die Schönheit“ sein müssen. Na so was! Das Kollektiv hat daher auf der Grundlage des Arbeitsrechts Klage wegen Diskriminierung bei der Einstellung eingereicht. Das Urteil wird am 6. Januar vor dem Arbeitsgericht verkündet.

Die Produktion hatte sich jedoch bei den Kriterien bemüht und nicht mehr verlangt, dass die Kandidatinnen ledig und kinderlos sind. Das Konzept der „Miss“, was so viel wie „Fräulein“ bedeutet, ist mit den Jahren verschwommen geworden, zumal sich die Gesellschaft verändert hat. 1,70 Meter hingegen schien eine leicht verständliche, nicht greifbare Norm zu sein, vor allem, weil bei der Veranstaltung Designer-Kleider (die für große Frauen gemacht sind) getragen wurden.

Das zweite Kriterium, „repräsentativ für Schönheit“, erscheint mir in diesen relativistischen Zeiten hingegen gefährlicher. Die Zeit des Goldenen Schnitts, der klassischen Profile, der harmonischen Silhouetten und einer eindeutigen Darstellung von Schönheit ist vorbei. Man braucht sich nur die spektakuläre Entwicklung der Werbekampagnen für Frauen zwischen den 2000er Jahren und heute anzusehen. Diese künstlerische Unschärfe hat Fabienne El Khoury nicht zufrieden gestellt, die im Namen von Osez le féminisme! erklärte: „Kann man im Jahr 2022 Frauen noch nach sexistischen Kriterien, nach unrealistischen Diktaten und Anordnungen gegeneinander antreten lassen? Die Gesellschaft hat keine Lust mehr darauf, es wird langsam altmodisch“. Das liegt daran, dass Frau El Khoury im Grunde genommen wissen muss, dass Schönheit objektiv ist und Invarianten gehorcht.

Versuchen wir, Frau El Khourys Frage zu beantworten.

Ja, auch im Jahr 2022 kann man Frauen noch gegeneinander antreten lassen. Das tun Frauen selbst jeden Tag mit Männern, auch wenn es nicht im Fernsehen stattfindet. Das ist das Spiel des Lebens. Also, in der Werbung: Welcher dicke, kahle Mann könnte verlangen, eine Unterwäschelinie auf einem 4x3-Panel zu repräsentieren? Da wird mit zweierlei Maß gemessen. Was die Frage betrifft, ob diese Kriterien sexistisch sind? Sagen wir ja, insofern sie männlich sind. Frau El Khoury und ihre Freundinnen können alles dekonstruieren, was sie wollen, die Mehrheit der Männer wird Natalie Portman immer Marilou Berry vorziehen. Das ist einfach so.

Zweitens: „Die Gesellschaft hat keine Lust mehr darauf, es wird altmodisch“. Voire! Für verbitterte Pariser CSP+-Vierzigerinnen, die nach einer Vielzahl von Affären schließlich Kätzchen vor Netflix kneten, vielleicht. Für ein durchschnittliches französisches Paar vielleicht weniger. Ich glaube im Gegenteil, dass die französische Gesellschaft, die wahre, das Volk kurz gesagt, sich nach Schönheit sehnt, auch von Seiten ihrer Kinder.

Wir sollten ungeduldig auf den 6. Januar warten, um zu erfahren, ob es diskriminierend ist oder nicht, schöne junge Frauen für einen Schönheitswettbewerb zu rekrutieren. Und sogar um zu erfahren, ob es verwerflich ist oder nicht, Schönheitswettbewerbe zu veranstalten. Die Frage ist letztlich, ob objektive Schönheit, auch von Körpern, überhaupt noch eine Berechtigung hat, da sie eine lebendige Diskriminierung darstellt. Wir kennen alle Dostojewskis Satz: „Schönheit wird die Welt retten“. Das bedeutet natürlich, dass die Welt bereit sein muss, die Schönheit zu retten.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Spanien (Seiten E 126 - E 131)

03) Selbst spanische Urlaubsinseln mit knapp 400 Prozent Übersterblichkeit

28. 11. 2022



Die Übersterblichkeit in Spanien im Jahr 2022 schlägt laut den Zahlen des sogenannten MoMo-Systems, alle Rekorde.

Der Mainstream versucht bereits mehr oder weniger vergeblich, seit Juli des Jahres, dafür eine [Erklärung zu finden](#).

<https://transition-news.org/spanischer-mainstream-ratselt-warum-sterben-2022-mehr-menschen-als-erwartet>

Herzinfarkte, Schlaganfälle, Thrombosen – die üblichen „Verdächtigen“

Das sogenannte MoMo-System zur Überwachung der täglichen Sterblichkeit aller Ursachen wird vom spanischen Gesundheitsinstitut Carlos III (ISCIII) in Madrid betrieben und wartet nun mit schockierenden Daten zur Übersterblichkeit auf.

Laut „Experten“ seien viele Menschen an „Schlaganfällen, Herzinfarkten und pulmonalen Thromboembolien“ gestorben, sowie ebenso zahlreiche Touristen „durch Ertrinken und Unfälle“. Derlei „Pauschalaussagen“ ist man ja auch von anderen europäischen „Instituten“ und dem Mainstream „gewohnt“ zu hören und lesen.

Die „Klassiker“ des „Frage-Antwortspiels vor allem der Mainstream-Medien, lauten da etwa wie folgt.

Könnte es an Hitze/Kälte/Klimawandel liegen?

Könnte Covid-19 schuld sein?

Könnte es an der Situation im (spanischen) Gesundheitssystem liegen?

Seite E 127 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Könnte es an den verzögerten Behandlungen und der schlechten Kontrolle chronischer Patienten liegen?

Könnten die Impffreien schuld sein?

Eine der neuesten Theorien, aufgeworfen Anfang November des Jahres, vom Medienunternehmen *Antena 3* (rumänischer CNN-Partner), nachdem man zugeben musste, dass von Januar bis Ende Oktober 2022 landesweit fast 34'000 zusätzliche und unerwartete Todesfälle zu beklagen waren, „wer Covid-19 hatte, sei einem größeren Risiko für „vaskuläre“ Krankheiten ausgesetzt, denn das Virus sei „besonders schädlich für die Arterien“.

„Politisch korrektes“ Narrativ bereits in der Schublade

Diese Art der Argumentation könnte somit bereits ein Wegweiser für den bevorstehenden offiziellen „Umgang“ mit der statistisch erwiesenen Tatsache der Übersterblichkeit und somit als „Vorlage für das kommende Narrativ“ gesehen werden.

Die Frage, die vom Mainstream bisher klar vermieden wurde, „könnten die Massenimpfungen mit experimentellen Genpräparaten, von den (spanischen) Politikern und Medien mit unvergleichlicher Hingabe als „sichere und effektive Immunisierung“ propagiert, „im schlimmsten an zu nehmenden Fall“, für den Tod dieser Menschen verantwortlich sein?

Das MoMo-System zur Überwachung der täglichen Sterblichkeit aller Ursachen wird also vom Gesundheitsinstitut Carlos III (ISCIII) in Madrid betrieben. Dieses untersteht [nach Regierungsangaben](#) dem Ministerium für Wissenschaft, Innovation und Hochschulen, ist aber auch dem Ministerium für Gesundheit, Konsum und soziale Wohlfahrt unterstellt.

<https://www.isciii.es/InformacionCiudadanos/DivulgacionCulturaCientifica/DivulgacionISCIII/Paginas/Divulgacion/Que-es-el-ISCIII.aspx>

Gesundheitsministerin Carolina Darias sah sich aufgrund der erschreckenden Daten des ISCIII bereits Anfang August veranlasst, die schlechte Nachricht medienwirksam zu relativieren. Bei der MoMo-Statistik handle es sich demnach „nur um eine Schätzung, die nicht unbedingt der Realität entspreche“, versuchte sie mehr oder weniger glaubhaft zu erklären.

Wobei sich die Frage aufdrängt, warum das spanische Gesundheitsministerium sein System nicht schon längst eingestellt hat, wenn es laut Darias nur Schätzungen ab zu geben im Stande ist, also somit in keiner Weise aussagekräftig ist.

Schockierende Zahlen auch aus Regionen

Kürzlich kamen auch auf regionaler Ebene schockierende Zahlen ans Licht. Auf den Balearen liegt die Übersterblichkeit im laufenden Jahr 2022 um 398 Prozent höher als 2020, also dem ersten Jahr der „Covid-Pandemie“, noch ohne Impfstoff. Darüber berichteten lokale [spanische Medien wie *Ultima Hora*](#).

<https://www.ultimahora.es/noticias/local/2022/11/19/1828465/exceso-mortalidad-dispara-baleares-400-durante-2022-respecto-primer-ano-pandemia.html>

Seite E 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 829 vom 01.12.2022

Wie üblich kamen „Experten“ zu Wort, die im Sinne des offiziellen „Pandemie-Narrativs“ ihre Meinung verbreiteten. Joan Carles March, Spezialist für öffentliche Gesundheit und Präventivmedizin, wies darauf hin, dass die Temperatur, Hitze oder Kälte, eine Rolle gespielt habe.

Im Jahr 2020 hat es laut March auf den Balearen 288 überzählige Todesfälle gegeben, von denen 28 der Temperatur zugeschrieben wurden. Im Jahr 2021 waren es 746 zusätzliche Todesfälle, davon 60 wegen „Hitze oder Kälte“. Im Jahr 2022 wurden bisher 1436 überzählige Todesfälle registriert, die Temperatur war für 72 dieser Toten verantwortlich.

March glaube, dass ein Grund für die überhöhte Sterblichkeitsrate das „Gesundheitsdefizit“ sei, berichtet *Ultima Hora*.

Was dann „übersetzt“ aus dem Narrativ bedeuten soll, Verzögerungen bei Terminen und „schlechte Kontrolle“ chronischer Patienten. Ein weiterer Grund sei die „Verschlechterung des Gesundheitszustands bei gefährdeten Personen, die Covid überlebt hatten“.

Noch „überraschender und beunruhigender“ seien laut March die Daten aus dem Jahr 2021 für ganz Spanien, in dem es nach Angaben des Gesundheitsinstituts Carlos III „einen Überschuss von fast 25.000 Todesfällen gab, deren Ursprung nicht genau geklärt sei“.

Diese Zahlen seien 2022 noch gestiegen. So zeige Eurostat, ein anderes Mess-System, dass die Übersterblichkeit in Spanien zwischen März und Juni 2022 höher gewesen sei als in jedem anderen EU-Land, informiert March und wirft die Zahl 48.000 in den Raum. Diese ergebe sich aus dem Vergleich mit dem Durchschnitt des gleichen Zeitraums in den vorangegangenen vier Jahren.

Wird es für die „Zahlen-Jongleure“ eng?

Auch der Spezialist für öffentliche Gesundheit und Präventivmedizin greift die Theorie auf, die *Antena 3* bereits Anfang November präsentiert hat. Die höhere Sterblichkeit hänge „mit der Fähigkeit des Corona Virus zusammen, Gefäße zu infizieren und Todesfälle zu verursachen“. Er betont, dass die zusätzlichen Todesfälle in den Jahren 2021 und 2022 vor allem „auf eine Zunahme von Schlaganfällen, Herzinfarkten, pulmonalen Thromboembolien und Corona Virus-Infektionen selbst zurückzuführen sind“.

Dass Studien nahelegen, die Gen-Präparate könnten zum Beispiel Myokarditis verursachen, kehrt March unter den Teppich.

Allerdings findet March tatsächlich den Mut, darauf hinzuweisen, dass es in „bestimmten Foren die weitverbreitete Theorie“ gebe, dass die Ursache für die erhöhte Sterblichkeit „auf Komplikationen infolge der Massenimpfung gegen Covid zurückzuführen ist“. Bemüht sich aber geflissentlich zu erklären, dass er daran nicht glaube.

„Die überhöhte Sterblichkeit in den Jahren 2021 und 2022 hat zu vielen Spekulationen Anlass gegeben. Unwissenheit führt zu Spekulationen, die wiederum in Gerüchteküchen münden. Am Ende gibt es Theorien für jeden Geschmack“, erklärt March lapidar, als handle es sich hierbei um einen „Modetrend“ und nicht um Übersterblichkeit.

Eben genau deshalb sei er also der Ansicht, dass „eine ernsthafte und vollständige Untersuchung der überhöhten Sterblichkeitsraten dringend erforderlich ist“.

Wissenschaftliche Beweise – schon lange nur noch „Einbahnstraße“

Eine andere von *Ultima Hora* zitierte „Expertin“, die Präsidentin der Krankenpflegeschule der Balearen, María José Sastre, ist der Meinung, eine ungesunde Lebensweise, die Chronizität von Langzeiterkrankungen, der Klimawandel und soziale Faktoren wie die zunehmende Vereinsamung der älteren Bevölkerung müssten bei der Übersterblichkeit auch in Betracht gezogen werden.

Da scheint es also schier unendlichen „Argumentationsnachschieb“ für das offizielle Narrativ zu geben.

Und Borja Moreno, Arzt und Gerichtsmediziner, äußert gegenüber *Ultima Hora* „seine Verwunderung“ über den deutlichen Anstieg der Übersterblichkeit auf den Inseln. Zwar gebe es keine wissenschaftlichen Argumente für seine Theorie, wie er gesteht, doch „die hohe Anzahl von Touristen, die die Balearen in diesem Jahr empfangen haben“, könnte zur Übersterblichkeit beigetragen haben. In diesem Sinne verweist er auf viele Todesfälle «durch Ertrinken, Unfälle etc.“.

Wie die *Ultima Hora* abschließend mitteilt, hat sich die Gesundheitsbehörde der Balearen geweigert, die MoMo-Daten zu bewerten.

„Wir sind der Meinung, dass wir keine qualitative Analyse eines quantitativen Berichts vornehmen können. Wir können nicht darüber spekulieren, was hinter diesem Anstieg steckt, da uns viele Informationen fehlen und wir als öffentliche und offizielle Stelle nicht spekulieren können“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Spanien – Gesichtserkennungssoftware im Einsatz zur Identifizierung Verdächtiger

21. 11. 2022



Die spanische Polizei beginnt mit der Verwendung von Gesichtserkennungssoftware zur Identifizierung von Verdächtigen.

Das Programm vergleicht Bilder, die von der Polizei eingeführt wurden, wie ein Bild, das von einer Sicherheitskamera aufgenommen wurde, mit Bildern, die in einer Datenbank gespeichert sind, die über fünf Millionen Bilder von Verdächtigen und Häftlingen enthalten wird, die bereits aktenkundig sind.

Künstliche Intelligenz als Testlauf in „Verbrechensbekämpfung“?

Die spanische Polizei darf bald ein automatisches Gesichtserkennungstool namens ABIS (automatisches biometrisches Identifikationssystem) verwenden, das künstliche Intelligenz verwendet, um Verdächtige aus einer Datenbank zu identifizieren, die sich derzeit in der Entwicklung befindet.

ABIS verwendet einen Algorithmus namens Cogent, der vom französischen Militärtechnologieunternehmen Thales entwickelt wurde. Das Programm vergleicht Bilder, die von der Polizei eingeführt wurden, wie ein Bild, das von einer Sicherheitskamera aufgenommen wurde, mit Bildern, die in einer Datenbank gespeichert sind, die über fünf Millionen Bilder angeblich nur von Verdächtigen und Häftlingen enthalten wird, die bereits in Akten vorhanden sind.

Diejenigen, die nach dem Start des Systems festgenommen wurden, werden der Datenbank hinzugefügt.

Die Datenbank soll angeblich nicht auf Bilder aus zivilen Datenbankeinträgen, wie die Datenbank mit Fotos, die für nationale Ausweisdokumente verwendet werden, zugreifen können.

Das spanische Innenministerium erklärte, man arbeite seit drei Jahren an diesem System. Das Ministerium erläuterte weiter, dass ABIS verwendet werde, um schwere Verbrechen zu untersuchen, und bestehe darauf, dass es nicht zur Überwachung verwendet werden würde.

Es mutet allerdings ein wenig seltsam an, dass dies derart explizit betont werden musste.

Daten werden mit anderen EU-Staaten geteilt

In Spanien hat die Polizei zwei Möglichkeiten, „Täter“ zu identifizieren, wenn es keine konkreten Verdächtigen gibt, entweder durch Fingerabdruck- oder DNA-Analyse. Jetzt gibt es eine dritte Option, berichtete beinahe euphorisch der *Morning Express*.

Ohne automatische Gesichtserkennung ist es unmöglich, eine Suche nach einem Verdächtigen im Filmmaterial zu starten, ohne etwas, das die Suche einschränkt.

Die Datenbank mit Gesichtsbildern ist also dieselbe, die DNA- und Fingerabdruckproben enthält. Die Daten werden im Rahmen des Schengener Informationssystems (SIS) mit anderen EU-Mitgliedstaaten geteilt.

„Das spanische ABIS-System kann sich mit europäischen Datenbanken wie Eurodac, EU-Lisa oder VIS verbinden, da die entsprechenden Verknüpfungen darauf ausgelegt wurden. Es ist kein isoliertes System, sondern mit den Ländern der Europäischen Union verbunden“, erklärte eine nicht näher genannte Quelle aus dem börsennotierten Pariser Rüstungskonzern mit Aktivitäten in Militärtechnik, Thales.

EL PAÍS etwa berichtete, dass die spanische Datenschutzbehörde (AEPD) das Innenministerium kontaktiert habe, „um verschiedene Projekte des Ministeriums anzusprechen, die Auswirkungen auf den Datenschutz haben könnten“. Der Datenschutzbehörde war ABIS erst im Juli dieses Jahres bekannt geworden.

Datenschutzbedenken muss behördlich nachgegangen werden

AEPD will nun ermitteln, welche Risiken das System für die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Sie will auch wissen, wie lange die Polizei die Bilder von Verdächtigen aufbewahrt, wer Zugang zu den Daten haben soll und so weiter.

Das vielleicht größere Problem ist, dass Algorithmen Fehler machen, und in diesem Fall wäre es wohl nicht so harmlos wie eine „falsche Musikempfehlung“.

In den USA beispielsweise wurde Robert Williams festgenommen und fälschlicherweise ins Gefängnis verfrachtet, weil ein Gesichtserkennungssystem ihn mit jemand anderem verwechselt hatte. Die Gesichtserkennungstechnologie ist sehr zum Beispiel auch sehr ungenau bei der Erkennung von Farbigen.

Brüssel hat die Gesichtserkennungstechnologie noch als „hohes Risiko“ eingestuft und arbeitet an einer Regulierung, um Ansätze zu verabschieden, die das potenzielle Risiko von Systemen der künstlichen Intelligenz in Angriff nehmen würden.

Es hat jedoch grünes Licht für die Verwendung der Gesichtserkennung zum „Zweck der Verhinderung, Festnahme oder Untersuchung schwerer Verbrechen oder Terrorismus“ gegeben. Die Technik darf momentan noch nicht zur Überwachung eingesetzt werden.

Die „Erkennungssoftware Cogent wurde von NIST, einer unabhängigen US-Organisation, bereits zugelassen. Aber einige Experten äußerten sich dahingehend, dass dies nicht ausreichend sein könnte.

„NIST sagt nicht, dass Algorithmen gut oder schlecht sind. Außerdem schlägt die Organisation mehrere Bewertungen mit unterschiedlichen Zielen vor, und wir wissen nicht, auf welche sie sich beziehen“, erklärte dazu Carmela Troncoso, Professorin an der Eidgenössischen Polytechnischen Schule Lausanne in der Schweiz.

Eticas Consulting, ein auf Prüfungsalgorithmen spezialisiertes Unternehmen, teilt hierbei die gleiche Einschätzung.

„Nach den europäischen Vorschriften muss die Verhältnismäßigkeit von Hochrisikotechnologien begründet und festgestellt werden, sowie was mit ihnen erreicht werden soll. Es ist auch notwendig zu wissen, welche Vorkehrungen getroffen wurden, um algorithmische Verzerrungen zu vermeiden.

Es ist erwiesen, dass diese Systeme Weiße besser als andere identifizieren, also muss man beweisen, dass sie keine Fehler mit Schwarzen machen.“ Soviel also zum Hauptanliegen europäischer „Prüfunternehmen“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweden (Seiten E 132 – E 133)

01) Völlig Gaga: Greta Thunberg verklagt schwedischen Staat wegen „mangelndem Klimaschutz“

26. 11. 2022



Auf der Welt-Klimakonferenz COP27 in Ägypten vereinbarten die politischen Eliten gerade Milliardenbeträge an Reparationszahlungen durch Industriestaaten an die Dritte Welt (trotz größter Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten), doch für die Klima-Aktivistin Greta Thunberg, um die es merklich still geworden ist, ist das freilich nicht genug. [Sie verklagt nun in Eigenregie den schwedischen Staat.](#)

Klage gegen schwedischen Staat

Neben Thunberg haben mehr als 600 junge Menschen eine Klage gegen den schwedischen Staat wegen mangelnder Klimaschutzmaßnahmen eingereicht. Die Klage wurde von der Organisation „Aurora“ initiiert und am Freitag einem Gericht in Stockholm digital übermittelt worden.

Seit zwei Jahren saß man an der Klagsschrift. Nun, da eine „rechtsgerichtete Regierung“ in Schweden an der Macht ist, sah man eine perfekte Gelegenheit, die Klimahysterie medienwirksam durch eine Klage samt Breitseite gegen die neue Regierung einzubringen.

„Wenn wir gewinnen, gibt es also ein Urteil, nachdem der Staat verpflichtet ist, seinen Anteil zu leisten im Rahmen der weltweiten Maßnahmen, die notwendig sind, um das 1,5-Grad-Ziel zu halten“, so die Initiatoren, zu denen auch Thunberg gehört.

Thunberg neuerdings als Klima-Kommunistin

Die schwedische „Klima-Aktivistin“ [verweigerte ja öffentlichkeitswirksam](#) eine Teilnahme an der COP27 in Ägypten. Sie habe den Glauben daran verloren, dass das jetzige System – der Kapitalismus – die Krise lösen könnte. Daher plädiert sie für eine radikale Abkehr. Etwa zum „Klima-Kommunismus“, wie man zwischen den Zeilen ihres neuen, 500-Seiten starken [„Klima-Buches“](#) lesen kann. Es stellt eine der „umfassendsten populärwissenschaftlichen Sammlungen an Klimafakten“ zusammen, was immer man darunter auch verstehen mag.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

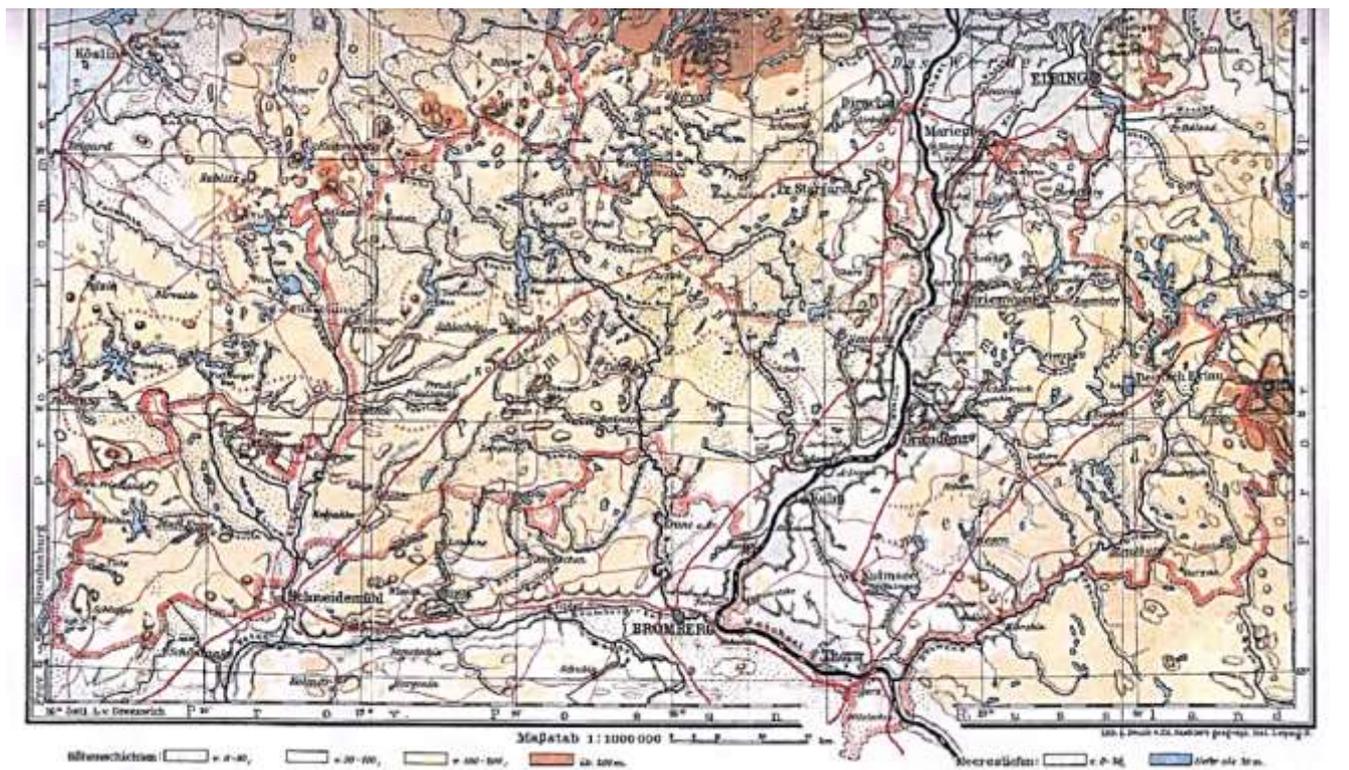
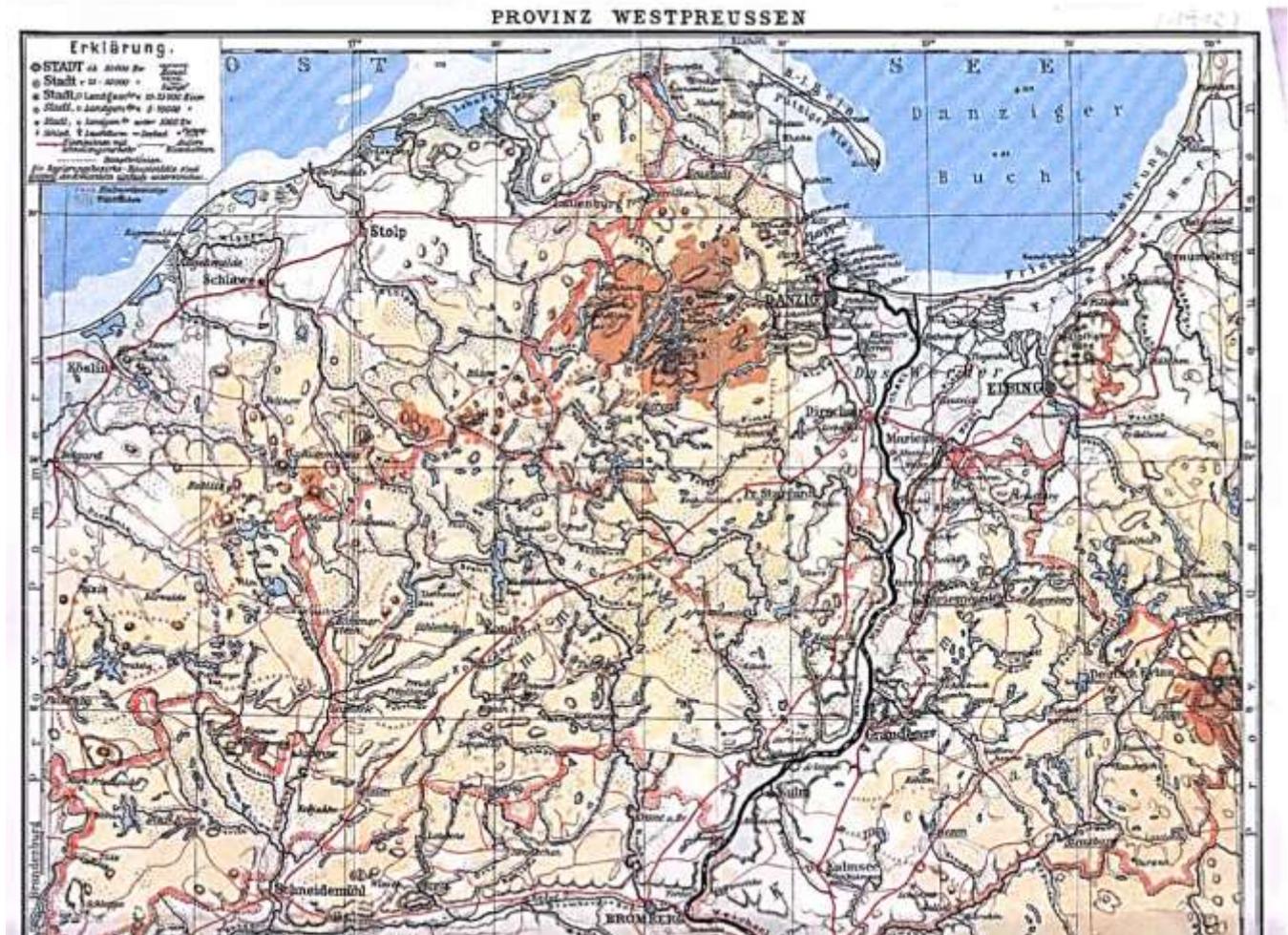


Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC% A0Westpreussen.png>



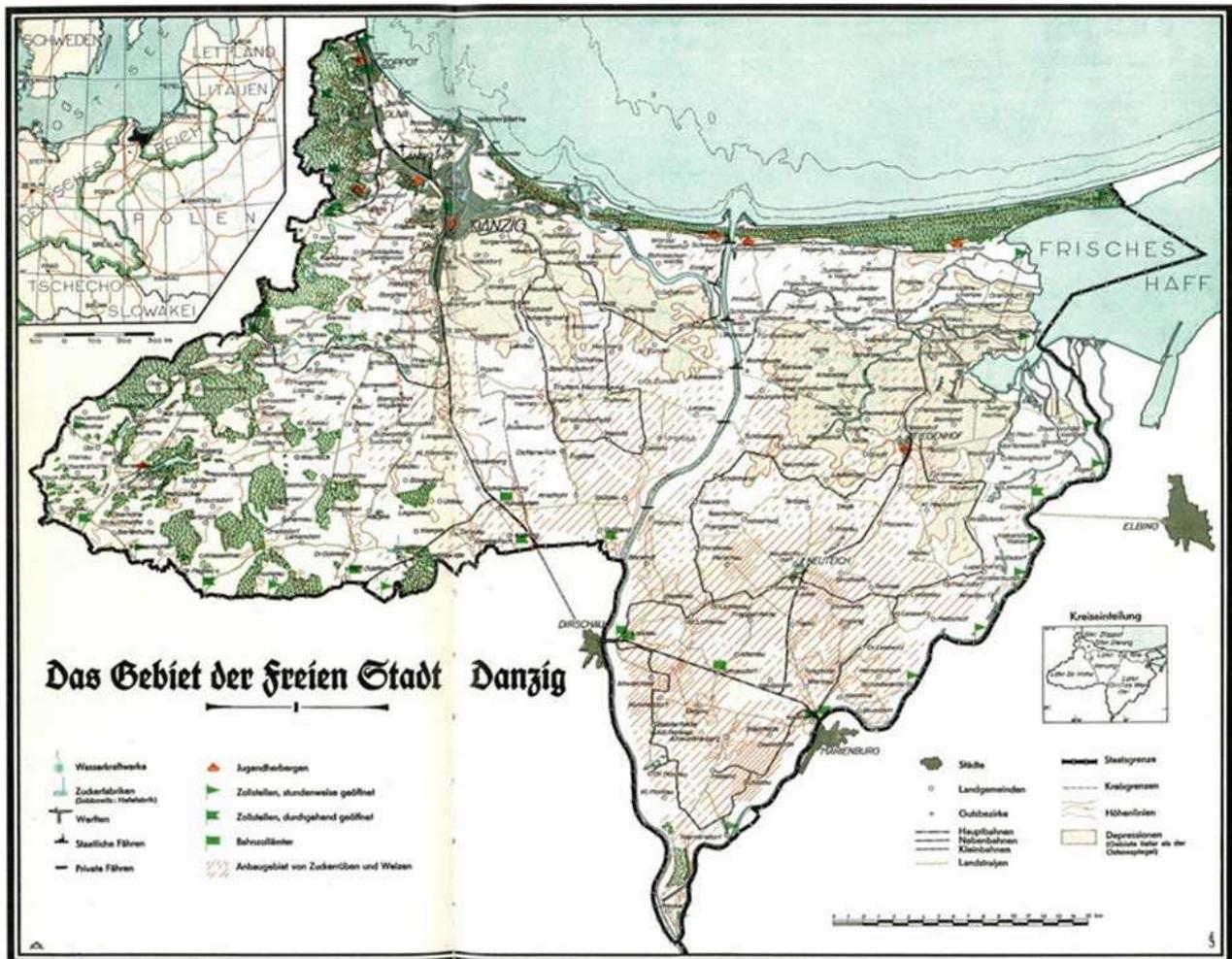
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

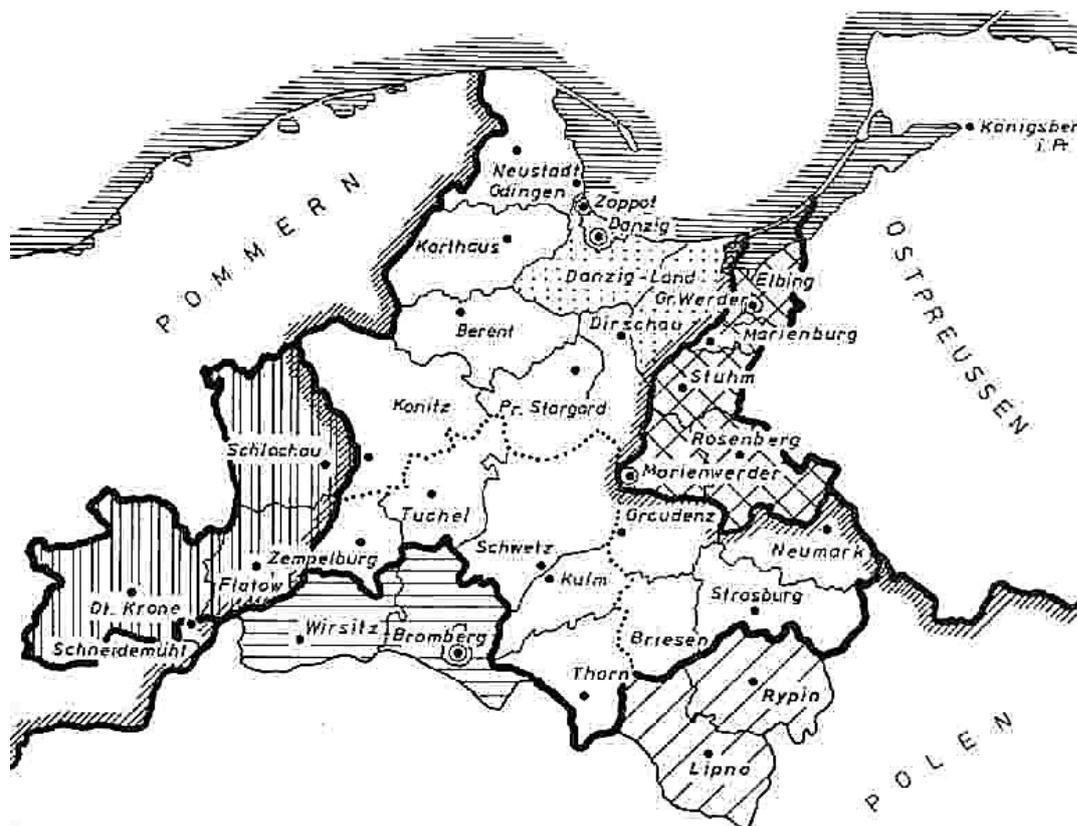




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



**[Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 829 vom 01.12.2022:
28.11.2022, 12:00 Uhr \(vereinzelt auch später\)](#)**

**[Der nächste Rundbrief Nr. 830 erscheint\) voraussichtlich, am
15.12.2022.](#)**

[Redaktionsschluss für AWR-830: Montag, 12.12.2022, 12:00 Uhr](#)